

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement 3.50 Mk. monatlich 1.10 Mk.
Wochenblatt 20 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inflation-Gebühr
betragt für die sechsgehaltene Kolonial-
zeile oder deren Raum 10 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berathungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 15. November 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Posse
der liberalen Opposition.

In Erwartung einer „großen“ oder mindestens pikanten
Debatte über das persönliche Regiment und seine unheilvollen
Einflüsse auf die „hohe“, d. h. auswärtige Politik hatte sich
heute eine Menge Sensationslüsterner im Reichstage ein-
gefunden. Nicht nur die Zuschauertribünen waren in allen
Teilen vollgepfropft, auch die Journalistentribünen wiesen
einen beinahe beängstigenden Zudrang auf. Aber ach, die
erwarteten Sensationen blieben wieder einmal aus. Statt die
vermutete gründliche und rücksichtslose Aussprache über das
persönliche Regiment und die Völligkeiten und Fährlich-
keiten des Bismarckes, unserer Improvisationspolitik zu
erleben, bekam man eine zweistündige Bülow-Rede vorgelegt,
durch die der Reichskanzler endlich einmal nachdrucksam dem
noch immer umschleichenden Gerücht entgegenzutreten wollte,
er sei noch immer krank und schonungsbedürftig und nicht
mehr recht fähig, die schwere Last der Verantwortlichkeit zu
tragen, die einst auf den Schultern des Onkel Chlodwig ge-
trug. Und dieser Beweis ist dem Reichskanzler in der Tat
gelungen. Seine Rede war ältester und edelster Bülow.

Der genesene Kanzler vermag wiederum mit der Hand in
der Hosentasche und dem Bestenanschnitt die wohlfrisiertesten
Perioden herzuführen und stets da zur rechten Zeit ein durch
Trivialität verblüffendes Zitat oder ein niedliches Bonmot
oder sonst ein rhetorisches Schönheitspflasterchen aufzusetzen,
wo sich der Inhalt der Worte völlig zu verflüchtigen droht.
Bülow redete, wie gesagt, zwei Stunden lang und sagte in
dieser Zeit mit anerkannter Beherrschung des Wortes
und der Modulation eine sorgfältig präparierte Rede her.
Aber das waren auch die einzigen Strapazen, denen er sich
zu unterziehen hatte, denn rücksichtsvoller als von
dem interpellierenden Herrn Wassermann ist niemals eine
Regierung „angegriffen“ worden!

Herr Wassermann hatte seit Wochen in dröhnender Rede
dem persönlichen Regiment und der es deckenden Regierung
schärfste Fehde angefangen. Er hatte, wie das Woffe-Blatt es
ausdrückte, so oppositionelle Töne angeschlagen, „daß es den
harmlosen Staatsbürger grüßelte“. Und heute, wo es galt,
die schreckhaften Ankündigungen zur Tat werden zu lassen,
hatte Herr Wassermann den grünen Federhut und die
übrigen Requisiten seiner Maserade wieder hübsch in den
Koffer gepackt und gab sich bassemännlich und national-
liberal wie nur je in seinen lebenswürdigsten Tagen. Er
seufzte ein wenig über die entschwindene Herrlichkeit der Aera
Bismarck, forderte den Reichskanzler zur Beantwortung
einiger bescheidener Anfragen über die auswärtige Politik
auf und garnierte diese Belanglosigkeiten mit einigen weder
besonders neuen, noch sonderlich pointierten Anzüglichkeiten
über die Schwankungen unserer hohen Politik, die der Ruhe
und Stetigkeit entbehre und die die hieraus resultierenden
Verstimmungen des Auslandes vergeblich durch deplacierte
Liebenswürdigkeiten, durch Statuen und Ehrensäbel wieder
auszugleichen suche.

Das war die reklamehaft angekündigte Abrechnung mit
dem persönlichen Regiment, die große nationalliberale Aktion,
das launenhaft zwischen den Klippen umhergeschleuderte
Staatschiff in steten Kurs und sicheres Fahrwasser hinein-
zubringen, den „Lüchtigsten“ den Einfluß auf die Regierung
zu sichern! Das verstand Herr Wassermann unter dem „nun
offen von der Leber sprechen“!

Freilich, hätte Herr Wassermann im Reichstag die Kraft-
sprachen wiederholt, mit denen er seinen Parteiviehern im
Lande von seiner oppositionellen Energie Schauer der Ehr-
furcht einblies, so wäre ihm wohl nur ein Heiterkeits-
erfolg zuteil geworden. Hat doch sogar die seiner Partei
sehr nahestehende „Rheinisch-Westf. Zeitung“ über
Herrn Wassermann als Oppositionsmann die Laune Abendstern
Spottess ausgesprochen. Haben doch die National-
liberalen mit Herrn Wassermann an der Spitze
bisher alle Improvisationen der persönlichen Politik als ge-
treue Sancho Panzas mitgemacht, haben sie doch jedem
Kolonialabenteurer und jeder Flottenvermehrung begeistert
zugestimmt, haben sie doch in dem Marokkokonflikt die
Schuldnapfen der Regierung gespielt! Und eine Partei, die
die politischen Aktionen der Regierung, durch die
der internationale Konfliktstoff erst aufgebracht, die inter-
nationale Verstimmung erst geschürt wird, blindlings
und bedingungslos unterstützt, kann selbst-
verständlich an diesem politischen System keine ein-
schneidende Kritik, außerhalb nationaler Konventikel
wenigstens, üben. Die nationalliberale Kritik kann sich des-
halb nur an die bloßen Neuherrlichkeiten einer solchen
Politik halten, an Neuherrlichkeiten, die ja den Spott und je
nachdem auch die Empörung des Auslandes hervorrufen
mögen, die aber doch von keinem ernsthaften Politiker des
In- und Auslandes als die Haupt- und Grundursache
der internationalen Verstimmung und der Isolierung Deutsch-
lands angesehen werden können. Eine solche Kritik selbst-
sammer Neuherrlichkeiten könnte allenfalls noch wirken, sofern
sie wenigstens noch den Reiz der Neuheit hätte. Aber das

Thema der Depeschen und Ehrensäbel ist doch nicht nur im
Reichstag selbst oft genug traktiert, sondern namentlich auch
von der Witzpresse so häufig mit überwältigender Satire
behandelt worden, daß ein Politiker von einigermaßen gutem
Geschmack sich nachgerade geniert, diese allbekannten und all-
belächelten Dinge noch einmal durchzubelehren.

So machte sich denn der nationalliberale Entrüstungs-
sturm im Reichstage nur noch in mildem Säufeln bemerkbar.
Und die scheinbar indiscreten Fragen boten dem Verantwort-
lichen des Improvisationskurses nur die erwünschte Gelegen-
heit, dem Reichstage in einer zweistündigen Antischwarzseher-
Plauderei zu erzählen, daß Deutschlands internationale Be-
ziehungen ja gar nicht so schlecht seien, da es ja immer
Friktionen gegeben habe und geben werde, und daß, wenn
Deutschland faktisch einmal isoliert sein sollte, ein Sechzig-
Millionen-Volk mit einem so „scharfen Schwerte“ an seiner
nationalen Existenz noch keineswegs zu verzweifeln brauche.

Die Frage des persönlichen Regiments übergang der
Kanzler mit vorsichtig schämigem Schweigen. Er nahm alles
auf seine Kappe, sprach mit edler Bescheidenheit von
„seiner“ Politik, und verbat sich mit höflicher Entschieden-
heit die Gegenüberstellung seiner Person mit dem „eisernen
Kanzler“. Dieser „unvergleichliche Staatsmann“ mit seiner
Politik des Ausrastertiefes sei für seine Zeit notwendig ge-
wesen, aber in unserer Zeit seien urbanere diplomatische
Sitten am Platze. Der Kanzler suchte dann weitläufig nach-
zudeuten, daß der Dreibund noch keineswegs die Be-
deutung eines politischen Machtmittels verloren habe,
wenngleich die Extratour Italiens aus dessen Stellung
erklärlich und entschuldigbar sei. Ueberhaupt fand Bülow die
trefflichsten Gründe dafür, daß die politische Konstellation
gerade so und nicht anders sei, als sie sich in Wirklichkeit
darstellt. Neben den endlosen Gemeinplätzen sprach der
Kanzler übrigens auch unzweifelhaft Wahrheiten
aus. So die, daß auch unter Bismarck die internationale
Lage oft genug eine höchst konfliktoschwangere gewesen sei.
Ferner die, daß das Mißtrauen des Auslandes
gegenüber Deutschland in erster Linie Deutschlands
Kolonialpolitik zuzuschreiben sei. Wären die über-
seeschen Reibungsflächen nicht vorhanden, so würden sich
für Deutschland kaum irgend welche Ver-
wickelungen ergeben!

Damit hat Bülow — und er begegnete sich in diesen
Gedankengängen ja durchaus mit den Auffassungen der Sozial-
demokratie — zweifellos ins Schwarze getroffen. Deutsch-
lands sinnlose Weltpolitik ist in der Tat der Urquell aller
internationalen Verstimmungen, und eine Folge der deutschen
Weltpolitik und eine weitere Bedrohung des internationalen
Friedens bildet Deutschlands Flottenpolitik. Ueber
diese letztere Konfliktquelle suchte der Kanzler freilich durch die
Redensart hinwegzukommen, daß Deutschland, wie alle anderen
Staaten, das „Recht“ habe, so viel Kriegsschiffe zu bauen, wie
ihm beliebe. In der Tat, das „Recht“ dazu hat Deutschland.
Die Frage ist nur die, ob diese gesteigerte Mißtrauen sän-
dende Flottenpolitik notwendig ist! Und da Bülow auch das
sozialdemokratische Argument adoptiert hat, daß England
wirtschaftlich auf Deutschland durchaus nicht eifer-
süchtig zu sein brauche, da ja der Warenaustausch zwischen
Deutschland und England für beide Teile höchst profitabel sei
und die industrielle und kommerzielle Entwicklung beider
Länder geradezu eine Vorbedingung des wirtschaftlichen
Gedeihens dieser beiden Länder bilde, sollte er auch so
konsequent sein, die Notwendigkeit des uferlosen Flotten-
rüstens Deutschlands zu verneinen, auf Einhalt
in den Rüstungen zu dringen und dadurch diesen Stein
des internationalen Anstoßes hinwegzuräumen. Denn bisher
ist ja die Notwendigkeit einer starken deutschen Flotte immer
damit begründet worden, daß man gegen die wachsende
wirtschaftliche Eifersucht Englands gerüstet sein
müsse! So bot Bülow in seiner Verteidigung der deutschen
„hohen“ Politik und des angeflagten persönlichen Regiments
eine fruchtbareren und ernsthaften Bekämpfung der
konfliktoschwangeren deutschen Welt- und Flottenpolitik die
besten Handhaben!

Genosse Vollmar, der nach Bülow zu einer kurzen,
prägnanten Rede das Wort ergriff, fertigte zunächst mit
gutem Humor die verhaltene Oppositionsrede des Herrn
Wassermann ab, indem er zugleich die Sünden der National-
liberalen auf dem Gebiete der hohen Politik einer schneidenden
Kritik unterzog. Alsdann wies er als eine der Haupt-
ursachen der Unbeliebtheit des heutigen offiziellen
Deutschlands und des nur zu verständlichen Mißtrauens
des Auslandes jenes persönlichen Regiment nach, das sich
über den Willen des Volkes überhebend hinweg-
zusetzen sucht, ja sich den Luxus gestattet zu können
wähnt, mit der stärksten Partei des Landes, der Sozial-
demokratie, ständig auf Kriegsfuß zu leben. Eine solche Politik, die des starken Rückhalts des Volksver-
trauens und Volkswillens entbehre und den Launen und Ein-
gebungen einzelner Personen oder jeweiliger kleinerer Cliquen
folge, könne unmöglich als eine stetige gelten und niemals
das Vertrauen des Auslandes erwerben!

Nachdem Herr Limburg-Stirum eine auf den
Tribünen völlig unverständliche Erklärung abgegeben, nahm
Herr Spahn zu einer kurzen belanglosen Rede das Wort.
Der Zentrumsredner martierte ostentativ den Ver-
treter der Regierungspartei und ließ seine Aus-

führungen bezeichnenderweise in der säbelraselnden Bismarck-
Radamontade ausklingen: „Wir Deutsche fürchten Gott und
sonst nichts auf der Welt.“ Die Rede des Herrn Biemer
von der Freisinnigen Volkspartei war nur das Nüchtere der
Wassermannschen Seidichtigkeiten. Bemerkenswert war höchstens,
daß dieser liberale Wasserstiefler besonders die Notwendig-
keit einer starken deutschen Flotte betonte.
Bülow wird wirklich einen „guten Reichstag“ bekommen!

So verpuffte unsagbar kläglich die Posse des liberalen
Oppositionsturmes gegen das „persönliche Regiment.“
Jammervoller ist noch niemals eine pomphaft angekündigte
Aktion zusammengebrochen. Und vor solchen bürgerlichen
Oppositions-Geldern sollten Absolutismus und Junkertum die
Segel streichen?!

Die russische Revolution.

Noch einmal: Taschen zu!

Seit der Veröffentlichung des Geheimschreibens Kozoffzow
an Stolypin will und will die Anleihefrage nicht aus den
Zeitungsseiten verschwinden. Das Geheimnis ist nun einmal
verraten worden, und wie die Regierung sich auch bemühen
mag, die Finanznot zu verschleiern, die Erscheinungen an der
Börse zwingen die russischen Blätter, immer wieder darauf
zurückzukommen. Seit einiger Zeit sind auf dem russischen
Geldmarkt Schwankungen beobachtet worden, die unmöglich
als normal bezeichnet werden können. Vor etlichen Tagen
gingen die russischen Renten so kolossal in die Höhe, daß es
sogar dem Laien auffiel. —

Das gewöhnlich gut informierte russische Blatt „Njettsch“
weist auf einige Machinationen der Regierung hin, die
sehr wohl mit dieser künstlichen Steigerung der russischen
Werte in Einklang gebracht werden können: In
Regierungskreisen soll man bemüht sein, eine groß-
artige Aktiengesellschaft auf die Füße zu bringen,
der die Exploitation der Wasserwege in Rußland
übertragen würde. Einen kleinen Teil des Geldes will
die Regierung durch Aktien im Inlande ausbringen, das
Obligationskapital — in der Höhe einiger Milliarden Rubel —
soll dagegen im Auslande aufgetrieben werden. Man hat die
Absicht, das so geliehene Geld der Gesellschaft allmählich zu
übertragen, fürs erste es aber zu Regierungszwecken zu
verwenden. — Wenn die Machinationen der Regierung
Tatsache wird, so sieht man daraus, mit welchen wahr-
sinnigen Finanzprojekten und Kombinationen die Regierung
herumspringt und in welcher dummm-waghalsigen Weise man
die Gläubiger im Auslande hintergehen will. Hunderttausende,
ja Millionen werden vergebend, bis das Ausland anbeißt.

Aus allem ist zu erkennen, daß es der russischen
Regierung lieb wäre, eine größere Summe Geldes noch vor dem
Zusammentritt der Duma, vielleicht sogar noch vor den
Wahlen unter Dach zu bekommen! Solange das Geld
nicht eingehemst ist, hat die Stolypinsche Regierung nicht den
Mut, dem letzten Arbeiter das Wahlrecht zu entziehen; denn
wenigstens vor den ausländischen Gläubigern muß doch der
Schein einer Volksvertretung gewahrt werden.

Gerade im jetzigen Augenblick also ist die Aufmerksamkeit
der ausländischen Geldpumper darauf zu lenken, wie wenig
man all den Börsennachrichten über Steigen der russischen
Werte Glauben schenken darf, und wie öde es in den russischen
Goldkammern aussehen muß, wenn ein Mann wie Kozoffzow
zu so tollen Spekulationen greift. —

Das Sinken der Kurse.

Aus Petersburg wird der „Russ. Korresp.“ unterm 10. No-
vember geschrieben:

Das Steigen unserer Rente war zu ungesund, um von Dauer
sein zu können. Es trug sicher einen spekulativen Charakter
und mußte daher schnell einer entgegengesetzten Tendenz weichen.
Und wirklich, während noch am vorigen Sonnabend, den
3. November, die Rente zu 77/8 notiert wurde, stand sie
schon gestern, den 9. ds. Mts., auf 78. So mißlang
wiederum ein Versuch, die angebliche Veruhigung des Landes zu
demonstrieren und das Vertrauen zu der gegenwärtigen Regierung
bei den Kapitalisten zu stärken. Doch scheint die Regierung selbst
an die Dauerhaftigkeit der Kurssteigerung nicht recht geglaubt zu
haben: Man meldet nämlich aus der Provinz, daß, als die Renten-
besitzer den günstigen Augenblick ausnutzen wollten und ihre
Papiere an die Reichsbank zu verkaufen suchten, sich, augenscheinlich
auf Petersburger Anweisung, die Reichsbankfilialen weigerten, die
Rente und andere Staatspapiere in größeren Summen (und zwar
über 500 Rubel) anzulassen!!! Wahrscheinlich geht nun das
natürliche Sinken ebenso crescendo, wie es noch vor kurzem mit dem
künstlichen Steigen war. —

Der Stand unserer Goldwährung wirkt auch nicht gerade er-
munternd und macht die Aussichten für die Zukunft nicht sehr
glänzend. Die letzten zwei Wochen brachten eine neue Verschlechterung
in dieser Beziehung: Zum 6. November waren 1245 Millionen
Rubel Kreditbillette in Umlauf, während am 20. Oktober die Summe
bloß 1233 Millionen Rubel betrug. Die Goldmenge — in Münzen,
Stangen und Anweisungen — hat sich um 1,7 Millionen Rubel
vergrößert, dafür hat sich aber die Summe Gold im Auslande um
6,4 Millionen Rubel vermindert. Das Papiergeld übertrug das
Gold, wenn man das Gold im Auslande nicht mitrechnet, am
5. November um 393,4 Millionen Rubel, während am 20. Oktober
das Mehr nur 380,1 Millionen Rubel betrug, was eine Ver-
mehrung im Laufe der letzten Woche um 13,3 Millionen Kredit-

Billette bedeutet! Rechnet man aber auch das Gold im Auslande mit, so ergibt sich, daß am 5. November die Summe Papiergeld diejenige des Goldes um 119,3 Millionen Rubel übertrage, während am 29. Oktober das betreffende Reich bloß 99,6 Millionen Rubel betrug, was eine Verschlechterung im Stande der Goldwährung um 19,7 Millionen Rubel bedeutet. — Wenn man noch eine ungünstige Veränderung in Bezug auf die ausländischen Leuten hinzurechnet, so ergibt das eine Gesamtverschlechterung um 22,1 Millionen Rubel. —

Die Kadetten.

Petersburg, 14. November. (V. S.) Eine Kadettenversammlung (in Kaslau, an der fast alle Parteiführer teilnahmen, erklärte, die Kadetten seien oppositionell nicht um der Opposition willen, sondern weil ein Arbeiten mit dem Ministerium unmöglich sei. Das Wahlprogramm und das Zusammengehen mit anderen Parteien beschäftigte die Versammlung lebhaft. Der linke Flügel sprach sich für den Bloch mit den sozialdemokratischen Organisationen aus, der rechte für eine gemeinsame Tätigkeit mit der Partei der friedlichen Erneuerung. — Vorläufiglich wird eine Resolution angenommen werden, in der ausgesprochen wird, daß eine gemeinsame Tätigkeit von Fall zu Fall zu entscheiden sei und daß man sich nur mit ausgesprochen oppositionellen Elementen vereinigen sollte. Sollte den Kadetten die öffentliche Wahlagitation unterzogen werden, so werden sie den Weg der geheimen Verständigung beschreiten. —

Die Militärmediziner!

Petersburg, 14. November. (Medlung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Kriegsminister hat heute die Schließung der militärmedizinischen Akademie angeordnet, nachdem die Speisemittel der Studierenden seitens des Direktors bereits gestern geschlossen worden war. —

Die zweite „Gesetzesklärung“ des Senats.

I. Die Eisenbahner. Nach den Angaben des letzten offiziellen Berichts der Pensionskassen der Eisenbahner (1. Januar 1902) gab es 278 000 vollberechtigte Mitglieder des Eisenbahnpersonals; unter ihnen Weichensteller über 28 000, Wagenbediener 14 000, Wege- und Brückenmeister circa 4000, Geleise- und Brückenwärter, Vorarbeiter usw. ungefähr 52 000, Lokomotivführer und deren Gehilfen 24 500, Schaffner und anderes Zugpersonal 30 000. Diese sind die ihnen nachstehenden Kategorien bilden zusammen circa 170 000, d. h. 60 Prozent des Eisenbahnpersonals. Und diese 170 000 Wähler sind durch die zweite „Gesetzesklärung“ des Senats vom 6. November mit einem Federstrich ihres Wahlrechts beraubt! („Zemarski“, 8. November.)

II. Die dienstfreie Wohnung. Die „unteren Bediensteten“ (Wächter, Voten, Portiers, Hausaufseher, Botenlutscher, Heizer, Lampenputzer usw.), welche dienstfreie Wohnung haben, sind durch die „Gesetzesklärung“ vom 6. November des Wahlrechts als Wohnungsmieter verlustig gegangen. In St. Petersburg allein gibt es circa 10 000 Wähler dieser Kategorien. Bei den ersten Duma-Wahlen stimmten sie für die Kadetten. Jetzt hätten sie vielleicht für mehr links stehende Kandidaten gestimmt. Ihr Recht ist ihnen entzogen worden. („Kornj Puti“, 8. Nov.)

III. Die Wäcker. Durch die „Gesetzesklärung“ vom 6. November sind die Wäcker des Wahlrechts beraubt worden, da sie ja von den Arbeitgebern Logis bekommen. In der Arbeiterkurie dürfen sie auch nicht wählen, weil sie den Fabrikinspektoren unterworfen sind. („Dio“, 8. Nov.)

Städtische Behörden und Wahlkampagne.

Der Rat des Verbandes der Kontoristen und Buchhalter hat folgenden „offenen Brief“ an den Petersburger Bürgermeister gerichtet:

„In Anbetracht, daß die für das Abgeben der Erklärungen über Eintragung in die Wählerlisten angelegten Stunden die Masse der Kontoristen, welche Wohnungsmieter sind, der Möglichkeit berauben, ihr Wahlrecht auszuüben, fordert das Bureau des Verbandes der Kontoristen und Buchhalter, daß der städtische Ausschuss außer den Vormittagsstunden für das Abgeben der genannten Erklärungen auch die Abendstunden bestimmen solle, von 7 bis 11 Uhr. Außerdem werden jetzt alle Erklärungen nur in dem Gebäude der Stadtduma entgegengenommen, was solchen Personen, welche an der Peripherie der Stadt wohnen, die Ausübung ihres Wahlrechtes außerordentlich erschwert. Wir fordern, daß nach dem Beispiel des vorigen Jahres besondere Abteilungen zum Entgegennehmen der Erklärungen über Eintragung in die Wählerlisten auch an der Peripherie der Stadt eingerichtet werden. Die Nichterfüllung dieses unseres völlig gerechtfertigten Verlangens wird ein Beweis sein für das feindselige Verhalten des städtischen Ausschusses gegenüber den Interessen der arbeitenden Bevölkerung der Hauptstadt, indem die von dem städtischen Ausschuss bestimmte Tageszeit die mit vollem Bewußtsein vorgenommene Vereitelung eines Teiles der Bevölkerung von der Teilnahme an der Wahlkampagne bedeutet.“ —

Der Wahlrechtsraub auf dem Lande.

M. J. Lagan-Varanowski weist an einem Beispiele die Bedeutung der besagten „Gesetzesklärung“ des Senats nach. Im Gouvernement Poltawa beträgt die Zahl der Wahlmänner, welche in der Kurie der Gutsbesitzer (Groß- und Kleinbesitzer) gewählt werden, 100, die der Wahlmänner in der Wolski-Kurie (Gouvernementsgemeinden) 23, die der Wahlmänner der städtischen Kurie 40.

Die hohe Zahl der Gutsbesitzer-Wahlmänner ist eine Folge davon, daß im Gouvernement Poltawa zahlreiche ukrainische Kosaken keine Privatgüter besitzen; sie wurden zu den Gutsbesitzern zugezählt. Bei den Wahlen zur ersten Duma wurde nun im Gouvernement Poltawa kein einziger Kontorist gewählt! Jetzt aber, nach der „Gesetzesklärung“ des Senats vom 20. Oktober (Punkt 1) sind die ukrainischen Kosaken aus der Gutsbesitzerkurie ausgeschlossen worden; sie werden in der Kurie der Bauerngemeinden wählen müssen. Die Zahl der Wahlmänner der drei Kurien ist jedoch unverändert geblieben!!! Die Gutsbesitzerkurie wird jetzt also ganz allein in den Händen der Gutsherren sein, sie wird aber genau so wie früher 100 Wahlmänner abgeben, die über den Ausgang der Wahlen des Gouvernements zu entscheiden und 13 Dumaabgeordnete zu wählen haben werden.

So ist hier auf dem Wege einer „Gesetzesklärung“ eine vollständige politische Umwälzung erzielt worden! („Nahija Bedomosti“, 4. November.)

Der Petersburger Deputiertenrat.

XIX. Nikolauš Awkintseff

in Pensa geboren im Jahre 1878. Nach Absolvierung des Gymnasiums in Pensa immatrikulierte er sich an der naturwissenschaftlichen Abteilung der mathematisch-historischen Fakultät der Moskauer Universität. Im Februar 1899 fanden in ganz Rußland Studentenunruhen statt. Als Vorsitzender des Exekutivkomitees der Warschauer Studentenschaft wurde Awkintseff zur Strafe die Türen aller russischen Universitäten für immer geschlossen und der Aufenthalt in den Universitätsstädten für zwei Jahre verboten! Im Herbst 1899 ging Awkintseff nach Deutschland. Das akademische Jahr 1899/1900 studierte er in Berlin. 1900/1901 verbrachte er in Leipzig, wo er eine Arbeit über die ökonomische Lage Rußlands machte. In diesem Jahre schloß er die Bekanntschaft mit einigen Führern der russischen sozialistischen Parteien, hauptsächlich der Partei der Sozialisten-Revolutionäre. Im Jahre 1902 wurde er an der russischen Grenze als Mitglied der sozialrevolutionären Partei verhaftet und nach Petersburg gebracht, nach zwei Monaten aber aus Mangel an Verdachtsgründen entlassen. Im Jahre 1904 erhielt er in Halle den Dokortitel, seine Dissertation hat den Titel: „Das kultur-ethische Ideal Rußlands.“ Anfangs 1905 kehrte er nach Petersburg zurück und trat in die Reihen der Sozialisten-Revolutionäre ein. Am 3. Dezember wurde er als Mitglied des Arbeiterdeputiertenrates verhaftet. Awkintseff ist ein brillanter Redner; er wird in Petersburg „der russische Zaurde“ genannt. — (Western mußte es nicht „Kemper“ heißen, sondern K e m p e w.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. November.

Schwarze Volksbeschwinder.

Das in allen Sprachen des politischen Jesuitismus gewandte Zentrum redet zur Zeit gleichzeitig arbeiterfreundlich und sozial-agrarisch. Wie die ultramontane Doppelzüngigkeit es fertig bringt, vor den Arbeitern schön zu tun, ohne den ausgeprochenen Arbeiterfeinden ein böses Wortchen zu sagen, davon gibt die „Klinische Volkszeitung“ nette Proben. Diese Virtuosity in Arbeiter-überdöselung macht es wieder genau so wie nach dem vorjährigen Vergarbeitsrecht. Hoch und teuer versicherte sie damals, das Zentrum werde die von der Regierung eingebrachte Novelle zum Vergeseh nicht um ein Jota verschlechtern lassen. Mit dieser Versicherung wurden die Arbeiter hingehalten, bis das Zentrum hinter den Kulissen mit den Konservativen ein Abkommen getroffen hatte, das den Vergleuten eine „Reform“ gab, von der die arifische Gewerkevereinspreise erklärte, sie gebe den Arbeitern „Steine statt Brot!“ Und die Zentrumspresse? Mit heuchlerisch unschuldsvoller Miene erklärte sie, es sei nicht mehr zu erlangen gewesen, als „praktische Politiker“ hätte man sich mit dem, was zu erreichen gewesen sei, begnügen müssen, sonst hätten die Arbeiter überhaupt nichts bekommen. So schwinbelte man, obwohl ohne Hilfe des Zentrums die verschandelte Novelle nicht Gesetz werden konnte und dann die Vorlage eines Reichsberggesetzes zwingend notwendig wurde. Aber gerade weil man das verhindern wollte, um von der feierlich gegebenen Zusage, daß, wenn man den Arbeitern nicht genügend entgegenkomme, das Zentrum selbst den Entwurf zu einem Reichsberggesetz vorlegen werde, sich hinterlistigerweise zu entbinden, gab die Demagogenpartei den Arbeitern Steine statt Brot!

Natürlich suchte man die Arbeiter über die tatsächlichen Vorgänge zu täuschen, was lag näher, als — die Sozialdemokratie zu verleumden. Schließlich sollte diese noch verantwortlich sein für die Steine statt Brot gebende Reform, obwohl kein einziger Sozialdemokrat im Landtage sitzt! In einer ultramontanen Wähler-versammlung erklärte der Hauptmatador in der M.-Gladbacher Jesuitenschule, Herr Vilar Dr. Braun, gottesfürchtig und dreifach die Behauptung, das Zentrum habe erst durch ein Kompromiß mit den Konservativen die Annahme der lässlichen Novelle ermöglicht, für — unwahr. Als dem Gottesmann dann aber auf der Stelle nachgewiesen wurde, daß seine Behauptung mit der Wahrheit auf Kriegsfuß stehe, erklärte der biedere Herr, ohne zu erröten, mit sanft lächelndem Munde: ein Kompromiß sei ja wohl zustande gekommen, aber das Zentrum habe es nicht — angeboten!

Während der Zollwuchererkläre hat die liberale Demagogenpartei eine Stamensworte, der besten Sache würdige Summe von Fleiß und Argumenten aufgebaut, um die Zollwucherei zu rechtfertigen, die den Zolltarif bekämpfende Sozialdemokratie als den Abgrund verabscheuungswürdiger Bosheit, Niedertracht, Verlogenheit und Volksfeindschaft hinzustellen. Was die Sozialdemokratie von den das Volk belastenden, die Lebensmittel verteuern den Folgen des zentrunisch-agrarischen Zolltarifes sagte, wurde natürlich als bewusster Schwindel, als das Produkt tödlichen Hasses gegen den kleinen Bauer und den Landarbeiter charakterisiert. Und um ganz sicher zu gehen in der Uebertöselung katholischer Arbeiter, scheute man sich einmal vor Mißbrauch der Religion in Dienste der Brotwucherei. Dem katholischen Arbeiter wurde die Meinung eingefloßt, er habe aus religiöser Pflicht der Zollwucherpolitik zuzustimmen. Und von den im Volksverein für das katholische Deutschland zusammenschließenden Arbeitergruppen wurden Berge bedruckten Papiers bezahlet, die neben der Verleumdung der Sozialdemokratie dem Zwecke dienten, die katholischen Arbeiter für die Zentrumspolitik dumm zu machen!

So verhöhnte man die Arbeiter und ließ sie selbst die Mittel zu ihrem Verzuge bezahlen. Und so kam das Werk zustande, das dem Volke den Brot- und Fleischkorb höher hängen sollte, und das schneller und drücker, als selbst die pessimistischsten Schwarzseher vorausgagten, die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes verschlechtert hat. Jetzt, in der Periode glänzendster Wirtschaftslage, jetzt, wo an die Arbeitskraft nie gekannte Anforderungen gestellt werden, jetzt, wo eine Verbesserung der Lebenshaltung unbedingte notwendig wäre, jetzt muß der Arbeiter, dank der durch die zentrunisch-agrarischen Zoll- und Grenzsperrpolitik in die Höhe getriebenen Lebensmittelpreise seinen Fleischkonsum einschränken. Dabei befinden wir uns erst im Anfang der Wirkung der neuen Handelsverträge, und nicht lange mehr wird es vielleicht dauern, so tritt zu der unerhörten Lebensmittelvertüerung eine Wirtschaftskrise mit ihren Schreden der Lohnreduktionen und Arbeitslosigkeit.

Das Volk kommt zur Besinnung: Selbst die Einfältigsten begannen zu ahnen, daß sie in schamloser Weise belogen und betrogen worden sind. Im ganzen Lande regt sich der Geist der Unzufriedenheit. Auch in einzelnen Kreisen katholischer Arbeiter bricht sich gewaltsam die Erkenntnis Bahn, daß gerade das Zentrum in erster Linie für des Volkes Not und Qual verantwortlich ist, daß man dieser Partei die zum Himmel schreiende Wucherpolitik zu verbanken habe. Wohl in der Erwartung, das sich fälschlich als volksfreundlich bezeichnende Zentrum veranlassen zu können, nummehr energisch die Interessen des arbeitenden Volkes wahrzunehmen, stürzten katholische Arbeiter in die Öffentlichkeit, offen klagen sie die Partei an, schuld zu sein an der Heimtückung der Armen und Bedrückten.

Und was tut das Zentrum? Bekennst es sich reumütig zu der himmelstreichenden Sünde der Brotwucherei, verspricht es Abhilfe und trifft es Maßnahmen dazu? Das fällt ihm gar nicht ein, es hunt nur auf neue Mittel des Volksbetruges. Natürlich, die ungeheuerliche Vertüerung der Lebensmittel kann man nicht leugnen; im Gegenteil, die Zentrumspresse stimmt Klagelieder an über die unerhörten Preise, mit Rücksicht hierauf werden die Lohnforderungen der Arbeiter als berechtigt anerkannt und verteidigt, und die Häuptlinge des M.-Gladbacher Jesuitengymnasiums geben in die Versammlungen, geißeln die Lebensmittelvertüerung und malen in düsteren Farben die Lage des arbeitenden Volkes. Aber, und da zeigt sich wieder glänzend die Skrupellosigkeit ultramontaner Demagogie, man macht für des Volkes Leiden nicht die zentrunisch-agrarische Zollpolitik verantwortlich, man heht lediglich die Regierung, die doch nur das gefügige Werkzeug der zollwucherischen Freibeuter war! Die katholischen Arbeiter mühten der Regierung ihre Unzufriedenheit energisch zum Ausdruck bringen, so erklärten Anwälte der Brotwucherpartei! Und die ultramontane Presse bringt solche Stimmen in die Öffentlichkeit, da politischen Zell klagt und jammert sie über die hohen Preise, entzückt sie sich über die hartzerigen Unternehmer, die trotz der Vertüerung der Lebenshaltung Lohnerhöhungen ablehnen — und im Handelsteil beweist sie durch agrarisch frisierte Nachweise und Tabellen, daß eine Grenzöffnung für Vieh- und Fleisch-einfuhr zwecklos sei.

So bringt es die ultramontane Demagogie fertig, arbeiterfreundlich zu scheinen und doch die arbeiterfeindliche Lebensmittelfertüerungspolitik zu unterstützen! —

Deutsches Reich.

Die Protestbewegung gegen den Lebensmittelwucher.

Aus allen Teilen des Reichs kommen die Meldungen von großen, überfüllten Massenversammlungen. Der imposante Protest Groß-Berlins wird ergänzt durch den nicht minder imposanten Sturm in den Provinzen.

Hamburg hatte am Montag 28 große Versammlungen, die sämtlich überfüllt waren.

Im Niederrhein fanden am Sonntag und Montag Versammlungen statt in Eibersfeld-Barmen (5), Hagen-Schwelm (9), M.-Gladbach (9), Duisburg (1), Krefeld (1). In den nächsten Tagen finden weitere Versammlungen statt. Die bisherigen Versammlungen waren sämtlich außerordentlich zahlreich besucht. Dem Zentrum, wird uns aus Eibersfeld geschrieben, wird es angefallen der fortbauenden Fleischnot schädel zuzumute; die Gladbacher Zeitungsartikelfabrik produziert das tollste Zeug, um die Schuld von dem Zentrum abzulenken. Es wird aber nicht mehr zu leicht gelingen, wie das Verhalten der Zentrumsanhänger, die in unsere Versammlungen kommen, beweist.

Im Saalekreise sprach am Sonnabend und Sonntag Genosse Reichstagsabgeordneter Kunert in drei überfüllten Versammlungen, in der vierten der Genosse Labert. Vordem sprachen in Halle und Giebichenstein in zwei großen Versammlungen Ströbel-Berlin und Kunert.

Aus dem westlichen Westfalen wird uns berichtet: Hier hat die Protestbewegung wegen der Lohnbewegung der Vergarbeiter und den stattfindenden Gemeindevertreterwahlen vorerst nur in beschränktem Maße einsehen können. In allen Ortschaften unseres Bezirkes fanden innerhalb der letzten Wochen und Tage Massenversammlungen der Vergarbeiter statt, so daß es zeitlich und räumlich untunlich erschien eine größere Zahl von Protestversammlungen — innerhalb weniger Tagen — abzuhalten.

Dennoch hat bereits eine Anzahl getagt und innerhalb der nächsten Tage wird noch eine größere Anzahl stattfinden. Bis jetzt haben Versammlungen stattgefunden: im Wahlkreise Redlinghausen-Borken in Bocholt und Redlinghausen, im Wahlkreise Bochum in Hattingen und Bochum, im Wahlkreise Dortmund-Börde in Hörde (700 Besucher), Dortmund (1200), Lütgendortmund (1100), Kufel (400), Hammbruch (350), Witten (300), Schwerte (300), Sodingen (100); in diesem Wahlkreise noch folgende: Höxten (1000), Sölderholz (400), Lünen (150), Dernehoffiede (300), Wilede (150), Brazei (600), im Wahlkreise Hamm-Söste in Kamen (400) und Unna (450).

In allen Versammlungen wurde die bekannte Resolution einstimmig angenommen.

Am Sonntag wurden im Agitationsbezirk 150 000 Flugblätter gegen den Fleisch- und Zollwucher verbreitet.

Große Versammlungen werden uns ferner gemeldet aus Würzburg, aus Heberlingen, Mähringen, Eupen und Volkertshausen in Baden, aus Königsberg, aus Kleinwig und Zadrze in Oberschlesien, aus Neustadt in Holstein, aus Burg a. Behmarn, aus Thorn und aus Hochheide (Niederrhein). —

Im Interesse der Landwirtschaft.

Im „Tag“ teilt Döbrich (Stiel), der zum Zwecke der Unerforschung der angeblichen Gefahren einer Seucheneinführung aus den Niederlanden eine Studienreise nach Holland unternommen hat, die gewonnenen Erfahrungen mit. Er hat gefunden, daß in Holland speziell Rindfleisch bedeutend billiger ist als in Deutschland. Auf den Weiden Nordhollands lamten ihm wahre Prachtexemplare holländischer Kinder zu Gesicht. Er bemerkt u. a.: „Die Preise, die verlangt werden, sind für den deutschen Viehzüchter interessant; halbjährige Bullen kosten 100 Gulden, einjährige Bullen 150 Gulden, springfähige Stiere aus dem Stammbuchregister 200 Gulden, gute Milchläse 250 Gulden.“

Die deutschen Landwirte, die durch die Grenzsperrgezwungen sind, Tiere holländischer Rasse in Deutschland anzukaufen, müssen diese also viel teurer bezahlen als in den Niederlanden Originalholländer. Demnach liegt die Grenzsperrge für Zuchtvieh nicht einmal im Interesse vieler deutscher Viehzüchter.“

Weiter führt er aus, daß ihm dort von erfahrener Seite mitgeteilt worden sei, Deutschland könne niemals gleichwertige Tiere selbst züchten. Gegen Entartung könne nur Blutauffrischung mit Originalholländern schützen, und es sei deshalb ein großer Fehler der deutschen Regierung gewesen, die Einfuhr von Zuchtvieh zu verbieten. Die Seucheneinführung liege neun Distriktsärzten ob; die Schlachtfürsorge und die praktischen Tierärzte seien Stellvertreter der Distriktsärzte und diese seien dem Ministerium für Landbau unterstellt. Die Regierung lasse sich die Bekämpfung der Seuchen sehr angelegen sein. Ganz getilgt seien Maul-, Klauen- und Lungenseuche, Milzbrand komme nur ganz vereinzelt vor, auch die Schweinepesten seien weniger verbreitet als in Deutschland. Die Autoritäten de Brinn und der Professor der Hygiene in Utrecht hielten eine Vernehmung Deutschlands bei Deckung der Grenzen für ausgeschlossen. —

Gemeindevertretung und die Fleischnot. Auf Veranlassung der Stadtverordnetenversammlung zu Frankfurt a. M. richtete der dortige Magistrat eine Denkschrift an den Reichskanzler, worin er ersucht wird, dafür Sorge zu tragen, daß wenigstens vorübergehend die Grenzen geöffnet werden. In dieser Denkschrift wird mitgeteilt, daß die Schweinefleischpreise seit August 1905 von 80 Pf. auf 1,10 M., also um 37,5 Proz. gestiegen sind. Das Ochsenfleisch kostete vor 1895—1904 78,2 Pf., heute 95 Pf. Kuh- und Rindfleisch ist seit 1902 von 70 Pf. auf 80 Pf. gestiegen. Kalb- und Hammelfleisch stieg um 25 Proz. Diese Preissteigerung äußerte sich in einem rapiden Rückgang des Fleischkonsums. Er sank von 1904 bis 1905 pro Kopf der Bevölkerung von 137,70 Pfund auf 127,49 Pfund.

Der Rat von Dresden beschloß, bei der sächsischen Regierung vorstellig zu werden, daß sie auf den Bundesrat wegen Maßnahmen „zur Linderung der Fleischnot“ einwirken möge.

Der Stadtrat von Solingen beschloß, beim Reichskanzler vorstellig zu werden wegen der Fleischnot und besonders wegen Deckung der Grenzen für lebendes Vieh. —

Die städtischen Schlachthausdirektoren und die Fleischnot.

Kiel, 13. November. (Fig. Ver.) In der heutigen Sitzung der städtischen Kollegien machte der Oberbürgermeister Fuß, der der am 5. d. M. in Berlin abgehaltenen Sitzung des Vorstandes des deutschen Städteverbandes beigewohnt hatte, Mitteilung über die dort beschlossene Petition gegen die Fleischnot, die dem Reichstage und dem Reichskanzler überreicht werden soll. In der Eingabe sollen besonders die Verhältnisse in den Grenzländern hervorgehoben werden. Im Anschluß an die Sitzung des Vorstandes sei eine Konferenz der Direktoren mehrerer größerer deutscher Schlacht- und Viehhöfe nach Dresden berufen worden, um dem Referenten des Vorstandes, Oberbürgermeister Veitler daselbst, gutachtlich zur Seite zu stehen. Auch der Direktor des Kieler Schlacht- und Viehhofes habe an dieser Konferenz am 9. d. M. teilgenommen.

Aus den einmütigen Beschlüssen der Konferenz verdient hervorgehoben zu werden, daß insbesondere folgende Erleichterungen der Vieh- und Fleisch-einfuhr aus dem Auslande als veterinär- und sanitätpolitisch unbedenklich bezeichnet worden sind:

1. Der Wegfall der Tuberkulinprobe und der Quarantäne gegenüber den aus Dänemark eingeführten Schlachtrindern.
2. die Aufhebung des Einfuhrverbotes für Schlachtschweine dänischen Ursprungs.
3. die Einfuhr aller Arten von Schlachtwild aus den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Norwegen, Frankreich und Belgien unter den für Rinder und Schafe aus Oesterreich-Ungarn geltenden Einschränkungen.
4. die Einfuhr von frischem Fleisch ohne die zugehörigen Eingeweide, wenn die Schlachtvieh- und Fleischbeschau an dem ausländischen Schlachtort durch amtlich verpflichtete deutsche Tierärzte nach den Bestimmungen des Deutschen Reiches ausgeführt und das Fleisch für tauglich befunden und als solches kenntlich gemacht ist.

Die übrigen Nummern behandeln vorwiegend Erleichterungen der Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn und Russland.

In der Debatte, die sich an die Ausführungen des Oberbürgermeisters anschloß, wurde vom Genossen Adler, der der Schlachthof-Kommission angehört, mitgeteilt, daß in Kiel der Fleischkonsum im letzten Geschäftsjahre um zehn Pfund pro Kopf der Bevölkerung zurückgegangen sei. Die Zahl der Schlachtungen war um 3000 geringer als im Vorjahre, und die Leitung des Schlachthofes und Viehhofes sehe unter diesen Umständen nicht ab, wie sich die Anstalt fernerhin finanziell halten könne.

Mit diesen tatsächlichen Feststellungen vergleiche man nachstehenden Passus einer Resolution der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftskammer, die jochen in Nr. 45 des amtlichen Organs der Kammer, dem „Landwirtschaftlichen Wochenblatt für Schleswig-Holstein“, unter der holländischen Überschrift: „Die angelegliche Fleischnot“ veröffentlicht wird. Nachdem die ältesten Landwirte der agrarischen Bauernschaft mit breitem Behagen vorgebracht und höchstens die originale Behauptung riskiert worden, daß „jede Abschwächung des bestehenden Grenzschutzes dauernde Schädigungen... auch der Konsumenten mit sich bringen würde, heißt es:

„Schleswig-Holstein produziert einen sehr großen Ueberschuß an Rindvieh und Schweinen über den eigenen Konsumbedarfs hinaus und hat sich zu einer Speisekammer anderer, mit Produktionsdefizit arbeitenden deutschen Landesteile herausgebildet. Es würde volkswirtschaftlich ungerade sein, wenn nun gerade unsere Ueberschüsse produzierende Provinz durch die Hineinlassung ausländischer Produkte gestraft werden sollte.“

Daß im Zentrum dieser „Speisekammer“ Zustände herrschen, wie sie heute in der Sitzung der Kieler städtischen Kollegien unter einseitiger Zustimmung sämtlicher Mitglieder, auch des konservativen Magistrats konstatiert worden sind, ist die ernstlichste Verurteilung des Fleischwuchers, die sich denken läßt.

Landwirtschaftskammer-Kritik.

Mit schmerzlichen Behagen berichtet vor einigen Tagen die agrarischen Blätter, die Landwirtschaftskammer von Hannover habe auf Grund der amtlichen Notierungen am Schlachthof zu Hannover „festgestellt“, daß der „Auftrieb beträchtlich zugenommen“ und die Preise in erheblichem Maße gesunken sind.“ Mit diesen zahlenmäßigen Feststellungen hat sich die Landwirtschaftskammer erneut an die Regierung gewandt, und die „bestimmte Hoffnung“ ausgesprochen, es werde die Regierung deshalb dem „Drängen auf Öffnung der Grenzen keine Folge geben“. Die Feststellungen der Landwirtschaftskammer sind aber so tendenziös fabriziert, daß man von Notizhändlerkunststücken reden kann. Sie beweisen nichts weiter, als daß im Monat September und Oktober 1906 der Auftrieb an Schweinen größer gewesen ist als im Vorjahre. Auf die Preisvergleiche für diese beiden Monate gehen sie aber nicht ein.

Die agrarischen Darlegungen erhalten nur einen gewaltigen Stoß durch die Veröffentlichungen der Schlachthofdirektion, die den Jahresbetrag des Auftriebs und der Schlachtungen für die Zeit vom 1. November bis 31. Oktober enthalten. Daraus ergibt sich in bezug auf die Schweine folgendes:

| | Auftrieb | Schlachtungen |
|-----------------|----------|---------------|
| 1906—1904 . . . | 80 480 | 70 815 |
| 1906—1905 . . . | 87 189 | 78 842 |
| 1905—1906 . . . | 81 339 | 72 351 |

Das Jahr vom 1. November 1903 bis 1. November 1904 kann als normal gelten und da ergibt sich, daß in Hannover im Jahre 1906 rund 8000 Schweine und 7500 Schlachtungen weniger zu verzeichnen sind. Gegen 1905 ist ein Rückgang von 5991 Schlachtungen dargelegt. Ganz richtig bemerkt dazu der amtliche Schlachthofbericht, die Täuschungen der Landwirtschaftskammer zurückweisend, das folgende:

„Eigentlich hätte eine Zunahme entsprechend dem Bevölkerungszuwachs eintreten müssen. Wenn also von anderer Seite keine Bedung erfolgt ist, dann kann man nur annehmen, daß der Fleischkonsum infolge der hohen Preise mindestens um die obige Differenz eingeschränkt worden ist und somit bedeutet diese ein erhebliches Manko in der Ernährung.“

Die Preise betragen im November 1904 56—58 M. pro Zentner Schlachtgewicht, seitdem sind sie unaufhörlich gestiegen, bis sie im November 1906 einen Stand von 72—78 M. erreichten. Im Dezember 1905 fielen die Preise auf 75 M., sie stiegen aber im Januar 1906 auf 79 M., im Februar und März auf 80 M. Im Mai trat ein Rückschlag ein auf 61—67 M., aber vom Juni ab stieg der Preis wieder unaufhörlich bis auf 78 M. und er ist trotz des von der Landwirtschaftskammer hervorgehobenen vermehrten Auftriebes nicht gefallen!

Ähnlich verhält es sich mit anderem Schlachtwild. Bis 1. November 1906 waren im letzten Jahre 18 716, das Jahr vormdem 19 054 Schafe aufgetrieben. Der Preis war 1. November 1904: 66—72 Mark, 1905 70—73 Mark, 1906 aber 76—82 Mark. Bei Rindern betragen die betreffenden Auftriebszahlen 1903: 17 529, 1904: 17 188. Die Preise betragen im November 1904 82—87 Mark, 1906 aber 103!! Mark! Schafe kosteten 1904 63—70 Mark, 1906 dagegen 80—87 Mark!, im August dieses Jahres gar 85—90 Mark pro Zentner Schlachtgewicht.

Gegen solche Zahlen stellen sich die Agrarier natürlich taub. Sie wissen, was ihnen dieser Fleischwucher einbringt.

In den letzten Tagen ist weiter von den hohen Einnahmen der Viehkommissionäre gesprochen. So berichtigt der Kampf gegen diese überflüssigen Goldschlucker ist, so falsch ist auch die Behauptung, daß durch sie die Fleischsteuerung herbeigebredet ist, denn diese „Bucherer“ waren auch bei billigen Fleischpreisen da. Von den wucherischen Einnahmen der Agrarier spricht man nicht, besonders will man jedenfalls nicht daran erinnert sein, daß schon in diesem Frühjahr ein weislicher Rittersgutbesitzer den Gewinn der hannoverschen Landwirtschaft aus der Viehsteuerung auf 45 Mill. Mark jährlich bezifferte! Um aber diese Betrachtungen lächerlich zu machen, sei noch die Tatsache erwähnt, daß die Statistik für die Zeit vom 1. November 1904—1905 anzeigt, daß 1494 Pferde auf dem hannoverschen Schlachthof geschlachtet sind. 1905/06 aber ist die Zahl gestiegen auf 1608 Stück! Will die hannoversche Landwirtschaftskammer etwa auch diesen „vermehrten Auftrieb“ zum Beweis für ihre triviale Behauptung anführen, daß die Bestrebungen zur Öffnung der Grenzen noch nie so sehr der inneren Verdrängung einbüßen haben, als es gerade jetzt der Fall ist? Er beweist gerade das Gegenteil und zwar „mit allem Rechte“.

Goldene Jugend!

Jena, 18. November.

Die Universitätsstadt Jena ist von altersher wegen ihrer „akademischen Freiheit“ berühmt. Den Begriff dieser Freiheit legen sich aber die Nulenzhöfner in der ihrem Bildungsgrade entsprechenden eigenen Weise zurecht. Die Befehle der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sind ihnen höchst schimpflich. Der gewöhnliche Mann geht den buntenbemalten Söhnen der Alma mater wegen ihrer gewalttätigen Manieren schon am hellen Tage mit großer Vorsicht aus dem Wege, obwohl er sie dann, wenn auch nicht immer, nächsten antrifft. Wie aber dem friedlichen Nächsten, wenn er die Pfade einer solchen Notte kreuzt, nachdem sie von einem ihrer gewöhnlichen Sanftgelehrten kommt. Er mag nur seine Knochen zusammennehmen, wenn er sie nicht verlieren will.

Wie es da zuweilen zugeht, ersieht man aus zwei Notizen, die das „Jenaer Volksblatt“ in seiner heutigen Ausgabe im lokalen Teile bringt:

— Polizeilich wird mitgeteilt: In der Nacht vom 10. zum 11. d. M. gegen 1 Uhr wurde von Angehörigen des Korps „Gustavalia“ auf dem Johannisplatz durch Schlägen an Rolläden und lautes Särcien erheblicher Lärm verursacht. Als ein harmlos des Weges daherkommender Radfahrer an den Studenten vorüberfuhr, sprangen verschiedene der Herrschaften hinter ihm her und schlugen mit Spazierstöcken auf ihn ein. Durch schnelles Fahren rettete sich der Mann. Ein Schutzmann, der nunmehr die Namen der Täter feststellen wollte, wurde angegriffen, gestochen und ebenfalls mit Stöcken auf den Helm geschlagen. Die Polizei hat ein Interesse daran, den Namen des Radfahrers zu wissen. Seine Meldung im Polizeiamt ist erwünscht.

— Ein Polizeiaufgebot von etwa zehn Schutzeinheiten war heute vormittag auf dem Marktplatz tätig, um Angehörigen der Studentenverbindungen „Germania“, die stundenlang einen Höllenlärm verübten, auseinanderzusetzen, daß akademische Bürger neben weitgehenden Rechten auch einige Pflichten haben. Dies den künftigen Stützen von Sitte und Ordnung beizubringen, war natürlich keine leichte Arbeit und der Ton, den die Studios den Beamten gegenüber anschlugen, war nicht weniger als respektvoll.

Man beachte, daß die erste Notiz direkt den Polizeistempel trägt, derselben Polizei, die den Studenten gegenüber mit unangenehmer Milde getoppnet ist. Welche Summe schwerer Delikte würde wohl ein findiger Staatsanwalt aus dem Vorgange herausdestillieren, wenn als Täter nicht Studenten, sondern gewöhnliche Arbeiter in Frage kämen! Ein paar Monate Gefängnis wären jedem einzelnen von ihnen sicher. Ob bei den Herren Studenten die Strafverfolgung aber überhaupt zu einer Gerichtsverhandlung führt, wegen mir vorläufig noch nicht zu bejahen. Es wäre ja schade um ihre Karriere! Die Blätter aber, die mit Vorliebe über die „Berrohung“ der Arbeiter jenern, mögen sich einmal diese Ergebnisse der goldenen Jugend zur Notiz nehmen.

Herr Erzberger „erklärt“.

In der „Germania“ erklärt Herr Erzberger:

Auf meine Darstellung der Beschlagnahme meines Materials über die Kolonialmissstände hat die „Süddeutsche Reichskorrespondenz“ erwidert, in verschiedenen Blättern wird diese Antwort als eine „halbamtliche Auslassung“ bezeichnet. Vorerst kam ich dieses nicht glauben, sondern werde abwarten, was im Reichstage hierüber erklärt wird. Nur gegen zwei Sätze muß ich aber jetzt schon Einspruch erheben; einmal heißt es in dieser Auslassung: „Es befinden sich darunter (unter dem beschlaggenommenen Material) bekanntlich Dinge, die — wir wählen absichtlich recht milde Ausdrücke — von mißvergünstigten Beamten in unstatthafter Weise den Ältern einer Behörde entnommen worden sind.“ Diese Behauptung ist un- wahr; was an beschlaggenommenem Material gefunden wurde, sind Aufzeichnungen über persönliche Erlebnisse, Eingaben an den Reichstanzler und Erklärungen zu diesen Eingaben. Nur einmal erhielt ich amtliche Urkunden, die ein Beamter zur Verweisung seiner schweren Verfehlungen beiseite hatte; diese habe ich sofort Erzellenz Dernburg übergeben, der mir schlen- nigste Untersuchung und Bestrafung zusagte. Was die „Südd. Reichskorresp.“ als „heimlich“ hinstellt, ist somit unwahr. Der weiteren Behauptung, es könne der von mir aus verschiedenen Ursachen gewünschten Untersuchungskommission des Reichstages nicht gleichgültig sein, durch welche Vorgänge ich mein Material erhalten habe, stimme ich gerne zu, nur wird hierbei nicht der geringste Schatten auf mich fallen, sondern auf andere, auch nicht auf die sogenannten „malkontenten Beamten“, sondern höher hinauf! Was mir an amtlichem Material bekannt geworden ist, steht im Zusammenhange mit den vielen erfolglosen Eingaben an das Staatssekretariat des Auswärtigen Amtes, an den Reichstanzler und an das Zivilkabinett. Erst als von keiner dieser Behörden gegen die schweren Mißstände vorgegangen worden ist, habe ich den Kampf im Parlament eröffnet und auch da erst, nachdem ich mit dem Chef der Reichstanzler und einer meiner politischen Freunde mit dem Kolonialdirektor a. D. Erzprinz Hohentlohe vergebens über eine Beseitigung der Mißstände auf andere Weise verhandelt hatten. Mir ist es also im höchsten Grade erwünscht, wenn über alle Vorgänge volles Licht kommt; andere kommen nur tiefer in die Tinte.“

Was Herr Erzberger hier „auspackt“, ist ja sehr nett. Sehr hübsch ist es auch, daß er gern „volles Licht“ über die Vorgänge verbreitet sähe. Nur fürchten wir, daß ihm die Zentrumsfraktion trotz oder gerade wegen seiner Drohung, daß durch dieses „volle Licht“ „andere nur tiefer in die Tinte kämen“, den Maulkorb umlegen wird!

Missionare als Märtyrer.

Die „Germania“ verwahrt sich energisch dagegen, daß die Missionare gewissermaßen als eine „koloniale Oberregierung“ zu betrachten seien, was ihnen von einem Teil der Kolonialpresse nachgesagt werde. Die Missionare seien im Gegenteil die Märtyrer ihrer aufopfernden beruflichen Tätigkeit. So hätten sie in Südwestafrika die Hilfe von Reichstagsabgeordneten anrufen müssen, um nur die gesetzlich gewährleistete Freiheit der Religionsübung zu erhalten. In einer anderen deutschen Kolonie sei eine ganze Missionsstation verhaftet worden, ja man habe die Patres ohne jeden nur einigermaßen berechtigenden Grund drei Wochen lang in Haft gehalten und geschwidrig behandelt. Es müsse deshalb von dem Reichstanzler erwartet werden, daß künftig den Missionen ihr Recht nicht vorenthalten werde.

Wie vermögen nicht nachzuprüfen, ob unsere Kolonialverwaltung den katholischen Missionaren tatsächlich so übel mißgespielt hat. Sollte es aber wirklich der Fall sein, so ließe diese Behandlung der Missionare, hinter denen doch die regierende Zentrumsparterie steht, einen Schluß zu auf die Behandlung, die in unseren Kolonien den absolut schutzlosen Eingeborenen zuteil wird! Wie man mit den Eingeborenen umspringt, beweist übrigens auch eine Stelle des Artikels der „Germania“. Es wird da an einen Befehl an die Mädchen von Atakbame erinnert, denen von den Kolonialbeamten unter Androhung von 20 Mark Geldstrafe befohlen worden sei, nächtliche Tänze auszuführen, das heißt, sich zum Amüsement der Herren Kolonialbeamten gewissermaßen zu prostituieren!

Statt daß nun das Zentrum eine solche Kolonialpolitik, die die Eingeborenen vergewaltigt, verachtet und ausrötet, das Reich in unaufhörliche blutige Kriege verwickelt, und den Steuerzahlern unzählige hunderte von Millionen aus der Tasche stiehlt, prinzipiell bekämpft, erklärt sie sich zur Unterstützung bereit, lediglich um den Preis, daß künftig auch die katholischen Missionen der Protektion der Kolonialverwaltung teilhaftig werden!

Ausland.

Oesterreich.

Die Wahlen in Mähren.

Am vergangenen Sonntag wählte das mährische Volk zum ersten Male nach dem neuen Wahlgesetz, das für den Landtag eine allgemeine Wählerklasse vorsieht. Soweit die Ergebnisse der Wahlen bis jetzt vorliegen, ist ein bedeutender Erfolg für die Sozialdemokratie festzustellen. Gewaltig ist er namentlich für die tschechische Partei, die an Zahl der Stimmen nur von den Liberalen übertroffen wird, alle bürgerlichen und radikalen Gruppen aber weit hinter sich läßt. Die tschechischen Genossen haben zwei Mandate erstritten, eins in Brunn, das andere in Mährisch-Odrau; in acht Bezirken kommen sie in die Stichwahl, von denen drei für sie sehr günstig stehen. In den 14 tschechischen Wahlkreisen haben die Sozialdemokraten 68 000 Stimmen erhalten. Auch die deutsche Sozialdemokratie hat den Umständen entsprechend ein sehr günstiges Resultat erzielt. Von den sechs Mandaten des deutschen Katasters wurde eins erobert: Genosse Eidersch ist in Mährisch-Schönberg mit großer Mehrheit gewählt, und in Jglau steht Genosse Freundlich in Stichwahl. Für die deutsche Sozialdemokratie wurden in den sechs Wahlkreisen insgesamt 36 000 Stimmen abgegeben.

Wahlreform.

Wien, 14. November. Das Abgeordnetenhaus nahm heute in der Spezialdebatte nach Ablehnung sämtlicher Minoritätsanträge die erste Gruppe der Wahlreform an. Diese enthält die Festsetzung der Mandatszahl und die Aufteilung der Mandate in den einzelnen Kronländern gemäß den Ausführanträgen. Sodann begann die Verhandlung der zweiten Gruppe, welche die Wahlberechtigung und Wählbarkeit festlegt.

In der Debatte über die zweite Gruppe der Bestimmungen betreffend die Wahlreform traten die Sozialdemokraten und die tschechisch-radikalen für das Wahlrecht der Frauen ein, sprachen sich jedoch entschieden gegen die Verlängerung der Schulpflicht auf ein Jahr aus. Die Beratung gedieh bis zum Schluß der Debatte einschließlich der Rede des ersten Generalredners, worauf die Verhandlung abgebrochen wurde. Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

Schweiz.

Schaffhausen, 11. November. (Eig. Ber.) Die Scharmscher in unserem Kanton haben abermals eine Niederlage erlitten. Hatte vor einiger Zeit die Kantonsregierung es abgelehnt, das von ihr mit heißer Sehnsucht verlangte und erwartete Streikpostenverbot zu erlassen, so hat es nun auch der Kantonsrat mit allen Stimmen gegen die eine des Antragstellers abgelehnt, nach dem schlechten Beispiel der Kantone Jürich und Bern ein Antistrikegesetz als Ausnahme-gesetz gegen die Arbeiter zu schaffen. Der Antragsteller war der Gemeindegemeinderat in der Arbeitergemeinde Reuhausen am Rheinfluß bei Schaffhausen. Ihm traten energisch und mit dem angeführten Erfolge unsere Genossen entgegen.

Frankreich.

Maujans Tagesordnung, die nach der Rede des Kultusministers Briand am Dienstag mit 301 gegen 143 Stimmen beschlossen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die Kammer billigt die Erklärung der Regierung und hat das Vertrauen, daß sie die Befähigung besitzt, das Trennungsgesetz in seinem ganzen Umfange ohne jeden Zusatz zur Anwendung zu bringen.“

Die Mehrheit, die für Annahme der Tagesordnung stimmte, umfaßt die Radikalen, die Sozialistisch-Radikalen und die unabhängigen Sozialisten, die Mitglieder der demokratischen Linken, der demokratischen und der republikanischen Vereinigung sowie 17 gemäßigten Republikaner, achtzehn „geeignete“ Sozialisten und mehrere Wilde.

Die Minderheit besteht aus 27 „geeigneten“ Sozialisten, 30 gemäßigten Republikanern, zwei Sozialistisch-Radikalen, 69 Konservativen und 15 Nationalisten. Der Abstimmung enthielten sich u. a. Jaurès, Pellétan und Ribot.

Afrika.

Die Truppe des Polizeinspektors White stieß am Montagabend vierzehn Meilen östlich von Uppington auf den Burenrebellens Ferreira. Nachdem eine halbe Stunde hindurch Schüsse gewechselt waren, zog sich Ferreira in den Busch zurück und White ging nach Uppington zurück, da ihm ein Hütschlag unfähig zur Fortsetzung des Gefechts gemacht hatte. — Es sind jetzt drei Rebellenführer unterwegs; die eine, geführt von Ferreira, geht nach dem Kap-Distrikt, die zweite nach Kafamas, und die dritte, von Deutsch-Südwestafrika kommend, hat gerade jetzt die Grenze überschritten. White erholte sich von dem Hütschlag und verließ Uppington mit vierzig Mann von der Polizeitruppe, um der dritten Rebellenführer den Rückweg nach Deutsch-Südwestafrika abzuschnitten. Der in Alipdam (Deutsch-Südwestafrika) kommandierende Offizier hatte dem britischen Lager in Biesiespoort am 6. November mitgeteilt, daß Ferreira in das Gebiet der Kapkolonie eingedrungen sei.

Gewerkschaftliches.

Auch die „Gelben“ wollen die Jugend für sich gewinnen.

Da die gelbe Garde in der großen Maschinenfabrik Augsburg (Rürnberg) mit der Terrorisierung der erwachsenen Arbeiter kein allzu großes Glück hatte, machen sie sich nun an die Lehrlinge des Werkes heran. Bei einer mit dem Gelde der Fabrik zu veranstaltenden Weihnachtsfeier sollen die jungen Leute nach bekannter Art „freiwillig“ für die Gelben gewonnen werden.

Die aufgeklärte Arbeitererschaft Augsburgs hat bisher der Jugendorganisation keine Aufmerksamkeit geschenkt. Vielleicht wird sich dieser Schritt der Gelben dazu zwingen.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik in den Spezialbetrieben der Berliner Werkzeugindustrie bringt die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ in ihrer Nr. 45 einen längeren Artikel, in dem sie sich bemüht, nachzuweisen, daß die von Seiten der Arbeiter (nicht des Metallarbeiterverbandes, wie sie angibt) gestellten Forderungen durchaus unerfüllbar seien. In dem letzten Absatz behauptet die Zeitung nun, daß der Verband die denkbar größte Unkenntnis in dieser Spezialbranche betreffen habe usw. Wer sie Schreiber dieses, selbst Werkzeugmacher ist und die Verhältnisse dieser Branche kennt, der muß lachen über das Geschreibsel der „Arbeiter-Zeitung“. Die Lohnverhältnisse der übrigen Werkzeugmacher sind so, daß die geforderten Löhne tatsächlich die Mindestgrenze darstellen, was ja auch einzelne Arbeitgeber bei den Verhandlungen zugaben. Daß nach Meinung der „Arbeiter-Zeitung“ die ausgelerneten Gesellen nicht leistungsfähig sind, ist nicht deren Schuld, denn wenn bei den Vertrieben wie z. B. Reis u. Martin mit 57 (!), Zander u. Dpi bei 6 Gesellen (unter denen noch mehrere jung ausgelehrte) mit 25 Lehrlingen (!) paradierten, so ist erklärlich, daß da von einer Ausbildung nicht gesprochen werden kann. Da die jungen Leute vielfach nach vierjähriger Lehrzeit gezwungen sind, als Hilfsarbeiter zu gehen oder aber vorziehen, in den Großbetrieben Arbeit zu nehmen, weil sie dort mehr Lohn erhalten, so kann man

von nicht genügendem Nachwuchs sprechen. Wenn man aber behauptet, die Forderungen der Arbeiter seien unerfüllbar, so ist das einfach dadurch widerlegt, daß die maßgebenden Firmen tatsächlich schon höhere Löhne vor Beginn des Streiks zahlten und dabei sehr gut konkurrenzfähig waren, ja, wenn gerade diese Firmen sich ständig erweitern und vergrößern, während umgekehrt die mit den niederen Löhnen sich nur dadurch über Wasser halten können, daß sie zu den schmutzigsten Mitteln im Konkurrenzkampf greifen müssen, so ist hiermit zur Evidenz erwiesen, daß die Forderungen nur gerecht sind. Die Mitglieder der Vereinigung der Berliner Werkzeug- und Maschinenfabrikanten geben an, daß sie, selbst wenn nicht gestreikt wird, so wenig verdienen, daß ihnen ein Dauerstreik recht wenig Ueberwindung kostet, sie auch, da die zurückgewiesenen Aufträge inzwischen nach dem Erzgebirge weitergegeben wurden, kein Interesse an einer Einigung haben. Demgegenüber haben die streikenden Arbeiter sich in einer am Donnerstag, den 8. November, abgehaltenen Versammlung auf den Standpunkt gestellt, daß sie es sich vorher erst noch einmal reichlich überlegen, ob sie überhaupt noch einmal in ein Spezialgeschäft gehen werden. Da es den Arbeitern gleichgültig sein kann, wo sie beschäftigt werden, so sehen sie dem Ausgang des Kampfes mit guter Ruhe entgegen.

Ortsverwaltung Berlin des Metallarbeiterverbandes.

Streikbrecher-Agenturen.

„Erfahrene Dreher werden gesucht.“ Maschinenbau- und Reparaturanstalt von Knarr, Klosterstraße.
Vorstehende Annonce, welche vor einigen Tagen in Spandauer Blättern zu finden war, veranlaßte mehrere Dreher, sich nach der Maschinenbauanstalt von Knarr in Spandau zu begeben und um Arbeit anzufordern. Dasselbst angekommen, wurde ihnen von dem jungen Herrn Knarr der Weisheit, sie sollten zu Siemens u. Halske fahren. Da die Betroffenen nicht Lust hatten, als Streikbrecher zu arbeiten, so kamen sie dem Verlangen des Herrn Knarr selbstverständlich nicht nach. Aber auch sonst noch bemüht sich Herr Knarr der in Bedrängnis geratenen Firma Siemens u. Halske zu helfen. So kamen sie dem Verlangen des Herrn Knarr ein junger 18jähriger Koloniar, welcher vom 1. Januar 1906 bis 1. Januar 1907, also ein Jahr lang, sich die Dreherei aneignen soll. Diesen jungen Mann fragte nun Herr Knarr, ob er gedente, irgendwo schon als Dreher arbeiten zu können; er würde ihm eine sehr schöne Stelle verschaffen, wo er in diesem Monat wenigstens noch seine 100 M. verdienen könne. Es wurde ihm gesagt, daß er bei Siemens anfangen könne. Der junge Mann gab an, er wolle erst seinen Vater fragen. Am anderen Morgen erklärte er Herrn Knarr auf die Frage, ob er sich die Sache überlegt habe, sein Vater habe gesagt, er solle erst ordentlich auslernen und wenn es geht sich in seiner Lehrstelle verbessern. Einen anderen kürzlich ausgerechneten jungen Mann, welcher bei ihm gelernt hatte und in Spandau wohnhaft ist, ließ Herr Knarr zu sich kommen und gab ihm ein Schreiben mit, worin er den jungen Mann einem Ingenieur von Siemens empfiehlt. Da die Fabrik des Herrn Knarr bei der Spandauer Arbeiterschaft keineswegs als „Idealbude“ bekannt ist, — er beschäftigt zurzeit bei circa 10 Gefellen 22 Lehrlinge, jedenfalls ein gesundes Verhältnis —, so können nur Arbeiter „der Wissenschaft halber“ oder solche, welche die Verhältnisse bei der Firma nicht kennen, sich durch derartige Annoncen veranlaßt fühlen, Herrn Knarr zu beehren. Die Arbeiterschaft aber kann aus diesen Vorkommnissen lernen, wie das kleine und große Kapital sich einig ist, und wie notwendig deswegen der Arbeiterschaft die Einigkeit ist.

Achtung, Klemmer und Böhmerinnen! Die Hamburger Kollegen und Kolleginnen dieses Berufes sind in eine Lohnbewegung getreten. Die Unternehmer versuchen, von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen. Zugung ist strengstens fernzubalten.
Deutscher Metallarbeiterverband.

Deutsches Reich.

Achtung, Buchbinder! Bei der Firma F. A. Seiler in Dessau sind Differenzen ausgebrochen. Jeglicher Zugung ist strengstens fernzubalten.

Der Streik der Binnenschiffer

Ist nicht beendet, wie wir nach dem Wolffschen Telegraphenbureau melden, da die Schiffer mit einer Lohnerhöhung von 5 M. pro Monat nicht zufrieden sind, sondern vor allem eine Regelung der Arbeitszeit und die Bezahlung der Ueberstunden verlangen. Leider hat und die Organisationsleitung über diese Sachlage nicht unterrichtet.

Streik im Hamburger Hafen.

Die ausländischen Getreideeffordarbeiter sind der Aufforderung, auf allen Schiffen, wo sie zu arbeiten begonnen hatten, die Arbeit wieder aufzunehmen, nicht nachgegeben. Für gestern Abend war eine Versammlung aller Schauerleute (sowohl Tagelohn- wie Affordarbeiter) abgeräumt, in der darüber beschlossen werden sollte, ob morgen früh die Arbeit wieder aufgenommen sei oder ob alle Schauerleute in den Ausstand eintreten sollen.

Aussperrung der Elektromonteur in Kiel.

Bei der Kieler Installationsfirma Wischmann waren vorige Woche die Elektromonteur in Streik getreten, weil die Firma bei Einführung der 9stündigen Arbeitszeit an Stelle der 9 1/2 stündigen den bisherigen Lohn nicht weiterzahlen wollte. Daraufhin sind in sämtlichen elektrotechnischen Betrieben Kiels die Elektromonteur, circa 80 Arbeiter, entlassen worden. Dem in der Wera des Scharfmachertums an sich alltäglichen Vorgang liegt ein wahrhaft grotesker Sachverhalt zugrunde.

Die Kieler Elektromonteur hatten kürzlich in sämtlichen Firmen, mit Ausnahme der Firma Wischmann, den Reumstundentag durchgeführt, bei Fortbezahlung des bisher für 9 1/2 Stunden gezahlten Lohnes. Bei der Firma Wischmann sollte, mit Einwilligung der Monteur, die Verkürzung der Arbeitszeit erst am 1. Januar eintreten, da der Betrieb ein gemischter und die dort beschäftigten Klemmer und Installateure ohnehin tarifmäßig zu diesem Termin die 9stündige Arbeitszeit erhalten. Daraufhin z w o n g der Verband der elektrotechnischen Installationsbetriebe in der Provinz Schleswig-Holstein die Firma, den Reumstundentag gleichfalls schon jetzt einzuführen. Die Firma mußte dem Druck ihrer Organisation nachgeben, ließ sich aber im Gegenzug zu sämtlichen übrigen Geschäften der Branche auf eine Verbeibehaltung des Lohnes nicht ein. Die Elektromonteur legten die Arbeit nieder, und nun herrt derselbe Verband der elektrotechnischen Installationsbetriebe, der die Firma über die Köpfe ihrer Arbeiter weg zur Verkürzung der Arbeitszeit gezwungen, seine Arbeiter aus, weil ihre Kollegen bei der vom Unternehmerverband vergewaltigten Firma dieselben Forderungen stellten, die der Unternehmerverband seinen Arbeitern ohne Anstand bewilligt hatte! Man sieht, den Scharfmachern geht im Klassenkampf nicht nur das primitivste Gerechtigkeitsgefühl, sondern auch alle Logik flöten.

Der Streik in Brauerei und Brennerei Doornkaat in Norden (Dithmarschen) dauert noch immer an und damit der Vorkost der Doornkaatschen Getränke. Die Firma Doornkaat hat jetzt die Streikbrecher, nachdem sie schon mit Knüppeln ausgerüstet waren, mit Revolvern versehen. Jeder Streikbrecher erhält dazu fünfzig Patronen. Bei dem starken Genuß des Doornkaatschnaps, dem diese Leute zu frönen pflegen, kann leicht ein großes Unglück mit den Revolvern angerichtet werden. Es lag am so weniger Grund vor, einen Streikbrecher zu bewaffnen, als sich die streikenden Arbeiter außerordentlich ruhig verhalten und allen Aufreizungsversuchen Doornkaats ihr freieschiesiges Pflögen entgegensetzen.

Die Gewerbegerichtswahl in Memmingen (Schwaben) brachte für die Christlichen eine Niederlage, trotzdem sie gegen die freien Gewerkschaften mit Jauchehelien „arbeiteten“. Das neugegründete Gewerbegericht wird von Vertretern der freien Gewerkschaften besetzt.

Unternehmerlügen.

Bei der satfam bekannten Stellungnahme der Kohlenmagnaten den Arbeiterforderungen gegenüber war es weiter nicht verwunderlich, daß auch die mitteldeutschen Braunkohlenindustriellen auf die Eingaben der Arbeiter ablehnend antworten würden. Was allgemein interessanter dürfte, ist die eigenartige und lächerliche „Begründung“ des ablehnenden Bescheides. Zunächst stellen die Unternehmer „fest“, daß die Löhne höher gestiegen seien, als die Verteuerung der Lebensmittel ausmacht, und daß dieselben sich in weiter aufsteigender Tendenz“ bewegen. Dann sollen die Preise für Produkte der Braunkohle, wie Zirkons, Kalkstein, Kalk, usw. in den Abzählungen bis 1. April nächsten Jahres „festgelegt“ sein, so daß die Industrie „eine weitere Belastung durch höhere Arbeitslöhne bei gleichen Verkaufspreisen nicht verträgt“.

Demgegenüber ist daran zu erinnern, daß bei Beendigung des Streiks der Braunkohlengräber die unterirdisch beschäftigten eigentlichen Vergleute nichts weiter erreicht hatten, als die neunstündige Schicht — ein Wechsel auf die Zukunft. Die Uebertragungsarbeiter, Handwerker usw. erreichten Lohnaufbesserungen von 10—30 Pf. pro Schicht, Durchschnittlich etwa 5 Proz. Die letzten Bilanzen und Jahresberichte der Gesellschaften weisen im ganzen ein glänzendes Bild der ausgezeichneten Prosperitätsperiode, wenig beeinflusst durch den Streik, auf. Wie aber auch die Statistik für das dritte Quartal 1906 lehrt, sind die Löhne nur um wenige Pfennige gestiegen. Greifen wir aus der Masse der Berichte nur einen heraus. Den der Riebeckischen Montanwerke, der größten Gesellschaft der in Betracht kommenden Reviere. Nach dem Bericht dieser Gesellschaft ist die Zahl der Beschäftigten um elf Mann gesunken, die Lohnsumme aber um 60 000 Mark! Auf den Kopf der Beschäftigten berechnet, betrug der Gewinn im Geschäftsjahre 1905/1906 835,00 Mark gegen 780,00 Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das ist ein Mehr von pro Arbeiter 55 Mark! Die Durchschnittslöhne bei derselben Gesellschaft haben betragen 1904/05 1100 M., 1905/06 nur noch 1089 M.! Also direkte Bereicherung der Gesellschaft auf Kosten der Arbeitslöhne.

Nach einer Berechnung der „Arbeitsmarktkorrespondenz“ betrug das Verbrauchsmittel einer vierköpfigen Familie 1900 1062 M., 1905 1142 M. Durch den Zolltarif vom 1. März d. J. mit seiner weiteren Verteuerung der Lebensmittel ist dieses Minimum noch beträchtlich in die Höhe gegangen. Trotzdem ist bei den Riebeckischen Montanwerken der Lohn im laufenden Jahre um 11 M. gefallen. Wechnlich verhält sich's mit den übrigen Gesellschaften. Erstaunt wird der Kundige gewesen sein, als er erfahren hat von den langfristigen Abschläffen zu den alten „niedrigen“ Preisen. Da kommt gerade rechtzeitig eine Stimme aus Sachreisen, der Wochenhauer der „Leipz. Neuesten Nachr.“ nämlich, der schreibt: „... in den großen Montanrevieren dagegen, dort, wo die Verbände die Abzählpolitik aus weiteren Gesichtspunkten als bloß von heute auf morgen dirigieren, sind eben diese Verbände vielleicht nicht gerade übertreibend, aber klug genug gewesen, riskante langfristige Engagements abzuweisen“. Ergo ist die Nebenart von den „bindenden“ Abschläffen zu „niedrigen, alten Preisen“ eine Finte, bestimmt, den Arbeitern leere Versprechungen auf „bessere, spätere“ Zeiten schmacht zu machen. Wer in der Tat beobachtet hat, wie sich die Unternehmer in der Braunkohlenindustrie, die ihre Produktion an Zirkons usw. hauptsächlich einzeln im Landebit an die Konsumenten abgeben haben, die herrschende Kohlenknappheit in der unverschämtesten Weise zunutze gemacht haben, ist erstaunt, wie man da noch von „niedrigen, alten Preisen“ reden kann. In geradezu unerhörter, noch nie dagewesener Weise sind die Preise für den Bedarf an Hausbrandkohlen in die Höhe geschmettelt. Vor kaum fünf Monaten kosteten Zirkons a b Werk noch 45 Pfennige der Zentner. Dann 48, 50, 52, 55, 58 und jetzt 60 Pfennige. Bei eintretender strenger Kälte werden sie weiter „klettern“.

Dann ist in der Unternehmerantwort „nach berühmten Mustern“ gesagt, daß eine Sperre nicht bestehe, daß man sich aber das Recht vorbehalten müsse, „migliedige Elemente“ von den Betrieben fernzuhalten. Danach wird der Anschein erweckt, als handele es sich nur um ein schwarze Listen-System, das zwar ebenso ungeschicklich als brutal und niederträchtig ist, das aber fast allgemein in Unternehmerkreisen in Gebrauch ist. Das ist aber nicht wahr. Es handelt sich in den Braunkohlenrevieren um eine Beschränkung der Freizügigkeit, um eine „Sperre“, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Die Gesellschaften haben nämlich unter sich ein Abkommen getroffen, wonach ein Arbeiter, der von einem Werke der Kachbargesellschaft abgehert ist, unter vier Wochen nicht angenommen werden darf! Der Arbeiter riskiert also bei jedesmaligem Arbeitswechsel eine mindestens vierwöchentliche Freizeitsperre, wenn er nicht als Handlanger oder Tagelöhner eine Zeitlang arbeiten will. Dadurch ist er gezwungen, auch unter unglücklichen Arbeitsbedingungen seinem Unternehmer „treu“ zu bleiben. Bei Arbeitswechsel schnellst sofort der Vorkost in die Höhe. „Migliedige“ Arbeiter im Sinne der Unternehmer bekommen in den Revieren überhaupt keine Arbeit wieder, sie müssen auswandern, den Beruf wechseln — oder Kolporteur werden.

So stellen sich die ablehnenden „Begründungen“ der Vergarbeiterforderungen bei Lichte beisehen als ganz ordinäre Unternehmerlügen heraus. Daß sie damit nicht durchkommen, dafür wird die organisierte Arbeiterschaft sorgen.

Die Arbeit der „migliedigen Elemente“ fürst ein!

In Lechhausen bei Augsburg zeigte ein von Streikbrechern aufgeführtes neues Haus bedenkliche Risse, die immer größer wurden und zuletzt drohte die Giebelwand einzustürzen. Sofort rückte die Polizei aus — die nämlich, die vorher die Streikbrecher beschäftigte —, um nun das Publikum vor der zusammenstürzenden Arbeit der Streikbrecher zu schützen; mächtige Balken mußten die herüberhängenden Mauern vor dem Zusammensturz bewahren. — Tächtigen Maurern aber hatte man einige Pfennige mehr Lohn verweigert.

Vergifteter Ader.

Aus Baden schreibt man uns: Die Vertreter des süddeutschen Textilarbeiterverbandes tagten in voriger Woche zu Stuttgart, um neue Kriegslisten im Kampfe gegen die Lohnforderungen ihrer hungernden Weber zu erfinden. Wie altflug und weise die Herren im Schwabenlande geworden sind, lehrt folgender Witz:

Wir teilen unseren Arbeitern mit, daß laut Beschluß des Verbandes süddeutscher Textilarbeiter, diejenigen Arbeiter, die die Arbeit überhaupt nicht niedergelegt haben, keinen Verbänden beigetreten sind und zurzeit noch bei uns arbeiten, eine Prämie erhalten. Diejenigen Arbeiter, die sich nachträglich entschließen, aus ihren Verbänden auszutreten, können bei uns sofort Arbeit finden und erhalten, im Falle es uns möglich ist mit denselben unseren Betrieb auch nur im beschränktem Maße aufnehmen zu können, diese Prämie ebenfalls. Sollten sich nicht soviel Arbeitswillige finden, daß wir unseren Betrieb wieder aufnehmen können, so erhalten sämtliche Arbeitswillige vom Verband süddeutscher Textilarbeiter mindestens dieselbe Unterstützung, wie sie sie aus ihrem Verbände erhalten. Wer von unseren Arbeitern gesonnen ist, sich unter diesen Bedingungen und anzuschließen, kann sich sofort bei uns melden. Diesen Ader werfen die Textilindustriellen der badischen Stadt Lahr ihren Arbeitern hin, welche, 100 an der Zahl, eintütig in eine Lohnbewegung eingetreten sind. Die Arbeiter

halten fest an ihrem Verband, mit dessen Hilfe sie statt der Gnadenprämie für Verrat sich ihr Recht auf einen vor dem Verhungern schützenden Lohn erkämpfen werden.

Die Gewerkschaftsbewegung im Reichslande.

Lange Jahre war das Reichsland das Sorgenkind der Gewerkschaften. Nationalitätenzwiepsel verbunden mit territorialem Partikularismus, wirtschaftliche Abhängigkeit von oft patriarchalischen Unternehmern, geistige Anarchie eines fanatischen, reaktionären Klerus und nicht zuletzt die Polizeimäßigkeit unter dem Diktaturzustand hinderten die Entwicklung der Gewerkschaften. Nachdem dieser Diktaturzustand gefallen war, bekam die Arbeiterbewegung und damit die Gewerkschaften wenigstens auf dem politischen Boden freie Bahn. Die gesetzlichen Beschränkungen waren in etwas aufgehoben, mit den anderen wüthigen Umständen fertig zu werden, war nicht mehr so schwer. Und seit Aufhebung des Diktaturparagrafen 1902 machte die Organisation der Arbeiter erst langsame, dann aber mächtige Fortschritte. Dies zeigte recht deutlich die fünfte elsäß-Lothringische Gewerkschaftskonferenz, die am Sonntag, 11. November, in Colmar tagte. Die Konferenz war besucht von 37 Delegierten aus den industriellen Teilen des Landes. Weiter waren vertreten die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands durch den Genossen Kube in Berlin und die politische Partei Elsäß-Lothringens. Die Zentralisationskommission der Gewerkschaften Elsäß-Lothringens mit Ausnahme des nördlichen Bezirks von Lothringen, der dem Agitationsbezirk Saarbrücken angeschlossen ist, hat in einer ganzen Anzahl von Disziplinaragitationen entfaltet, die nicht ohne Erfolg geblieben ist. In Gegenden, wo man von moderner Arbeiterbewegung bisher nichts gekannt hat, ist der Organisationsgedanke hineingetragen worden. Und wenn nicht alle Wünsche und Hoffnungen erfüllt worden sind, so lag das in dem Mangel an agitatorischen und organisatorisch fähigen Kräften, ein Mangel, der überall zutage tritt, wo die Organisationen sprunghaft wachsen. Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften im Reichslande betrug im Jahre 1903: 5900, 1904: 5638, 1905: 8006 und 1906: 17584. Der gewaltige Aufschwung im letzten Jahre ist zweifellos dem Umstande mit zu verdanken, daß eine Reihe Gewerkschaften ständige Orts- und Hausbeamte im Reichslande angestellt haben, die sich ausschließlich der Verbandsarbeit und Organisation widmen können. Die größeren Städte weisen folgende Mitgliederzahlen auf: Straßburg 9976, Colmar 2502, Mülhausen rund 6000, Gewweiler 228, Marckirch 435 usw. Die Einnahme der Zentralkommission betrug 2726,10 M., die Ausgabe 2440,33 M. Der wichtigste Punkt, mit dem sich die Konferenz zu beschäftigen hatte, war die Anstellung eines Gewerkschaftsbeamten für Elsäß-Lothringen, mit Ausnahme des nördlichen Teiles. Nach längerer Debatte wurde die Anstellung eines solchen Beamten beschlossen. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands befürwortete ebenfalls die Anstellung. Der Beamte soll möglichst der französischen Sprache mit mächtig sein, und erhält seinen Sitz in Straßburg. Mit der nunmehr erforderlichen Abänderung des Regulatirs der Agitationskommission für Elsäß-Lothringen und Erledigung einiger weniger wichtigen Anträge fand die Konferenz nach neunstündiger Dauer ihr Ende.

Die Stadtverordnetenwahlen in Rixdorf.

die für die dritte Abteilung gestern stattfanden, brachten in sämtlichen Bezirken den Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten. Im einzelnen gestaltete sich das Ergebnis folgendermaßen: 1. Bezirk: Metallarbeiter Bagels 237 Stimmen, zerplittert 2 Stimmen. 4. Bezirk: Gewerkschaftssekretär W u p f h 351, der gegnerische Kandidat Steinhoff 42 Stimmen. 7. Bezirk: Eigentümer Sasse 483, der gegnerische Kandidat Riedel 21 Stimmen. 10. Bezirk: Restaurateur W il k e 331, der gegnerische Kandidat Stolzenburg 80 Stimmen. 11. Bezirk: Wätkermeister T u s c h l i n g 411 Stimmen. 13. Bezirk: Eigentümer Müller 453, der gegnerische Kandidat Riedel 11, zerplittert 3 Stimmen. 16. Bezirk: Arzt Dr. Silberstein 658, zerplittert 3 Stimmen. 17. Bezirk: Maurermeister R i c h a l o w s k y 544, der gegnerische Kandidat B r i e g e l 31 Stimmen. 19. Bezirk: Kassenbeamter Conrad 529, zerplittert 1 Stimme. 20. Bezirk: Malermeister F ü l l g r a f 475, der gegnerische Kandidat B r i e g e l 9, zerplittert 1 Stimme.

Wäge es bei der heutigen Wahl in der zweiten Abteilung den Rixdorfer Genossen gelingen, diesen schönen Sieg zu einem vollen Erfolge zu machen. Darum nochmals: Auf zur Wahl in der zweiten Abteilung!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Christlichen werden rebellisch.

Essen a. d. Ruhr, 14. November. In einer außerordentlichen Generalversammlung protestierte der evangelische Arbeiterverein des Kreises Essen gegen die Fleischsteuerung. In einer Resolution wurde eine weitere Öffnung der Grenzen und die eventuelle Aufhebung der Zölle auf Vieh und Fleisch verlangt. Von der Zentrumsfraktion des Reichstages erwartet die Versammlung, daß sie in diesem Sinne wirken werde.

Sieg bei der Gewerbegerichtswahl.

Oldesheim, 14. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Wahlen zum Gewerbegericht erzielten die Gewerkschaften einen glänzenden Sieg. Die Kandidaten derselben erhielten 1409 Stimmen, während der Wischmatsch es nur auf 451 Stimmen brachte.

Sungerkreuz.

Petersburg, 14. November. (B. L. B.) Hundert politische Gefangene des Gefängnisses von Itoobofow verweigern seit einiger Zeit die Annahme von Nahrung. Einige Gefangene sind bereits an Schwäche gestorben.

Zum Tode verurteilt.

Moskau, 14. November. (B. L. B.) Das Kriegsgericht verurteilte den unbekannten Verbrecher, welcher das Attentat auf das Leben des Stadthauptmanns Generalmajors Rheinbot verübt hat, zur Todesstrafe durch den Strang.

Verhaftungen.

Kiew, 14. November. (B. L. B.) Hier wurde das Bestehen einer revolutionären Kampforganisation unter dem Militär aufgedeckt. 10 Personen wurden verhaftet.

Bomben-Anschläge.

Rom, 14. November. (B. L. B.) Am Eingang des Cafe Trapano legte heute Abend ein bisher unermittelter Mann eine Bombe nieder. Diese explodierte einige Minuten später, wodurch 2 Personen leicht verletzt wurden.

Verschwindene Unterstützungsgelder.

San Francisco, 14. November. (B. L. B.) „San Francisco Daily Chronicle“ behauptet, daß Beiträge für die Unterstützung der durch das Erdbeben Geschädigten verschwinden seien; es soll eine Million Dollar fehlen. Präsident Roosevelt interessierte sich für die Untersuchung, und der Fall werde vor das Bundesgericht kommen, da die Beförderung durch die Post dabei in Frage komme.

Reichstag.

117. Sitzung, Mittwoch, den 14. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitzung: Reichskanzler v. Bülow, Staatssekretär v. Tirpitz, preussischer Kriegsminister v. Einem, Reichsfinanzsekretär v. Stengel, Direktor des Kolonialamts Dernburg und sehr viele Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des Abg. Wassermann: „Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft zu geben über unsere Beziehungen zu den übrigen Mächten und sich über die Besorgnisse zu äußern, welche in vielen Kreisen unseres Volkes wegen der internationalen Lage heftigen?“

Reichskanzler Fürst Bülow erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung derselben erhält das Wort

Abg. Wassermann (natl.):

In der letzten Zeit hat sich ein Gefühl gesteigerter Unzufriedenheit und Verstimmung in unserem Vaterlande geltend gemacht, die durch den Niedergang der Kaiserzeit, die durch die Veröffentlichung der Memoiren des Fürsten Hohenlohe ermöglicht wurde, (Lachen rechts) noch gesteigert wurde. Auf neue Bedauern wir bei dieser Zeit die das vorzeitige Scheitern des Alt-Reichskanzlers aus seinem Amte. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Seit den Marokkovergängen ist die Aufmerksamkeit auf die auswärtige Politik in Deutschland gewachsen und das frühere unbedingte Vertrauen nicht mehr vorhanden. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Vielfach werden Posten in exponierter Stellung nicht nach den Grundsätzen hervorragender Sachverständigkeit besetzt, sondern mit einer persona grata oder gratissima (beliebten oder höchst beliebten Person). (Lebhafte Zustimmung.)

Die Erörterungen über die auswärtige Politik knüpfen sich an jene Beratung des Etats, an die Auseinandersetzungen über Algerien, welche durch das Unwohlsein des Reichskanzlers unterbrochen wurde, der heute zu unserer Freude wieder hergestellt ist. In der Presse aller Parteien finden wir das Wort „Isolierung“ ausgesprochen. Wir sind in eine

Periode der Reisen und Reden

hineingekommen, der Liebendwürdigkeiten und einer Unstetigkeit, die im In- und Ausland Mißbegehren erweckt. Der Dreibund wurde auch vom Fürsten Bismarck nicht als ewigleitend betrachtet, und jedenfalls ist sein Einfluß und seine Bedeutung erheblich zurückgegangen. Es zeigt sich das zunächst in unserem Verhältnis zu Italien, das sich verschlechtert hat seit jener Rede, in welcher der Reichskanzler von der Extratour zwischen Italien und Frankreich sprach. Wird Italien im Falle eines Krieges mit Frankreich oder England seiner Bundespflicht gegen Deutschland genügen? (Bewegung.) Wenn diese Frage verneint wird, so hat der Dreibund höchstens noch für Italien Interesse.

Die Haltung Oesterreich-Ungarns in Algerien war korrekt und freundschaftlich, doch will Oesterreich-Ungarn nicht die Rolle eines Sekundanten, sondern die eines unparteiischen Richters gespielt haben, was auch nach der Erklärung des früheren ungarischen Ministerpräsidenten Teleky von Frankreich selbst anerkannt ist. (Hört! hört!) Man glaubt in Ungarn an den Vorwurf, daß Deutschland in die inneren Verhältnisse des Kaiserstaates sich einmischen wolle. Als wirksames Machtmittel der deutschen Politik scheint der Dreibund der Vergangenheit anzugehören. (Große Bewegung.)

Nachdem der Versicherungsvertrag mit Rußland gelöst wurde, wurde der Zweibund gelöst, und Frankreich ist Rußland unter jedem Ministerium treu geblieben. Ein dem französischen Ministerium nahestehendes Blatt sagt: „Der Angelpunkt unserer Politik ist England, das Ziel Deutschland und der Lohn Ehre und Ruhm.“ — Was Rußland anlangt, so halte ich es für ausgeschlossen, daß Deutschland sich je in seine inneren Wirren einmischen wird. Der Angelpunkt der Politik ist heute wirklich England mit seinem zielbewussten Streben, das am letzten Ende auf eine Isolierung Deutschlands hinausläuft. Die Verringerung unseres Verhältnisses zu England, wie sie der Bürgermeisterbesuch in London und der Besuch deutscher Journalisten in England beweisen (Heiterkeit, Juraufe: „Wumpig!“) begründen wir mit Freude, doch wird sie an den Zielen der englischen Politik im ganzen nichts ändern. England hat mit Konsequenz und Ruhe der kommenden Ereignisse und sucht sie nicht durch Reden zu fördern. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Aus der Periode gewaltiger Verstimnungen zur Zeit der Fachodaaffäre sind England und Frankreich zur Entente gekommen, und selbst eine Militärkonvention ist, wenn nicht abgeschlossen, so doch vorbereitet worden. Naturgemäß entsteht für Deutschland die Gefahr, daß Frankreich von der englischen Politik zumungunsten Deutschlands mißbraucht wird, wie sich bei der marokkanischen Frage gezeigt hat. Auch die Gegensätze zwischen Rußland und Oesterreich auf der Balkanhalbinsel sehen wir im Wege der Verständigung schwinden, und weiter sehen wir, wie England seine Streitigkeiten mit Rußland in Asien in zweite Linie stellt, sodas wir vielleicht bald vor der Tatsache einer völligen Verständigung der beiden Mächte stehen. So sehen wir in aller Welt Freundschaften entstehen, die uns nicht einschließen und in weiten Kreisen Deutschlands die Befürchtung der Isolierung erwecken. Ich habe versucht, zu zeigen, wie sich diese Besorgnisse in den Köpfen gutgemeint Patrioten darstellen (Heiterkeit, Juraufe: „Schwarz-Heer!“), und der Reichskanzler wird nicht vermögen, alle Befürchtungen zu beseitigen. Vielfach besteht der Eindruck, daß unsere Politik der Ruhe und Stetigkeit entbehrt, daß Schwankungen durch Antipathien entstehen, daß vielfach in Verhandlungen mit rauer Hand eingegriffen wird, wodurch vielleicht richtig angelegte Pläne illusorisch gemacht werden. Auch im Auslande werden durch Reden und Depeschen Verstimnungen erzeugt, die durch Liebendwürdigkeiten nicht ausgeglichen werden können, weder durch Statuen noch durch Ehrenfabel. (Sehr richtig! links.) Das Resultat dieser Politik ist vielfach eine Minderung des Respekts und der Furcht vor Deutschland.

Diese Ausführungen sind weder durch Schwarzseherei noch durch ein Gefühl der Angst diktiert, auch alleinsehend vertrauen wir auf unser starkes deutsches Heer und unsere Flotte. (Hört! links.) Ich berufe mich hier auf die Ausführungen Nebels in Mannheim: Deutschland ist ein Staatswesen, wie es ein zweites Mal nicht existiert. Beim Ausbruch eines Krieges stehen vom ersten Moment an fünf Millionen unter den Waffen.

Diese offene Aussprache über die allgemeine auswärtige Lage kann heute nicht schaden. Der Gesichtspunkt, daß wir dadurch deutsche Interessen im Auslande schädigen, ist nicht berechtigt. Man weiß im Auslande genau, wie die Dinge bei uns stehen; gerade ein französischer Minister hat jüngst gesagt: „Deutschland ist mächtiger als 1870, Europa ist aber nicht mehr das Europa von 1870.“ Wo sind die Bundesgenossen und Freunde Wilhelms II.? Die Stunde der glänzenden Vereinsamung naht.“ Nach unserer Meinung kann uns keine Schönfärberei helfen, sondern nur eines tut uns not: Das ist die Wahrheit! (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Reichskanzler Fürst Bülow:

Bevor ich mich zu den sachlichen Ausführungen wende, möchte ich auch von dieser Stelle aus meinen Dank aussprechen für die vielen freundlichen Bemerkungen von persönlichem Wohlwollen und persönlicher Sympathie, die mir während meiner Erkrankung von Mitgliedern dieses hohen Hauses zu teil geworden sind, ebenso diesem hohen Hause als solchem und dem verehrten Herrn Präsidenten möchte ich von diesem Plage aus, den ich mit Gottes Hilfe wieder ernehme, danken. Ich tue das in dem Gefühl und in der Über-

zeugung, die mich geleiht haben seit dem Tage meines Amtsantritts, nämlich das Bundesrat, Reichstag und Reichskanzler zusammen gehören durch die Verfassung und auf dem Boden der Verfassung zum Wohle des Vaterlandes. Sie bilden das Obergeschloß des Reichsbauwerks, dessen Fundament vor einem Menschenalter gelegt wurde. In diesem Bau verkörpert sich der deutsche Einheitsgedanke. Was den einen Teil trifft, trifft auch die anderen.

In Beantwortung der an mich gerichteten Interpellation will ich jetzt auf

unsere internationalen Beziehungen

eingehen und auf die Stellung des Deutschen Reiches in der Welt. Ich behalte mir dabei vor, auf manche Punkte, die der Herr Antragsteller bei Begründung seiner Interpellation berührt hat, im weiteren Verlauf der Debatte zurückzukommen. Was zunächst unser Verhältnis zu Frankreich angeht, so glaube ich, wir müssen unterscheiden zwischen dem, was vielleicht an und für sich wünschenswert, und dem, was nach Lage der Verhältnisse möglich ist. Der Gedanke eines inneren Anschlusses oder eines Bündnisses mit Frankreich, wie er hier und da in der Presse aufgetaucht, ist, wie die Stimmung in Frankreich noch ist, nicht realisierbar. Der Grund hierfür liegt in Ereignissen der Vergangenheit, die von uns und unseren französischen Nachbarn verschiedenartig bewertet werden, er liegt auch in der Lebhaftigkeit des französischen Patriotismus, die man je nachdem übertriebene Eigenliebe oder nachahmungswürdigen Nationalstolz nennen kann. Die französische Politik hat jahrhundertlang bei der inneren deutschen Politik die Hand im Spiele gehabt, und diese lange französische Mitarbeit kam erst 1870 zum Abschluß. Damals erlangte Deutschland nicht nur das Ende seiner eigenen Ohnmacht und die Wiederherstellung seiner früheren Grenzen, sondern es erlangte gleichzeitig die innere Einheit und die Einigkeit nach außen. Diese letzte Errungenschaft wird noch wirksamer als der Besitz von Metz und Straßburg verhindert, daß je wieder deutsche Grenzgebiete zum Tummelplatz fremder Kriegsgelüste werden. — Aber auch Italien, als einheitlicher Nationalstaat an den Dreibund geknüpft, konnte sich heute Frankreich nähern, ohne die Versorgung, von seinen mächtigen Nachbarn abhängig zu werden. Da ist es begreiflich, wenn es dem stolzen französischen Patriotismus schwer fällt, sich in diese Lathachen der Gegenwart und namentlich in das Erwachen und Erlernen unseres deutschen Volksbewußtseins zu finden, das Gleichberechtigung mit den anderen Völkern verlangt. Daran hat sich auch durch den Marokkoverfall nichts geändert, wenn sich auch erfreulicherweise gezeigt hat, daß beide großen Völker in Frieden mit einander auszukommen wünschen. Ich höre manchmal, daß Franzosen unter vier Augen den Wunsch nach engeren Beziehungen zwischen beiden Ländern äußern. Aber offiziell ist dies in Frankreich noch nicht geschehen, es ist noch kein Deputierter und kein Senator dafür eingetreten. (Ruf bei den Sozialdemokraten: „Jaurès!“) Ja, eine Schwärze macht noch keinen Sommer. (Heiterkeit.) Wir hoffen alle, daß die Zahl der Einseitigen in beiden Ländern zunehmen wird und daß keines von beiden Völkern das ganze furchtbare Elend eines Krieges auf sich nehmen wird. Den Frieden nicht zu führen liegt im Interesse beider Völker. Was weiter möglich erscheint, ist, daß beide Völker sich auf wirtschaftlichen, auf industriellen und kommerziellen Gebieten verständigen, vielleicht auch einmal sich hier und da über eine koloniale Frage verständigen. Dabei bemerke ich ausdrücklich, daß wir nicht daran denken, uns zwischen Frankreich und Rußland oder zwischen Frankreich und England einzuschleichen, und insbesondere denken wir nicht daran, die Störung der französisch-englischen Freundschaft zum Gegenstand unserer offenen oder versteckten Bemühungen zu machen. Die französisch-russische Allianz ist bis jetzt keine Gefahr für den Frieden gewesen, sie hat sich im Gegenteil als ein Gewicht bewährt, das zum gleichmäßigen Gange der Politik beiträgt. Wir hoffen, daß man auch von der englisch-französischen Allianz das Beste wird sagen können. Die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland haben der französisch-russischen Allianz keinen Eintrag getan, und gute Beziehungen zwischen Deutschland und England können nicht in Widerspruch stehen mit der Entente cordiale, wenn diese Friedenszwecke verfolgt. Eine Politik, die darauf ausginge Deutschland einzukreisen, es zu isolieren und lahmzulegen, wäre eine Gefahr für den Frieden.

Eine solche Ringbildung ist nicht möglich ohne Auslösung eines gewissen Druckes. Druck erzeugt Gegendruck. (Sehr wahr! rechts), und aus Druck und Gegendruck können Explosionen hervorgehen. (Beifall rechts, Lachen links.) Deshalb war es mir besonders erfreulich, daß auch französische Blätter den Gedanken ausgesprochen haben, ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und England sei notwendig für die Erhaltung des europäischen Friedens und entspreche deshalb auch den französischen Interessen. Zwischen Deutschland und England bestehen keine neueren politischen Gegensätze. Es hat Verständigungen zwischen beiden Ländern gegeben, unpraktische und unverständliche Verständigungen, an denen — wie gewöhnlich im Leben — beide Teile gleichviel Schuld hatten, aber keine feindselige Handlung. In Wissenschaft und Kunst stehen die beiden Völker sich nahe, man hat mit Recht von einer geistigen Verwandtschaft zwischen ihnen gesprochen. Auf wirtschaftlichem Gebiet sind sie auf einander angewiesen; dem der Verkehr besteht einmal im Leben und Rechnen. Wenn, zwischen Deutschland und England liegt auf handelspolitischem Gebiet eine Konkurrenz und Rivalität vor. Aber eine solche Konkurrenz und Rivalität braucht keine politischen Gegensätze, geschweige denn einen Krieg hervorzuheben. Wir haben solche Rivalität mit Oesterreich-Ungarn und Italien gehabt, ohne daß unsere Beziehungen zu diesen beiden Mächten dadurch ernstlich geschädigt wurden. England hat die gleiche Rivalität mit Nordamerika und Japan, ohne daß die Beziehungen zu diesen beiden Ländern darunter litten. Deutschland und England sind gegenseitig gute Kunden, sogar so gute Kunden, daß jeder Teil ein Interesse daran hat, sich den anderen als Kunden zu erhalten. Schon deshalb sollten die verständigen Leute in beiden Ländern tun, was in ihren Kräften steht, um Mißverständnisse zu beseitigen und das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Zu meinem Bedauern finde ich immer wieder Nachrichten in der sozialistischen Presse, daß unsere Verteidigungsmaßnahmen zur See Schuld tragen an dem zwischen uns und England bestehenden Mißtrauen. Ich habe wiederholt dargelegt, daß der Gedanke, als ob sich der Bau der deutschen Flotte gegen England richte, einfach töricht ist. Ich finde keinen anderen Ausdruck, um den Gedanken zu kennzeichnen, als ob wir uns England gegenüber mit offensiven Absichten trügen. Aber auch die Befürchtung mancher englischer Kreise vor der gar nicht vorhandenen großen deutschen Flotte ist grundlos. (Unruhe bei den Antisemiten.) Hat doch gerade auf einem Bankett zu Ehren der städtischen Vertretungen in London oder zu jener Zeit ein englischer Minister hervorgehoben, daß England jetzt die kreuzkräftigste und schlagfertigste Flotte habe, die es je besessen, und daß es entschlossen sei, sie auf ihrer Höhe zu halten. Und noch vor wenigen Wochen hat der erste Lord der englischen Admiralität öffentlich erklärt, England sei nie so stark gewesen wie gegenwärtig, wo es jeder möglichen Kombination gewachsen sei, die andere Mächte gegen England aufbringen könnten. Also, ich frage: Wozu der Lärm? Wir denken gar nicht daran, eine Flotte zu bauen, die so stark wäre wie die englische, aber wir haben das Recht und die Pflicht, uns eine Flotte zu bauen, die dem Umfang unserer Handelsinteressen entspricht, die unsere überseeischen Interessen zu verteidigen und unsere Küsten zu schützen imstande ist. Warum sollen wir nicht ebenso gut das Recht haben, Schiffe zu bauen und eine Flotte zu haben, wie Japan, Italien, Rußland, Nordamerika oder England selbst? (Vielfaches Sehr richtig!) Das deutsche Volk und der deutsche Kaiser haben keine kriegerischen Absichten; Friedensstörungen

und Angriffe werden nicht von uns ausgehen. Das Deutsche Reich ist seit seiner Begründung in ununterbrochenem Frieden mit allen anderen Ländern geblieben. Das gleiche kann man nur von wenigen anderen Staaten sagen. Durch diese unsere Haltung während einer nun 35jährigen Friedenszeit ist der unwiderlegliche Beweis erbracht worden, daß Deutschland eine eminent friedliche Politik verfolgt. Wir erkennen auch ohne Hintergedanken die Stellung an, die sich England seit langem und in weitem Umfange in der Welt geschaffen hat. Daß das keine Redensart ist, beweist unsere Haltung in der ägyptischen Frage, die der Abg. Wassermann soeben gestreift hat. Fürst Bismarck pflegte zu sagen: „Wir sind in Serbien österrösch, in Bulgarien russisch, in Ägypten englisch.“ (Heiterkeit.) Auch seit den Tagen des kaiserlichen Bismarck haben wir immer die günstige Wirkung der englischen Mißverwaltung für die Entwicklung des Mittelmeeres anerkannt und England in Ägypten keine Steine in den Weg gelegt, selbst da, wo wir das formelle Recht dazu gehabt hätten. Ich meine den Erlaß der Präsidialverordnung von 1904. Nichtsdestoweniger sind uns in der englischen und französischen Presse aus Anlaß des Akabafalles allerhand Vorwürfe gemacht worden. Schon unser Interesse an der ruhigen Entwicklung des türkischen Reiches ließ uns die friedliche Beilegung des Streitfalles wünschen. Wenn die Beziehungen zwischen Deutschland und England freundschaftlich und vertrauensvoll werden sollen, so ist dazu vor allem Zeit und Geduld notwendig. (Sehr richtig!) Eine lange Periode der Mißverständnisse und Verstimnungen liegt hinter uns; die Nadel des politischen Barometers ist jetzt von Regen und Wind auf Veränderlichkeit gegangen (Heiterkeit), forzierten läßt sie sich nicht. Wenn Sie wollen, daß sie auf „Schön Wetter“ zeigt (Erneute Heiterkeit), so müssen von beiden Seiten neue Reizungen und Erübungen vermieden werden. Vor allem müssen die Lebensinteressen großer Völker über persönlichen Empfindlichkeiten und Verstimnungen stehen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Abg. Wassermann hat gemeint, daß die Haltung Italiens auf der Konferenz in Algieras uns Grund zur Unzufriedenheit gegeben hätte. Das gilt nicht von der Haltung der italienischen Regierung, sondern nur von der Haltung der italienischen Presse, und was unverantwortliche Politiker in Italien sagen, möchte ich nicht überhören, da sagt auch anderwärts mancher, was ich nicht verantworten kann. (Stürmisches, langanhaltendes Lachen links.) Die verantwortlichen italienischen Politiker denken nicht daran, Italien vom Dreibund loszulösen, der durch sein Bestehen wesentlich dazu beigetragen hat, Gefahren für die Unabhängigkeit der Verbündeten zu beseitigen. Ohne Ueberhebung und Uebertreibung können wir sagen, daß die Fortdauer des Dreibundes den europäischen Interessen entspricht, weil sie im Interesse des Friedens liegt. — Es ist mir auch ein Bedürfnis auszusprechen, wie verlässlich die Unterstützung war, die uns Oesterreich-Ungarn in Algerien gewährt hat, und ich brauche nicht hinzuzufügen, daß wir Oesterreich-Ungarn eintretendenfalls dieselbe Treue halten werden. (Lebhafte Beifall.) Unverständlich ist mir, wie man hat annehmen können, wir wollten uns in die inneren Verhältnisse der habsburgischen Monarchie einmischen. Schon der Versuch wäre taktlos, wie jede Ausdringlichkeit. (Sehr richtig!) Wir wollen uns nirgends in die inneren Verhältnisse eines anderen Landes einmischen, auch in Rußland so wenig wie in Oesterreich. Sollte der Brand über unsere Grenzen herübergreifen, so werden wir ihn bei uns zu löschen versuchen. (Heiterkeit.) Aber wir empfinden gar nicht das Bedürfnis, irgendwo den Gendarm zu spielen, das ist unter Umständen ein gefährliches Unternehmen, wie Oesterreich und Preußen 1792 bei ihrer Intervention in Frankreich erlebt haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich freue mich, Herr Ledebour, daß ich auch einmal mit Ihnen übereinstimme. (Heiterkeit. Abg. Ledebour: „Das liegt an Ihnen!“) Wenn wir uns in die inneren Angelegenheiten Rußlands nicht einmischen, so sind wir von der einseitigen sonatischen Parteinehmer frei, wie sie gerade die Sozialdemokratie zeigt, und die vom nationalen Standpunkt ebenso falsch ist, wie am Ausgang des 18. Jahrhunderts das Verhalten der französischen Refugiés oder das Treiben des Euboeenbundes bei den Kämpfen zwischen Polen und dem Ordensstaat Preußen. Dieselben Ursachen, dieselben menschlichen Leidenschaften und Schwächen.

Auch unsere Beziehungen zu Japan, die Herr Wassermann nicht berührt, sind, wie ich trotzdem betonen möchte, gute. Auch in Ostasien verfolgen wir nur wirtschaftliche Ziele, deren Erreichen von der Aufrechterhaltung des Friedens, der Integrität Chinas und des Prinzips der offenen Tür abhängt.

Was unser Verhältnis zu Amerika anbelangt, so wird mir die große Mehrheit recht geben, wenn ich sage, daß Deutschland und Amerika zu den Völkern gehören, die aus natürlichen und historischen Gründen auf ein gutes gegenseitiges Verhalten hingewiesen werden. Amerika hat dem Weltfrieden durch Wiederherstellung des Friedens zwischen Japan und Rußland einen großen Dienst geleistet. Bei dieser Gelegenheit möchte ich die vielfach gehörte Vermutung, ich sei durch den Ausbruch des russisch-japanischen Krieges überläßt worden, zurückweisen. Wenn sich einmal die Archive dieser Zeit öffnen werden — ich werde keine Denkwürdigkeiten hinterlassen (Große Heiterkeit) — so wird diese Behauptung bei den Historikern große Heiterkeit erregen.

Man hat viel von einer Isolierung Deutschlands gesprochen. Daß die Sozialdemokraten das tun, liegt in ihrem Wesen und System. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Weniger begreiflich aber ist mir, daß auch Nichtsozialdemokraten unsere Zustände schwarz in schwarz malen. Welchen Nutzen soll es haben, wenn zum Beispiel ein freisinniges Berliner Blatt sagt: „So es sich um den Schutz der Deutschen im Auslande handelt, würde man heute erst fragen, was ist der Name, welcher Konfession gehört er an, welcher Partei zählt er sich zu?“ (Unruhe rechts.) Wo sind die Tatsachen, die ein solches Urteil rechtfertigen? Alle Deutschen ohne Unterschied des Standes, des Geschlechtes, der Religion oder der Partei genießen unseren Schutz, auch die deutschen Sozialdemokraten. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Glaubt man denn wirklich im Ernst, daß es im Auslande so viel besser ausschaut als bei uns? Auch wenn wir isoliert wären — wir sind es nicht — bräuchten wir nichts zu befürchten. (Stark! rechts.) Wir haben es gar nicht nötig, jemand nachzulaufen. Wir sind in Deutschland allzu nett geworden (Hört! rechts und links), oben und unten. (Heiterkeit.) In Beziehung auf den Dreibund möchte ich vor dieser Verbosheit warnen. Wir haben uns mehr als einmal in einer ähnlichen Situation befunden, wo die Gefahr einer allgemeinen Stuppierung gegen uns nahe lag, und alles in allem war Deutschland damals materiell weniger stark als heute. Daß heute unsere Situation komplizierter und erzwungener ist, rührt von unserer überseeischen Politik her. (Hört! hört!) Wir wissen aber alle, welche elementaren Gefahren — der rasche Aufschwung unserer Industrie, die wirtschaftliche Lähmung unseres Volkes — uns in die Weltpolitik eingeführt haben. Es sind schwierige Situationen denkbar, in denen wir nur auf unsere eigene Kraft angewiesen sind. Aber ein starker Staat ruht sicher nur auf sich selbst und muß jeder Situation entschlossen entgegensehen können. Eine Zeit voll Ruhe, die nicht ohne Gefahr war, liegt hinter uns. Jetzt ist die Situation in Europa und in der Welt eine ruhigere geworden. Unter der Oberfläche dauert die Unruhe allerdings noch eine gewisse Zeit fort, was uns zur Vorsicht und Umsicht mahnt. Sorgen wir dafür, daß unsere Machtmittel zu Wasser und zu Lande für uns ausreichen, vergessen wir aber unsere inneren Streitigkeiten nicht das Interesse des Ganzen, und das deutsche Volk wird seine Stellung in der Welt zu behaupten wissen. (Lebhafte Beifall rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Oriola (natl.) beantragt die Beiprochung der Interpellation.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

In demselben Reichstage, in dem bisher die große auswärtige Politik tabu (heilig, unantastbar) gewesen ist, und wo jeder Versuch der Sozialdemokratie, über die auswärtigen Angelegenheiten zu sprechen, unterdrückt worden ist, in demselben Reichstage ist nun auf einmal das Bedürfnis zur Besprechung auswärtiger Angelegenheiten ein so dringendes geworden, daß die Herren nicht einmal bis zu demjenigen Zeitpunkt warteten, der eigentlich für die Besprechung dieser Dinge gegeben wäre, ich meine, bis zur allgemeinen Etatsdebatte. Dabei kann und der Gedanke nichts verschlagen, daß offenbar die Interpellation dem Reichstage weder unvorbereitet getroffen hat noch ihm unangenehm ist. Wasserfall will für die Zukunft die geheiligte Tradition, die auswärtigen Angelegenheiten als ausschließliche Domäne der weisen Reichsleitung zu betrachten, aufgeben. Er wird, wie er ausgesprochen hat, sich in Zukunft in diesem Hause mit der auswärtigen Politik auf das stärkste beschäftigen. Die Zeiten sind vorüber, wo wir mit unseren Meinungen hinter dem Berge halten, so hat Herr Wasserfall ausgeführt. Das rührt wohl von der Zeit her, wo er unter die „Schwarzseher“ gegangen ist. (Heiterkeit.) Er will seine Finger in alle Wunden der deutschen Politik legen. Da kriegt er für seine schönen Finger sehr viel zu tun. (Große Heiterkeit.) Es hat allerdings sehr lange gedauert, bis die Herren aus ihrem gesunden Stiefelglaube erwacht sind und sich auf den Weg begeben haben, den wir Sozialdemokraten schon lange gegangen sind, das heißt auf einen Weg, der dem untrüglichen wenigstens auf die Entfernung ähnlich sieht. Ich will nicht bestreiten, daß der Reichstage etwas anders als gewöhnlich gesprochen hat. Mit der gewöhnlichen Feilheit und dem gewöhnlichen Leichtsinne hat er nicht gesprochen. Heute sind ihm viele Bedenken aufgestoßen, die er früher nicht zugeben wollte und die er heute zugegeben hat. Aber er hat sein gewöhnliches Naturell nicht verläugnet. Im Grunde steht alles sehr gut. Es könnte gar nicht besser stehen. Man muß nur so beschreiben sein wie der Reichstage, der für jede Maßnahme irgend einer Regierung sofort eine Erklärung weiß. Wir haben eine wesentlich andere Antwort gar nicht erwartet. Die leichte Zufriedenheit mit allem ist uns ja als das Wesen des Reichstages bekannt, und wir wissen ja, daß die alles glättende Darstellung der Dinge seine Aufgabe ist. Ob er viele von uns überzeugt hat, weiß ich nicht. Wir Sozialdemokraten gehören jedenfalls nicht dazu. Wir sind der Meinung, daß — wie die gesamte Politik des Reiches — so nicht zuletzt auch die auswärtigen Beziehungen sich in einer Verfallung befinden, die kaum viel schlechter sein könnte. (Sehr richtig links.) Bei Beginn des Reiches haben die feierlichen Erfolge eine große Anziehungskraft auf andere Länder geübt, und wenn ich auch nicht sage, daß wir damals besonders geliebt worden seien, so hat man uns doch geschätzt. Man hat das Deutsche Reich für die Zentralkraft eines politischen Systems gehalten, aber darin wurde man getäuscht. Der erste unbedachte Schritt ist die Politik gegen Rußland gewesen, die Rußland Frankreich in die Arme getrieben hat. Es muß dem Reich ein Vorwurf gemacht werden, daß es dann mit Frankreich um die Wette vor dem Pariser Frieden gekämpft ist. Hier muß ich vor allen Dingen den Vorwurf des Reichstages zurückweisen, daß wir verlangt hätten, Deutschland solle sich in die innere Politik Rußlands einmischen zugunsten der Revolution. Wir haben lediglich verlangt, daß das Reich sich nicht zugunsten des Parisismus einmische! Deutschland hat die Gelegenheit, die es hatte, aus dem verfallenen Verhältnis zu Rußland loszukommen, die während des japanischen Krieges gegeben war, nicht benutzt, sondern es ist auf dem Wege, den es bis dahin beschritten hat, unentwegt weitergegangen.

Dann ist da der Dreibund, von dem gesagt wird, daß er zerbröckelt. Die scharfe Lage zwischen Deutschland und Frankreich, die nach 1870 vorhanden war, hat allmählich abgenommen, besonders dank der energischen Agitation unserer Freunde in Frankreich. Es hat sich nun wenigstens ein leidlicher Zustand herausgebildet, umsonst, als die wirtschaftlichen Momente verbindend zwischen beiden Ländern gewirkt haben. Das war bis vor zwei Jahrzehnten. Da ist plötzlich in die deutsche Reichsleitung jene nervöse Kurve hineingefahren, die überall dabei sein wollte, auch bei Angelegenheiten, die sie nicht im mindesten angingen. Jeder Tag hat uns eine neue Heberausladung auf diesem Gebiete gebracht, ein brillantes Feuerwerk von prasselnden Reden, um nicht zu sagen Schwägerereien, die man versucht hat, als eisernen Spandhahn hinzustellen. Was man damit erreicht hat, war, daß die benachbarten Länder und Regierungen abgestoßen worden sind, daß in immer zunehmender Nähe eine allgemeine Mißstimmung und Abneigung erreicht worden ist. Wir Sozialdemokraten haben die Reichsleitung oft dessen angeklagt und haben auf die unausweichlichen Folgen hingewiesen. Aber jedermann ist uns von Seiten der Regierung und auch von Vertretern dieses Hauses darauf geantwortet worden: Alle diese Dinge gäbe es nicht. Man ist in dieser Art so lange fortgefahren, bis die Geschichte von Algerien den Schleier zerriß hat. Unsere Diplomaten haben damals gar nicht gemerkt, daß sämtliche Regierungen einschließlich unseres Bundesgenossen Italien und einschließlich Rußlands sich hinter unserem Rücken bereits geeinigt hatten. Sodann ist die Entente in die Erscheinung getreten. Man hat besonders von Seiten Frankreichs versucht, dieser Entente mehr den Charakter außerordentlicher Intimität zu geben. Das kam die Lage nur verschärfen. Aber gerade die Herren aus der nationalliberalen Partei haben kein Recht, die Regierung deswegen zu beschuldigen. Gerade sie haben Jahre hindurch an allen Feindseligkeiten gegen England regen Anteil genommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade von bedeutenden Nationalliberalen wurden offensichtliche Erörungen gegen England ausgeführt. Wollen Sie denn, die Engländer sitzen auf den Ohren? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Nationalliberalen fortfahren sollten, in diesem Hause auswärtige Politik zu betreiben, so sollten sie derartige verderbliche Gewohnheiten unterlassen. So ist es gekommen, daß das Ergebnis der ganzen glorreichen auswärtigen Politik der letzten einhalb Jahrzehnte, also die Zeit, wo das Reichsoberhaupt selbst die auswärtige Politik geleitet hat, nichts anderes ist, als ein

völliger Zusammenbruch der deutschen auswärtigen Politik.

(Sehr richtig! links.) Noch eine Bemerkung möchte ich machen über eine Sache, die bisher noch nicht berührt wurde. Es wurde nämlich in der Presse die Wiedererneuerung des Dreikaiserbündnisses eingehend erörtert. Dies wurde aber von der offiziellen Presse energisch bestritten, und zwar wurde dabei besonders auf unser Bündnis mit Italien hingewiesen. Aber ich möchte nicht, wie uns Italien daran hindern sollte, da uns ja doch zur Zeit Bismarcks nichts daran gehindert hat, zu gleicher Zeit ein Bündnis mit Österreich und mit Rußland zu haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Gefahr ist um so größer, als indirekt an der Spitze der russischen Politik ein Mann steht, der sich als würdiger Schüler des alten Ignatiev erwiesen hat, der bei seinem hiesigen Besuch zweifellos auf derartige Phantasie hingewiesen haben wird und der sich um so gemächlicher zeigen wird, wenn die Regierung durch einen großen Pump es dem Jarentum ermöglichen sollte, seine Existenz gegenüber dem russischen Volke noch eine Zeitlang weiter zu führen. Ich will kurz sagen: ich hoffe, ich erwarte, ich verlange, daß nicht zu den alten Törichtigkeiten noch die neue gemacht wird, und daß wir nicht etwa in ein derartiges Verhältnis, wie es das Dreikaiserbündnis gewesen ist, wieder eintreten; das könnte uns gerade noch den Rest geben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn nun dieser völlige Zusammenbruch der deutschen auswärtigen Politik vor allem zweifellos durch die glänzenden Fähigkeiten, durch die Felsicherheit und die Voraussetzungen der glänzenden Leiter der auswärtigen Politik herbeigeführt worden ist, so hat aber zu dem Umstand, daß die Antipathien in Europa gegen uns in solchem Maße zugenommen haben, noch etwas anderes beigetragen. Es muß doch gesagt werden, daß heutzutage die internationale Politik nicht mehr bei den offiziellen Regierungskreisen gemacht wird. Das Gerede der Wölfer ist heute ein sehr wichtiger und einflussreicher politischer Faktor; auf die Dauer wird

ein Volk nicht Anerkennung und Macht erringen, wenn es ihm nicht gelingt, sich die Achtung und die Sympathien der anderen Völker zu sichern. Nun wird kein vernünftiger Mensch den großen Anteil verneinen, den die deutsche Nation an den Werken der Kultur hat, die Rolle, die sie in erster Linie in den Künsten und Wissenschaften, in der Technik usw. gespielt hat. Wohl aber sind die inneren Zustände Deutschlands derart, daß sie beinahe bei allen Kulturleistungen Bekundung, Mißtrauen und Abneigung gegen Deutschland erwecken müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Reichstage hat heute mehr als sonst von seinen eigenen Erfahrungen gesprochen. Wir sind nicht in der Lage, über so große Erfahrungen verfügen zu können, aber viele von uns begeben sich doch ins Ausland, viele verkehren mit Ausländern, und sie alle werden, wenn sie ein offenes Auge haben, dieselbe Erfahrung machen: Fragen Sie einen Engländer, einen Franzosen, einen Italiener, reden Sie mit ihm über die Verhältnisse im Deutschen Reich, so wird er Ihnen ohne weiteres nach kurzer Zeit sein Ersäunen darüber ausdrücken, wie es möglich ist, daß in dem auf so hoher Kulturstufe stehenden deutschen Volke Zustände einer solchen staatlichen Zurückgebliebenheit und Unfreiheit bestehen, wie bei uns (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), wie Deutschland eine Politik dulden kann, bei der jegliche Sicherheit auch für die auswärtige Politik vollkommen ausgeschlossen ist. Eine Regierung, die nicht die Vertreterin und Ausführende des Willens der Nation ist, eine Regierung, innerhalb welcher eine kleine, aber einflussreiche, rückwärts urreactionäre Kaste herrscht, welche die ganze Politik bestimmt, während der Hauptteil des Volkes völlig von jeder Entscheidung ausgeschlossen ist; eine Regierung, die mit der größten Partei des Landes auf einem systematisch organisierten Kriegszug steht — eine derartige Regierung kann ganz unmöglich dem Auslande Vertrauen einflößen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine Regierung, in der das persönliche Regiment und ein launenhafter Absolutismus und außerkonstitutionelle Einflüsse einen großen Einfluß haben, kann ganz unmöglich Sicherheit bieten für die Zukunft, weil ja die Entschlüsse jeden Tag wechseln, weil ganz und gar unberechenbare Stimmungen vorhanden sind, die von einigen wenigen oder schließlich von einem einzelnen abhängen, eine derartige Regierung kann genötigt sein, vielleicht gegen ihren eigenen Willen morgen zu tun, was sie heute nicht tun wollte oder morgen Versprechungen nicht einzuhalten, die sie ursprünglich gegeben hatte. Solche Zustände können leicht zu Katastrophen führen. Es wäre gar nicht unmöglich, daß man die Unzufriedenheit im Innern durch Erfolge nach außen hin abzulenkeln sucht, und das ist der eigentliche wesentliche Grund, warum Deutschland sich derartig alle Sympathien, die es hatte, verächtlich hat. Das ist keine Schwarzseherei; ich glaube nicht, daß irgend jemand von Ihnen das bestreitet kann, was ich hier gesagt habe. Erinnern Sie sich der Hohenloheschen Denkwürdigkeiten und anderer, die uns wiederum vor Augen geführt haben, wie man wieder und wieder an gewaltsame Lösungen, an innere Krisen gedacht, wie man wieder und wieder den Staatsstreich ins Auge gefaßt, um nicht zu sagen bereits vorbereitet hat. Unter diesen Umständen hat das deutsche Volk mehr als je alles Interesse daran, sich um jene Angelegenheiten zu kümmern, weil sonst die Gefahr besteht, daß es die Kosten für diese Politik tragen muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der größte Trugschluß wäre es, wenn man nun aus dieser Lage den Schluß ziehen wollte: Da wir nun einmal durch die Verhältnisse unserer Diplomatie so isoliert sind, müssen wir uns auf das Schwert verlassen. Wir tragen bereits eine so starke Rüstung, daß das deutsche Volk sie kaum zu ertragen imstande ist; also an Waffen fehlt es uns wahrscheinlich nicht. Woran es fehlt, das sind geordnete, freiwirtschaftliche Zustände im Innern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es muß jede Möglichkeit, daß unsere Politik von den Zufällen persönlicher Launen abhängt, hinweggeräumt werden. Die deutsche Politik muß endlich das Organ des Willens des deutschen Volkes werden, das in seiner erdrückenden Mehrheit nichts anderes will, als mit den benachbarten Ländern in Frieden und Freundschaft leben. Erst wenn es dahin kommt, wird es uns möglich sein, das Vertrauen der anderen Völker wiederzugewinnen und wieder blühenfähig zu werden. Dies Ziel erstrebt die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten und deshalb hat man uns als Torheit oder Niedertracht „unational“ und „umpatriotisch“ genannt. Unsere Freunde in Frankreich haben sich ein besonderes Verdienst um die Erleichterung der Spannung zwischen Deutschland und Frankreich erworben. Der Herr Reichstage war vorhin, als er auf diesen Punkt kam, recht unglücklich. Er sagte zuerst, es gäbe keinen einzigen Menschen in Frankreich, der den Mut gehabt habe, gegen die Revanchestimmung in Frankreich aufzutreten. Als dann von unserer Seite der Ruf: „Jaurets!“ fiel, meinte der Herr Reichstage: „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer!“ Also zuerst war es gar keiner, nachher wenigstens einer! Aber Jaurets mag eine noch so bedeutende Persönlichkeit sein, er würde doch nicht entfernt die Bedeutung in Frankreich haben, wenn nicht die französische Sozialdemokratie hinter ihm stünde. (Lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die französische Sozialdemokratie mit Jaurets und anderen an der Spitze hat von jeder die Revanchepolitik mit aller Entschiedenheit bekämpft. Als freilich Jaurets nach Berlin kommen wollte, um die Solidarität der beiden Völker zu zeigen, da hat man ihn nicht hineingelassen und ihm mit Ausweisung bedroht, wahrscheinlich damit der Reichstage dem deutschen Volke nicht in natura einen vernünftigen Franzosen zeigen konnte. Aber Wahrheit muß Wahrheit bleiben: Es ist gerade die französische Sozialdemokratie gewesen, die unter den schwierigsten Umständen sich ein außerordentliches Verdienst um die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland erworben hat, und es hätte dem verantwortlichen Leiter der deutschen Reichspolitik recht gut gestanden, wenn er diese Dienste offen anerkannt hätte, anstatt sie, weil sie ihm un bequem sind, einfach beiseite zu schieben. (Lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nun sind wir deutschen Sozialdemokraten, obwohl wir die größte Partei des Reiches sind, leider infolge der augenblicklichen innerpolitischen Verhältnisse nicht in der günstigen Lage wie unsere französischen Parteigenossen, unmittelbar auf die auswärtige Politik einzuwirken. Aber die Sozialdemokraten sind seit entschlossen, ihre ganze Kräfte bis zum Äußersten aufzubieten, um alles dasjenige zu bekämpfen, innerhalb und außerhalb Deutschlands — wo wir es können — was den Frieden zwischen den Völkern stören könnte, jenen Frieden, der eine notwendige Voraussetzung der sozialen und politischen Befreiung ist. Wir Sozialdemokraten werden unsere ganze Kraft aufbieten, um gegenüber den Bestrebungen der herrschenden Klassen dahin zu wirken, daß die Entfesselung eines Krieges verhindert wird, dessen Ende ganz unabsehbar, dessen Ausgang ganz unberechenbar ist, dessen Verweil das sichere Ergebnis haben würden, daß der Kultur der beteiligten Völker ein unwiederbringlicher Schaden zugefügt würde. Mit dieser Erklärung, die ich im Namen meiner politischen Freunde hier abgebe, möchte ich schließen. (Lebhafteste Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Limburg-Silrum (1.) Bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Dr. Spahn (3.):

Ich freue mich zunächst, daß das heutige Auftreten des Reichstages und den Beweis seiner wiederhergestellten Gesundheit gegeben hat. Ich freue mich weiter darüber, daß seine Rede dem Reichstage Gelegenheit zur Erörterung der auswärtigen Politik gibt. Gegenüber Herrn v. Vollmar möchte ich betonen, daß gerade die Zentrumspartei ständig die Mitwirkung des Reichstages bei der Festlegung der Richtlinien der auswärtigen Politik gefordert hat. — Die jährliche Vermehrung der deutschen Bevölkerung um 900 000 Menschen bedingt die Notwendigkeit einer Ueberseepolitik. Aber die daraus entstehenden wirtschaftlichen Fraktionen mit England sind nicht bedeutend genug, um ihm einen Krieg mit Deutschland wünschenswert erscheinen zu lassen. Ebenso wenig geben unsere Flottenrüstungen Anlaß zur kriegerischen Stimmung Englands. — Weder bedrückt sich darauf in längerer, auf der Tribüne grobentsteltlich bleibenden Ausführungen über die russisch-englische Verständigung, kommt auf die Memoiren

des Fürsten Hohenlohe zu sprechen und nimmt diesen gegen manche Angriffe der Bismardianer in Schutz. Was Italien betrifft, so bin ich der Ansicht, daß kein Grund zu der Annahme vorliegt, daß es uns im Kriegsfall die Bundeshilfe verweigern würde. — Von der Reichsoberleitung ist aus viel die Rede gewesen. Eine der Hauptursachen der Reichsoberleitung ist, daß nicht überall das allgemeine gleiche Wahlrecht besteht (wahr und heftiger Widerspruch rechts) und daß das Wahlrecht zum Reichstage, an dem das Zentrum unerschütterlich festhält, sich fortgesetzt Angriffen ausgesetzt sieht. Ich erinnere Sie (nach rechts) an die bekannte Herrenhandrede des Grafen Hohenlohe. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Wir wünschen eine föderale auswärtige Politik nach dem Worte des Fürsten Bismard — obwohl ich sonst nicht zu den unbedingten Verehrern des Säkularmenschen gehöre —: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt!“ (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Dp.): Es würde gut sein, wenn nicht nur die Volksvertretung, sondern auch das Volk da draußen im Lande lebhafteren Anteil an der auswärtigen Politik nehmen möchte. Vielleicht helfen in dieser Hinsicht die Memoiren des Fürsten Hohenlohe ein wenig. Nicht alle diplomatischen Aktenstücke können der Öffentlichkeit vorgelegt werden; mit dem System der Geheimverträge muß aber gebrochen werden, und speziell die Budgetkommission sollte dafür sorgen, daß ihr eingehendes Aufschluß über die auswärtige Politik Deutschlands gegeben werden. (Zustimmung links.) Auch der Reichstage hat die Forderung Deutschlands nicht völlig in Abrede stellen können. — Daß die Sympathien für Deutschland in Italien in Abnahme begriffen und eine starke Neigung für Frankreich dort vorhanden ist, wird sich nicht wegleugnen lassen. — Wir erkennen an, daß wir eine Flotte haben müssen, die stark genug ist, unseren Handel zu schützen, wenn wir natürlich auch nicht die stärkste Flotte der Welt haben können. — Was unsere Beziehungen zu Frankreich betrifft, so ist nicht zu vergessen, daß Clemenceau als Journalist die Politik Defaites verurteilt hat. Ich hoffe, daß Herr Clemenceau als Minister die friedlichen Bestimmungen beibehalten wird, die er als Journalist gelehrt hat. — Es muß ausgesprochen werden, daß es in Deutschland Staatsmänner gibt, die es als ihre höchste Aufgabe betrachten, dienwillige Diener eines höheren Willens zu sein. Ein solches Regiment ist gefährlich in der inneren Politik, es ist doppelt gefährlich in der äußeren Politik. Daß der Reichstage keine Antwort auf die durchaus richtige Kennzeichnung der Kamarka durch den Abgeordneten Wasserfall gefunden hat, gibt zu denken. Der Reichstage nannte Reichstage, Reichstage und Bundesrat die Fragen des Reiches. Ich erinnere an das Wort eines früheren nationalliberalen Führers, daß Kaiser und Reichstage an einem Tage geboren sind. Wir sind keine Schwarzseher, aber das Recht der Kritik werden wir uns nicht nehmen lassen. Klarheit und Festigkeit, nicht Festlichkeiten seien das Motto unserer auswärtigen Politik! (Lebhafteste Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. v. Tiedemann (Sp.): Wir freuen uns, daß die Herren Interpellanten dem Herrn Reichstage Gelegenheit zu seinen lichtvollen Ausführungen gegeben haben, und wir sind überzeugt, daß das Deutsche Reich unter seiner Leitung fortfahren wird, das Vollwerk des Friedens in der Welt zu sein. (Beifall rechts.)

Reichstage Fürst Bismarck:

Gegenüber dem Herrn Abg. Spahn möchte ich feststellen, daß ich den Ausschluß des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten wiederholt und gerade in schwierigen politischen Momenten eingebracht habe (Hört! hört!), beispielsweise, als die chinesische Expedition im Sommer 1900 vorbereitet wurde, und dann wieder im Frühjahr 1905 in einem besonders entscheidenden Augenblick der Marokkofrage. Ich bin mir wohl bewußt, wie wichtig es ist, daß unsere auswärtige Politik die vertrauensvolle Zustimmung der Bundesregierungen findet. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Und des Volkes!“) Und auch des Volkes! Das versteht sich von selbst, daran brauchte mich der geehrte Herr nicht zu erinnern.

Ich komme jetzt zu einem sehr ersten Gegenstande, den die meisten Redner auch gestreift haben, nämlich zu dem persönlichen Regimente oder zu dem sogenannten persönlichen Regimente. Ich habe einmal gesagt, daß ein solcher moralischer Verantwortlichkeit sich bewußter Reichstage nicht im Amte bleiben werde, wenn er Dinge nicht zu verhindern vermag, die nach seinem pflichtgemäßen Ermessen das Wohl des Reiches wirklich und dauernd schädigen können. Wären solche Dinge vorgefallen, so würden Sie mich nicht mehr an dieser Stelle sehen; denn was Sie auch über mich denken mögen, ein Minister bin ich nicht, dessen Leben Sie verhängen. Ich habe damals weiter gesagt, daß ich es ablehnen würde, selbst bei Kundgebungen seiner Majestät des Kaisers, auf welche sich streng genommen meine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit nicht erstreckt, die moralische Verantwortung zu übernehmen für die Auswirkung solcher Kundgebungen auf den Gang der Politik; denn ich sei dem Bundesrat und diesem hohen Hause für die Führung der Geschäfte allein verantwortlich, daß nicht der innere oder äußere Friede beeinträchtigt werde. Wie sehr ich mir dieser Verantwortlichkeit bewußt bin, habe ich bei mehr als einer Gelegenheit gezeigt. Ich erinnere Sie nur an den Gang der Lippschen Fragen. Man kann aber die Vorgänge wie über die Nachteile des parlamentarischen Regierungssystems sehr verschiedener Ansicht sein. Es gibt Länder, wo mehr die Vorgänge hervortreten, beispielsweise England, wo das parlamentarische Regierungssystem seit Jahrhunderten zur allgemeinen Zufriedenheit, und zum Segen des Landes besteht. Es gibt auch Länder, wo sich mehr die Schattenseiten des parlamentarischen Systems zeigen, weil es eben kein Regierungssystem gibt, das für alle Länder paßt, ebenso wenig wie es einen Mod gibt, der allen Menschen paßt, oder eine Medizin, die alle Krankheiten heilt. Bei uns ist das parlamentarische Regierungssystem schon deshalb nicht möglich, weil bei uns keine der großen Parteien die absolute Mehrheit hat und nach unserer ganzen politischen, wirtschaftlichen und konfessionalen Struktur voranschreitlich in absehbarer Zeit keine diese Mehrheit gewinnen wird. Die Gewähr für die verfassungsmäßige Entwicklung der Dinge liegt bei uns darin, daß die Regierungsanordnungen des Monarchen nur insoweit wirksam sind, als er einen Minister findet, der sie unter seiner eigenen Verantwortung ausführt. (Abg. Hoffmann [203]: „Findt er schon!“ — Große Heiterkeit.) Ich kann mir sehr wohl denken, daß ein Minister finden kann, daß ein solches häufiges persönliches Hervortreten des Regenten, ein zu weit getriebener monarchischer Subjektivismus, ein zu häufiges Erscheinen des Monarchen ohne die ministerielle Vorklärung, von denen in seiner Reichzeit Fürst Bismard sprach, den monarchischen Interessen nicht zuträglich ist. (Sehr richtig! links), und daß er daher die Verantwortung nicht übernehmen kann. Aber die Auffassung, als ob der Monarch in Deutschland keine eigenen Gedanken über Staat, Regierung und Politik haben dürfte, als ob er nur mit dem Kopfe seiner Minister denken, als ob er nur zu sagen hätte, was wir ihm ausgelegt haben, ist grundfalsch; sie widerspricht dem deutschen Staatsrecht und auch den Wünschen und Reigungen des deutschen Volkes. (Wahrheit links.) Das deutsche Volk will keinen Schattenscheiter, es will einen Kaiser von Fleisch und Blut. Nennen Sie mir doch einen einzigen Fall, wo sich unter Kaiser in Widerspruch gesetzt hätte mit der Verfassung! Ich bin überzeugt, daß — wie Sie mir jetzt keinen solchen Fall nennen können — Sie mir niemals einen solchen Fall nennen können; denn ich habe die Ueberzeugung, daß unser Kaiser stets die Verfassung gewissenhaft beobachtet wird, wie das seine Pflicht ist. So lange der Kaiser aber die Grenzen und Schranken der Verfassung einhält, vermag ich in den Fragen über persönliches Regiment oder Absolutismus nur den Ausdruck der von mir schon gekennzeichneten Neigung zu Uebertreibungen erblicken. Unser Kaiser ist ein viel zu gerader Charakter und klarer Kopf, als daß er in politischen Dingen sich anderswo Mats erholen sollte, als bei seinen eigenen Pflichtgefühl und bei seinen berufenen Ratgebern. Deshalb richte ich an die verehrten Herren die Bitte: lassen Sie unbedingtesten Mißtrauen fallen und vereinigen Sie sich auch in diesem Winter mit den verbündeten Regierungen zu fruchtbringender und erproblicher Arbeit. (Bravo!)

Hierauf verlagte sich das Haus. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Fortsetzung der Besprechung der Interpellation. Wahlprüfungen. Zweite Sitzung des Vogelstanzgezeiges.)
Schluß 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Der Fortschritt der Presse. Die Mannheimer „Volksstimme“ hat mit Beginn des IV. Quartals wieder um etwa 300 neue Abonnenten und damit die Zahl 13 000 erreicht.

Personalien. Genosse Paul Veyold, gegenwärtig Redakteur der „Östschweizerischen Arbeiterzeitung“ in Sankt Gallen, ist als Redakteur für die Chemnitzer „Volksstimme“ gewählt worden.

Als Redakteur der „Verner Tagwacht“, die vom 1. Dezember ab täglich statt wie bisher zweimal wöchentlich erscheint, wurden die Genossen Huppig und Meißner gewählt.

Zum Arbeitersekretär in Osabrück wurde der Genosse Schlichter aus Eberfeld, bisher Sekretär der dortigen Rechtsanwaltskammer der Gewerkschaften, gewählt.

Gemeindevahlen. In Rheinau (Baden) fiel in der dritten Klasse die sozialistische Liste mit 109 bis 104 Stimmen gegen den bürgerlichen Kandidaten, der 94 bis 93 Stimmen aufbrachte. Die Wahl war nötig geworden, weil die vorige wegen großer Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt werden mußte. Damals hatten die Gegner gestimmt durch jene Verhörer.

In Breslau steigerten unsere Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung ihre Stimmen von 2704 auf 4386, also um 1682, der Freisinn sank von 2944 auf 2045, also um 899, die Konserverativen stiegen von 5517 auf 7102, also um 1585 Stimmen. In fünf von 10 Bezirken, die zur Wahl standen, stehen unsere Genossen in der Stichwahl, viermal mit den vereinigten Konserverativen und Zentrumsleuten, einmal mit dem Freisinn.

Eine Warnung erläßt der Vorstand des deutschen sozialdemokratischen Vereines in Paris (9 Rue de Valenciennes) wegen Betrages und Unterschlagung von Vereinsgeldern wurde der Buchhändlergehilfe Frank Schestel von Berlin aus dem sozialdemokratischen Vereines in Paris ausgeschlossen. Nachträglich hat sich herausgestellt, daß Schestel von früheren Aufenthaltsorten her (Berlin, Augsburg, Essen, Stuttgart) verschiedene Veruntreuungen auf dem Gewissen hat.

Von der Verantwortlichkeit in Preßsachen. Das Oberlandesgericht in Raumburg beschäftigte sich als höchste Instanz mit einem Verleumdungsprozeß, den ein Privatsekretär gegen den Verleger der Genossen Ebeling & Halle anhängig gemacht hatte. Jener Privatsekretär, der auch gegen mehrere Redakteure von unserem halbesche Parteiorgan klagte, weil in Gerichtsberichten seine Vorstrafen (acht Jahre Zuchthaus) genannt worden waren, wollte auch abfoliert die Bestrafung Ebelings bewirken, weil dieser in der Verhandlung, in der zur Klärung des Sachverhaltes die Vorstrafen erörtert werden mußten, an einem Tisch gefesselt und gefesselt hatte. Vor dem Schöffengericht und dem Landgericht Halle lehnte Ebeling die Verantwortung ab, zumal Genosse Redakteur Däumig als Zeugen der Verantwortlichkeit übernommen hatte, aber nicht verurteilt worden war. Gleichwohl mußte Genosse Däumig in derselben Sache als Zeuge auftreten. Beide Instanzen sprachen Ebeling frei, da seine Tätigkeit am Gericht gar kein Verbrechen darstellte, daß er die inkriminierten Sätze geschrieben habe. Auf eingelegte Revision des Klägers stellte sich auch das Oberlandesgericht auf diesen Standpunkt. Der Privatkläger wurde abgewiesen und hat die nicht unbedeutenden Kosten dreier Instanzen zu tragen.

Aus Industrie und Handel.

Industrielle Sozialpolitik.

Durch die letzte Preisverhinderung für Saarkohlen hat der Fiskus aufs neue bewiesen, daß von ihm eine preismäßige Initiative nicht zu erwarten ist. Im Gegenteil, Vater Staat sucht die höchsten Preise herauszuschlagen, er geht sogar noch über die Preisverhinderung der Syndikate hinaus und er bezahlt die niedrigsten Löhne! Ob der Staat in das Kohlenyndikat eintritt oder nicht, ist für dessen Preispolitik von wenig Einfluß; die beiden Interessenten, Fiskus und Privatkapital, würden bei jeder Preisverhöhung sich gegenseitig verteidigen. Weil man weiß, daß der Fiskus beim Anziehen der Preisbremse niemals das Spiel verliert, deshalb wünscht man den Eintritt des Staates in das Syndikat. Wird dem entprochen, dann finden die Syndikatsmänner bei jeder Preisverhöhung Rückendeckung durch Hinweis auf den Fiskus, der als Schlichter der Gesamtinteressen der Erhöhung habe zustimmen müssen. Die Sache läge anders, wenn der Staat das Monopol in der Kohlenförderung hätte, dann ständen alle die einflussreichen Kreise, deren Interesse jetzt durch hohe Kohlenpreise gefördert wird, mit ihren Interessen und Forderungen im Lager der Konsumenten. Wir meinen die großen gemischten Betriebe. Da diese selbst Kohlenproduzenten sind, kann ihnen das Aufsteigen der Kohlenpreise zu schwindelnder Höhe nur angenehm sein. Die hohen Preise kommen ihnen auf jeden Fall zu gute, nur dem Verbraucher, der die Kohlen nicht selbst produziert, treiben hohe Brennstoffpreise die Selbstkosten in die Höhe. Würde oder würde der gesamte Kohlenbergbau verstaatlicht, dann hätten alle Verbraucher ein Interesse daran, die Preise niedrig zu halten und der Staat hätte als schärfste Opponenten gegen sich diejenigen, die nun selber die Preise hoch schrauben. Daß auch die Arbeiter keine Vorteile zu erwarten haben bei einer Beteiligung des Staates an Anteilen des privaten Kapitals, das sich nun auch in der Kaliindustrie. Hier hat der Fiskus, der mit 1/1000 der Beteiligung dem Syndikat angeschlossen ist, einen maßgebenden Einfluß. Aber trotzdem und obwohl die Kaliindustrie dem Kapital glänzende Erträge liefert und die Produktivität ganz außerordentlich gewachsen ist, sind und bleiben die Lohnverhältnisse in der Kaliindustrie miserabel.

Es betrug nämlich im Oberbergamtsbezirk Halle:

| Jahr | Arbeiterzahl | Gesamtförderung | Förderung pro Arbeiter | Lohn pro Arbeiter | Leistung pro 100 M. |
|------|--------------|-----------------|------------------------|-------------------|---------------------|
| 1890 | 3629 | 12 792 645 | 3525 | 1012 | 348 |
| 1895 | 3779 | 15 315 850 | 4052 | 988 | 409 |
| 1900 | 5000 | 30 870 358 | 6002 | 1142 | 525 |
| 1901 | 5705 | 34 846 945 | 6108 | 1155 | 528 |
| 1902 | 5603 | 32 508 340 | 5802 | 1096 | 544 |
| 1903 | 5901 | 30 245 976 | 5142 | 1063 | 577 |
| 1904 | 6172 | 40 534 899 | 6567 | 1082 | 607 |
| 1905 | 6316 | 48 785 984 | 7738 | 1110 | 674 |

Im Jahre 1905 hat der Lohn noch lange nicht die Höhe von 1900 und 1901 wieder erreicht, er stand nur um 9,68 Proz. höher als vor 15 Jahren. Ganz gewaltig ist dagegen die Leistung pro Kopf gestiegen. Sehr deutlich veranschaulicht das die letzte Kubik in der Tabelle. Der Lohnsteigerung von noch nicht 10 Proz. steht in derselben Zeit eine Leistungssteigerung von 112 Proz. gegenüber und für 100 M. Lohn mußte im Jahre 1905 gegenüber 1890 eine um 93 Proz. gesteigerte Menge gefördert werden. Sehr interessant und für die kapitalistischen Maßnahmen äußerlich charakteristisch ist ein Vergleich der Zahlen von 1901 und 1902. Die Fördermenge fällt Arbeiter werden entlassen, der Durchschnittslohn sinkt, aber die Leistung pro Kopf der Arbeiter steigt.

Die Kapitalisten, die bisher schon reichliche Gewinne einsteckten, wollen ihren Profit nun durch Preissteigerung weiter anwachsen lassen. Wird nun Vater Staat endlich dafür sorgen, daß auch für die Arbeiter etwas von dem Samen des Kaliberghaus abfällt?

Aus der Frauenbewegung.

Dienstbotennot.

A. v. Berg, die längere Zeit einem Mädchenheim vorstand, veröffentlicht in der „Gleichheit“ einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Der Grundfehler der Hausfrauen den Mädchen gegenüber besteht im allgemeinen darin, daß sie meinen, um den Lohn die ganze Zeit, die ganze Kraft derselben gefaßt zu haben. Von alters her herrscht die Gewohnheit, es als gutes Recht anzusehen, Gesundheit, Kraft und Zeit der Dienenden zum Vorteil der Herrschaft aufzubrauchen. Diese Gewohnheit fürchten die schwachen schulentlassenen Mädchen, und vor ihr fliehen die Dienenden, welche schon Erfahrungen in den Familien gemacht haben. Die Hausfrauen sind also selbst schuld an dem Mangel an Dienstboten. Es sei mir gestattet, aus meinen Erfahrungen den Beweis für das oben Gesagte zu erbringen. Sechs Prozent der Mädchen, die von dem dem bekannten Heime aus binnen zwei Jahren in den Dienst getreten sind, hatten Erlebnisse in der Art der nachfolgend geschilderten.

Ein blühendes, braves, fleißiges Mädchen trat in den Dienst bei einer Frau Doktor. Früh um 4 Uhr mußte es täglich aufstehen, bis 8 Uhr bei Winterkälte und offenen Fenstern acht Stuben mit kaltem Wasser aufwischen, dann erhielt es zum Frühstück eine trockene Semmel, keinen Tropfen warmes Getränk! Ordnen, die Kinder besorgen und Mittagessen kochen folgten, wobei die Frau, die Hände am Rücken, dabei stand und aufpaßte, daß das Mädchen nicht aus Hunger etwas genieße. Dieses bekam nichts vom frischen Essen, sondern vom Tage vorher übriges, zusammengeworfen und aufgewärmt, in einem unlauberen, rostigen Topfe. Fünf Tage vermochte das Mädchen nicht, diese Kost hinunterzuschlingen; am sechsten brach es der Hunger dazu: „Da schmecke ich ja nichts mehr“, sagte die Kermis. Nachmittags erhielt sie schwarzen Kaffee ohne Milch (ihre Bitte darum wurde mit empörendem Gelächter abgewiesen), ohne Zucker, ohne Gebäck, und nachdem sie, fortwährend gescholten, bis abends gearbeitet hatte, eine kleine unbedeckte Butterkuchenteile. Herr und Frau Doktor gingen abends aus, und ihr wurde ein Stroh Wäsche zum Ausbleichen beigelegt. War sie damit bis 1 Uhr, wo die Herrschaft kam, fertig, so durfte sie zur Ruhe gehen. Als die Herrschaft einmal um 3 Uhr morgens nach Hause kam, sagte Frau Doktor: „Wenn Sie für die eine Stunde noch schlafen gehen wollen, so können Sie gehen.“ Das Mädchen berichtete: „Da war mir, als wenn man mir das Herz aus dem Leibe gerissen hätte, es schauderte mich.“

„Kun sagte es den Entschluß, die Stellung zu verlassen; aber wie fortzukommen? Immer war das Mädchen in der Wohnung eingesperrt, durfte mit niemand sprechen, die Frau gab das Dienstbuch nicht heraus und verlangte Entschädigung für erdichtete Schäden, Bezahlung der Vermittlerin und den Lohn für eine neue Hausflavin. So viel hatte das arme Kind nicht. Endlich wurde das Mädchen erkrankt krank, mußte aber die Arbeit wie sonst verrichten. Die Unfähigkeit hielt es nicht mehr aus, gab der Frau Doktor alles Geld, das sie hatte, verzichtete auf allen Lohn und packte. Die „gebildete“ Frau schlug zum Schluß das Mädchen noch mit dem glühenden Schürhaken ins Gesicht, dann ließ sie es gehen. Nur 14 Tage war die Arme in dieser Stellung gewesen; als sie ins Heim zurückkehrte, war sie nicht wieder zu erkennen: um Jahre gealtert, eine Brandwunde an der Stirn, die Hände blutend ausgegungen, verkümmert, und die Stimme ganz gebrochen; aus jedem Worte lang es noch nach Tagen wie verhaltenes Schreien. Ihre Reden waren wohl für immer zertrütert, die Qualen waren zu groß gewesen. Mit dem nächsten Dienstmädchen, einem Landmädchen, schloß die Frau Doktor vorsichtig einen Vertrag auf ein Jahr.

Zwei andere nette Mädchen traten in den Dienst auf dem Lande. Nach drei Tagen kamen sie laut weinend zurück. Sie hatten ihre Koffer im Stiche gelassen (was das heißt, weiß man!), weil man sie mit dem Schrubber geprügelt und ihnen alles nachgeworfen hatte. Sie waren ganz verstört, wollten von keinem neuen Dienste hören und sagten nur immer (sobald durch den Tod der einzigen Kuh zu Hause Rot herrschte): „Wir wollen heime, wir wollen heime!“

Ein Mädchen mußte bis 3 Uhr nachts wachen, erst dann bekam es das Abendbrot; einem anderen wurde mit Entlassung gedroht, weil der unartige Sub dem Spiegel getroffen hatte, als er sein Glas nach dem Mädchen warf.

Seit Aufhebung der reglementierten Prostitution in Dänemark war am 11. November ein Monat verfloßen, und in dieser Zeit ist in der über 400 000 Einwohner zählenden Hauptstadt des Landes nicht eine einzige Frau wegen erwerbsmäßiger Unlust verhaftet oder sonstwie von der Polizei bestraft worden. Daraus ist der Allgemeinheit, soweit sich bis jetzt feststellen läßt, keinerlei Nachteil erwachsen. Der Chef der Stillhaltepolizei Kopenhagens äußerte sich einem Mitarbeiter von „Social-Demokraten“ gegenüber wie folgt über die neuen Verhältnisse:

„Das Leben auf der Straße gestaltet sich sehr ordentlich und fein. Wohl sieht man jetzt des abends einige Frauen mehr, von denen man vermuten kann, daß sie Herren suchen, aber irgend ein öffentliches Vergnügen ist dadurch gar nicht entstanden. Im Vergleich mit den Großstädten des Auslandes sind Kopenhagens Prostituierte gering an Zahl und bescheiden. Man braucht nur einmal nach Berlin zu reisen, um den Unterschied gewahr zu werden. In der Friedrichstraße und anderen Verkehrsstraßen schwärmen zur Abendzeit ungeheure Mengen von Frauen umher. Ich nehme an, daß die geringeren Arbeitslöhne in Berlin einen ungelieblichen Einfluß ausüben.“

Doch haben wir selbstverständlich auch eine bedeutende Prostitution, die allerlei Lebenszeichen von sich gibt, unter anderem in den Anzeigespalten mehrerer Blätter. Bisher haben wir die Annoncierenden nicht ausprobiert, selbst wenn Name und Adresse angegeben waren.

Im übrigen kann ich nach Verlauf von nur einem Monat ein endgültiges Urteil über die Wirkungen des neuen Gesetzes nicht abgeben. Aber ich meine, daß die Verhältnisse nun bedeutend besser sind als früher. Früher war doch die Prostituierte jeden Tag gezwungen, Geld für das teure Zimmer herbeizuschaffen. Das ganze System zwang sie, sich zu verkaufen. Nun hat sie jederzeit den Weg offen, sich einen rechtlichen Erwerb zu suchen, und sie wird nicht mehr in dem Grade von andern ausgebeutet wie früher.“

Die Aufgabe, den Prostituierten zu helfen, sich auf andere Weise ihren Lebensunterhalt zu verschaffen, hat die Institution für Gefängnisgefängnisse übernommen, und dafür bis jetzt 28 000 Kronen ausgegeben. Man erwartet, daß der Staat diese Summe ersparen wird. 10 000 Kronen wurden zur Auslösung verpfändeter Sachen verwendet. Die verpfändeten Kleider und Uhren aller jener Frauen sind dadurch vor der Veräußerung geschützt worden. Für Einlösung von Plüschkleidern und von Ringen, soweit es sich nicht um Erbsünde handelte, wurde allerdings kein Geld hergegeben. Ungefähr 130 von den 500 Frauen, die früher unter Kontrolle standen, hat die „Gefängnisgefängnisse“ in Kopenhagen Arbeit verschafft. Eine ehemalige Lehrerin achtet darauf, ob sie auch fortwährend ein ehrbares Leben führen. „Das heißt“, sagte der Leiter der „Gefängnisgefängnisse“, „wir kümmern uns nicht darum, ob sie einen Liebhaber haben — das ist ihnen selbstverständlich so gut wie anderen Frauen erlaubt. Aber wir achten darauf, ob sie nicht wieder auf der Straße umhergehen, da wir ihnen in diesem Fall nicht mehr helfen können. Im allgemeinen sind wir zufrieden mit dem Lebenswandel jener Frauen.“

Die „Gefängnisgefängnisse“ hat anderen ungefähr 130 Prostituierten in anderen Orten Dänemarks Stellung verschafft, oder auch zur Auswanderung nach fremden Weltteilen, wo sie Verwandte hatten, Hilfe geleistet, jedoch nicht zur Reise nach einem anderen Lande Europas, weil man dies als Selbstverleumdung ansah.

Mit der unentgeltlichen Behandlung Geschlechtskranker hat die Gemeinde Kopenhagen 12 Aerzte betraut. Als ein schwerer Fehler wird es empfunden, daß den unheimlichen Kranken nicht auch Medizin gratis gegeben wird. Das neue Gesetz bestimmt, daß das Selbstverfahren in diesen Krankheitsfällen auf öffentliche Kosten erfolgen soll. Jedenfalls

wird die Stadt demgemäß auch die Ausgaben für Medizin übernehmen. Ob die Zahl der Geschlechtskranken nach der neuen Ordnung der Dinge steigen oder sinken wird, läßt sich noch nicht feststellen. In der letzten Augustwoche wurden in Kopenhagen 134 solcher Krankheitsfälle gemeldet, in der ersten Novemberwoche 160, eine Steigerung, die jedenfalls auch auf die Unentgeltlichkeit der Behandlung zurückgeführt werden kann.

Das „Berliner Blatt“, ein Blätter der „Deutschen Tageszeitung“, ein Blatt, das besonders in landwirtschaftlichen Distrikten sein Interesse treibt, aber für Bildungsbestrebungen wenig Verständnis hat, legt sich in seiner Nummer vom 6. November in folgender geschmacklosen Weise auf:

Die sozialdemokratischen Bestrebungen, den Berliner Dienstboten „Bildung zu lernen“, zeitigen sonderbare Witten. Da ist der „Berliner“ ein für die Interessen der Handangestellten“, so viel uns erinnerlich, eine Gründung des famosen, in steter „Maufierung“ nach links begriffenen Abg. von Gerlach. Wir vergehen hier nur zwei Vorträge, die innerhalb einer Oktoberwoche in diesem Vereine verzapft worden sind. Am 21. Oktober verbreitete sich das jüdische Fräulein Altman daselbst über — „Eh!“ und am 25. Oktober machte der wohl auch nicht gerade sehr kritische Herr Davidsohn die gebildeten Hausknechte und Dienstmädchen mit den Dichtungen der Ida Reggi bekannt. Um die Verdaulichkeit der Vorträge, die bei der großen Mehrzahl der Zuhörer ziemlich mangelhaft sein dürfte, etwas zu fördern, schloßen sich an die Vorträge gewöhnlich Tanzbelustigungen an. Die Haupttätigkeit der Leiter dieser und ähnlicher Vereine besteht natürlich darin, die Mitglieder mit ihrem Lebenslohn unzufrieden zu machen, sie gegen die Dienstgeber aufzuwiegen.

Wir glauben gern, daß es den Lesern jenes Blattes unangenehm ist, zu hören, daß die Dienstboten anfangen, sich Bildung anzueignen und über ihre Lage nachzudenken. Wenn sie dabei mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden werden, so liegt das nicht an denen, die sich mit der Lage der Dienstboten beschäftigen, sondern vielmehr an Zuständen selbst, unter denen die Dienstboten zu leiden haben und die besonders in den Ortschaften zur Unentgeltlichkeit ausgewachsen sind, in denen das „Berliner Blatt“ seine Weisheit verzapft. Gerade für die Landwirtschaft wie für den Dienstbotenberuf im allgemeinen gilt die Parole: „Die ärmsten Arbeiter sind die besten.“

„Unerschütterlich“ nennt das Blatt die Abschaffung der Gefängnisordnung und die Errichtung von Hausknechtengerichten (soll wohl heißen: Verordnungsbedingungen), und weiter wird gesagt: „Der Wunsch, auch das Gefängnis und die ländlichen Arbeiter unter die Reichsgewerbeordnung zu stellen, kann keine ihrer Verantwortung bewusste Regierung erfüllen.“ Uns kann es nur recht sein, wenn das „Berliner Blatt“ in dieser Weise vorarbeitet, damit wir in den Landdistrikten nicht ganz unvorbereiteten Boden finden.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, S.W., Alexandrinenstr. 20. Geöffnet täglich von 9—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesehallen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Verband der Freireisenden Deutschlands. Zweigverein Berlin und Görzke. Zahlstelle Charlottenburg. Erste Donnerstag, den 15. d. M., abends 9 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Wertens, Krummstr. 43.

Vermischtes.

Eine verfallende Stadt. Neuerdings ist ein Teil der Stadt Tavernola in den Apenninen gestürzt. Da die Erdbeben fortwähren, so befürchtet man, daß allmählich die ganze Stadt im See verschwinden wird.

Seemannslob. Der französische Dreimaster „Duchesse de Berry“ aus Nantes, welcher am 29. Juli nach San Francisco abgegangen ist, ist in der Nähe der philippinischen Küste untergegangen. Von der 27 Köpfe zählenden Mannschaft wurden nur acht gerettet.

Witterungsüberblick vom 14. November 1906, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C. | Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C. |
|---------------|-------------------|--------------|------------|------------|-------------|------------|-------------------|--------------|------------|--------|-------------|
| Schwetmb. | 772 ED | 1 wölkig | 4 | Naperranda | — | — | — | — | — | — | — |
| Damburg | 773 WSB | 2 Regen | 7 | Petersburg | 765 WS | 2 bedekt | —7 | — | — | — | — |
| Berlin | 772 WSB | 1 wölkig | 7 | Scilly | 770 WSB | 2 halb bb. | 7 | — | — | — | — |
| Frankf. a. M. | 772 SD | 1 bedekt | 6 | Aberdeen | 767 WSB | 1 bedekt | 7 | — | — | — | — |
| München | 773 D | 2 heiter | —1 | Paris | 772 DRD | 2 wolklos | 0 | — | — | — | — |
| Wien | 777 R | 3 wölkig | 6 | — | — | — | — | — | — | — | — |

Wetterprognose für Donnerstag, den 15. November 1906. Trocken und vielfach heiter bei schwachen südlichen Winden; etwas kälter Nacht und steigender Tagestemperatur. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 14. November. Elbe bei Kuffig — Meter, bei Dresden — Meter, bei Roggeburg + 1,03 Meter — Ukkurt bei Braughart — Meter. — Oder bei Ratibor 1,03 Meter. — Rheimündung + 1,14 Meter. — Oder bei Bries + 1,70 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 1,50 Meter.

Neu erschienen

sind folgende Schriften, die wir unseren Lesern bestens empfehlen:

Briefe und Ansätze an die Stadt Berlin und ihre Arbeiter
von A. Völ. Becker, Jos. Diegen, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an A. H. Sorge und andere.
Preis brosch. 4 M., in gutem Einband 5 M., in einfachem Einband 4 M.
Preis 1,00 M.

Ziele und Wege.
Ein Kapitel ostelbischer Junkergeschichte von Franz Mehring.
Preis 1,00 M.

Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten
von Morris Hillquit.
Historisierte Uebersetzung von Karl Müller-Bernberg.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Geschichte der Kommune von 1871
von Lissagaray.
Dritte illustrierte Auflage.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Die Festung-Legende.
Zur Geschichte und Kritik des preussischen Despotismus und der klassichen Literatur von Franz Mehring.
Zweite unveränderte Auflage mit einem neuen Vorwort.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Arbeiter-Notizkalender für 1907.
Preis 60 Pf.

Blut und Eisen, Krieg und Kriegerturnen in alter und neuer Zeit. Reich illustriert. In fünfzig Hefungen à 20 Pf. Bisher sind 4 Hefen erschienen.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 65, Lindenstraße 69, Laden. 237/5

Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Der nachstehende Entwurf ist den Reichstags-Abgeordneten noch nicht zugegangen, ebenso wenig uns. Die „Kölnische Zeitung“ und andere der Regierung nahestehende Blätter haben aber bereits vorgestern abend die nachfolgend abgedruckte Vorlage als eine dem Reichstage zugegangene Vorlage veröffentlicht.

Ebenso hat die offiziöse „Berliner Korrespondenz“ bereits gestern mittag einiges aus den Motiven der Vorlage veröffentlicht. Gegen eine derartige vorzeitige Mitteilung der Gesetzentwürfe an einige Presseorgane, die an die bekannte Hamburgerische Verhöfierung von Ertelstein erinnert, muß mit Entschiedenheit protestiert werden. Solche Verhöfierung ist ein öffentlicher Skandal; er mag Gepflogenheiten einer Firma Tappeler, Pöblich, Bumiller u. Co. entsprechen, ist aber des Ernstes unwürdig, mit dem Interessen des Volkes zu behandeln sind. Eine solche Nichtachtung der Reichstagsabgeordneten und der Presse in ihrer Allgemeinheit und Verhöhnung einiger Presseorgane können in einem wirklich konstitutionellen Staate sich schwerlich ereignen. Vor Monaten hatten wir eine rechtzeitige Veröffentlichung des an den Bundesrat gelangten Entwurfs durch den „Reichsanzeiger“ verlangt. Der dem Bundesrat vorgelegte Entwurf ist gar nicht der dem Reichstage vorgelegte Entwurf, ist, wie dargelegt, vor der Zugänglichmachung des Entwurfs an die Abgeordneten einem Teil der Presse bekannt gemacht. Der Zweck dieser unlauteren Art der Veröffentlichung eines solchen Gesetzentwurfs kann nur der sein, für den Entwurf Stimmung zu machen, weil er eine objektive Kritik nicht vermag.

Wir müssen uns eine ausführliche Würdigung des Entwurfs auf später aufsparen. Für heute mögen einige Bemerkungen genügen. Der Gesetzentwurf charakterisiert sich als ein gegen die Arbeiterklasse gerichtetes hinterhältiges Ausnahmengesetz.

Dass ein Verein Rechtsfähigkeit habe, d. h. daß er wie eine wirkliche Person Vermögen erwerben, Klagen kann usw., sollte man als selbstverständlich erachten. Deutschland ist von diesem Zustand aber weit entfernt. Dieselbe Gesetzgebung, die gegen Arbeitervereine „öffentlich-rechtliche“, politisch-schikanöse Maßregeln (Uebervachungsbefugnisse, Mitgliederlisten-Anmeldung, Statuten-Einreichung usw.) in Unmenge festgesetzt hat, läßt sie vermögensrechtlich vogelfrei. Seit 1869 ist die Forderung auf privatrechtliche Gestaltung der Berufsvereine im Reichstage erhoben, im Jahre 1871 im Reichstage auch anerkannt. Seitdem erhoben bürgerliche Politiker und die Regierung Bedenken dagegen, daß die auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung errichteten Arbeitervereine durch privatrechtliche Anerkennung einen Machtzuwachs erhielten. Nach vielem Hin und Her wurde bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Jahre 1896 die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine von neuem aufgerollt. Der Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuchs stellte die politischen und sozialpolitischen Vereine außerhalb des bürgerlichen Rechts. Die Behörde sollte berechtigt sein, Einspruch gegen eine Eintragung solcher Vereine in das Vereinsregister — die Eintragung schafft Rechtsfähigkeit — zu erheben. Die Reichstagskommission warf zuerst dies verschlimmerte Konzeptionsystem um und erklärte alle Vereine für rechtsfähig. Aber noch in der Kommission wich das Zentrum auf Geheiß des Freiherrn v. Stumm vor der Gestaltung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zurück und räumte das Einspruchsrecht den Behörden wieder ein. Nicht eingetragene Berufsvereine können seit dem Inkrafttreten der neuen Zivilprozessordnungsnovelle zwar verklagt werden, aber nicht klagen. Dieser unsinnige Zustand ist lediglich durch die Zurück vor den Arbeitervereinen und durch den Haß gegen diese erklärlich. Den Berufsvereinen selbst ist die heutige Lage zwar un bequem, aber kein besonders schlimmes Hemmnis. Sie haben Mittel und Wege gefunden, das Vermögen ihres Vereins gesichert dastellt. Man mußte daher, als das Zentrum seit langer Zeit einen Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine als sozialpolitische Großtat forderte und die Regierung solchen versprach, die Besorgnis hegen, daß die regierende Partei und die Regierung nicht einen Gesetzentwurf im Auge hatten, der einfach die Rechtsfähigkeit unter Fortfall des behördlichen Konzeptionsystems anerkannte, sondern daß mit dem Entwurf Nebenwege verfolgt werden würden. Diese Besorgnis ist durch den nachstehenden Entwurf in überreichem Maße als berechtigt erwiesen.

Der Gesetzentwurf gibt keinerlei öffentlich-rechtliche Sicherung des Vereins- und Koalitionsrechts der gewerblichen, ländlichen und sämtlicher Arbeiter. Er betrifft lediglich gewerbliche Arbeiter und begreift hier Spaltung der Arbeiter und Belohnung mit der Rechtsfähigkeit für einen Verzicht auf ihr Koalitionsrecht. Diesen Zweck sucht der Entwurf einmal durch die Bestimmungen der §§ 15 und 20, ferner aber dadurch zu erreichen, daß — in Verbindung mit dem Gesetzentwurf zur Erdrosselung der freien Hülfskassen — Gewerkschaften und Arbeiter nur dann die Verwirklichung von Unterstützungszwecken ermöglicht werden soll, wenn die Behörde dies gestattet. Der Entwurf enthält außerdem Bestimmungen (§ 9, § 11), die direkt als Anleitung zu Denunziationen und Spitzelereien bezeichnet werden können. Doch darüber später.

I. Abschnitt.

Berufsvereine, deren Rechtsfähigkeit auf Eintragung beruht.

§ 1. Ein Verein von Gewerbetreibenden oder gewerblichen Arbeitern (Titel VII der Gewerbeordnung) desselben Gewerbes oder verwandter Gewerbe oder von solchen Gewerbetreibenden und Arbeitern zugleich kann in das Vereinsregister als „Berufsverein“ eingetragen werden, wenn sein Zweck nur auf die Wahrung und Förderung der mit dem Gewerbe seiner Mitglieder unmittelbar in Beziehung stehenden gemeinsamen gewerblichen Interessen oder daneben auf die Unterstützung seiner Mitglieder gerichtet ist, ohne daß ihnen ein Rechtsanspruch darauf eingeräumt wird. Auf den Verein finden, soweit sich nicht aus diesem Gesetz ein anderes ergibt, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über eingetragene Vereine Anwendung.

§ 2. Die Satzung des Vereins muß ergeben, daß der Verein als Berufsverein eingetragen werden soll.

§ 3. Personen, die das sechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können nicht Mitglieder des Vereins sein. Rinderjährige sind nicht stimmberechtigt. Die Satzung kann bestimmen, daß für Personen, die dem Verein als Mitglieder mindestens ein Jahr lang angehört haben, die Mitgliedschaft auch nach dem Ausscheiden aus der für diese maßgebenden Beschäftigung für die Dauer eines Jahres und darüber hinaus so lange aufrecht erhalten werden darf, als sie nicht zu einem anderen Gewerbe oder anderen Beruf übergegangen sind. Als Uebergang zu einem anderen Gewerbe oder anderen Beruf im Sinne dieser Vorschrift gilt nicht die Uebernahme einer Beschäftigung für den Verein, sofern diese Beschäftigung die Erwerbstätigkeit vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nimmt.

§ 4. Gegen die Eintragung des Vereins kann die Verwaltungsbehörde auch dann Einspruch erheben, wenn die Voraussetzungen des § 1 Absatz 1 nicht vorliegen oder wenn die Satzung gegen die Vorschriften des § 3 verstößt. Dagegen kann der Einspruch nicht darauf begründet werden, daß die im § 1 Absatz 1 bezeichneten Zwecke des Vereins als politische oder sozialpolitische anzusehen sind.

§ 5. Die Eintragung erfolgt in eine besondere Abteilung des Vereinsregisters. Mit der Eintragung erhält der Name des Vereins den Zusatz: „eingetragener Berufsverein“.

§ 6. Rinderjährige sowie solche Personen, die nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte oder die infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind, können nicht Mitglieder des Vorstandes sein.

§ 7. Durch die Satzung kann bestimmt werden, daß an die Stelle der Versammlung der Mitglieder ein Ausschuss tritt, der von diesen gewählt wird. Die Wahl kann nach Abteilungen der Mitglieder erfolgen. Der Ausschuss muß aus mindestens fünfzig Vereinsmitgliedern bestehen. Hat der Verein mehr als tausend Mitglieder, so muß für je tausend weitere Mitglieder dem Ausschusse mindestens ein Mitglied hinzutreten. Die Vermehrung der Mitglieder während einer Wahlperiode kommt für diese nicht in Betracht. Für eine neue Wahl bestimmt sich die Mindestzahl der Ausschussmitglieder nach dem Bestande der Vereinsmitglieder am Schlusse des letzten Geschäftsjahres. Für die Ausschussmitglieder ist mindestens eine gleiche Zahl von Stellvertretern zu wählen, die bei deren Befall der Reihe nach an ihre Stelle treten. Die Reihenfolge bestimmt sich, soweit sich nicht aus der Satzung ein anderes ergibt, nach der bei der Wahl erhaltenen Stimmenzahl, bei gleicher Stimmenzahl nach dem Alter. Der Vorstand hat Zeit und Ort der Ausschusssitzungen unter Angabe der Gegenstände der Tagesordnung in den für die Veröffentlichungen des Vereins bestimmten Blättern mindestens drei Tage vorher bekannt zu machen. Der Vorstand eines Vereins, für den ein Ausschuss gebildet ist, ist verpflichtet, die Versammlung der Mitglieder ohne Verzug zu berufen, wenn mindestens der vierte Teil oder der durch die Satzung hierfür bestimmte geringere Teil der stimmberechtigten Mitglieder die Berufung schriftlich unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangt; die Vorschrift des § 37 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet Anwendung. Die in der Satzung dem Ausschuss übertragenen Befugnisse gehen für diesen Fall auf die Versammlung der Mitglieder über.

§ 8. Personen, die nach § 6 nicht Mitglieder des Vorstandes sein können, können auch nicht Mitglieder des Ausschusses oder, abgesehen von der Versammlung der Mitglieder, eines sonstigen Organs des Vereins oder eines Organs seiner Abteilungen (Zweigvereine, Ortsvereine, Ortsgruppen, Jahrestellen usw.) sein.

§ 9. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung und des Ausschusses sind in ein Protokollbuch einzutragen; die Einsicht in das Protokollbuch hat der Vorstand jedem Mitglied auf Verlangen zu gestatten.

§ 10. Ein Beschluß der Mitgliederversammlung oder des Ausschusses kann wegen Verletzung des Gesetzes oder der Satzung im Wege der Klage angefochten werden. Die Klage muß binnen einem Monat erhoben werden. Zur Anfechtung befugt ist jedes in der Versammlung erschienene Mitglied des Organs, sofern es gegen den Beschluß Widerspruch zum Protokoll erklärt hat, und jedes nicht erschienene Mitglied, sofern es zu der Versammlung unberechtigterweise nicht zugelassen worden ist oder sofern es die Anfechtung darauf gründet, daß die Berufung der Versammlung oder die Anfechtung des Gegenstandes der Beschlussfassung nicht gehörig erfolgt ist. Außerdem sind befugt zur Anfechtung 1. eines Beschlusses der Versammlung der Mitglieder oder des Ausschusses der Vorstand und, wenn der Beschluß eine Maßregel zum Gegenstande hat, durch deren Ausführung sich die Mitglieder des Vorstandes strafbar oder den Gläubigern des Vereins haftbar machen würden, jedes Mitglied des Vorstandes; 2. eines Beschlusses des Ausschusses auch jedes dem Ausschusse nicht angehörende Mitglied des Vereins. Die Klage ist gegen den Verein zu richten. Der Verein wird durch den Vorstand und, sofern dieser oder ein Mitglied des Vorstandes klagt, durch die in der Satzung hierfür zu bestimmenden Personen vertreten. Zuständig für die Klage ist ausschließlich das Landgericht, in dessen Bezirke der Verein seinen Sitz hat. Die mündliche Verhandlung erfolgt nicht vor Ablauf der im Absatz 1 bezeichneten Frist. Mehrere Anfechtungsprozesse sind zur gleichzeitigen Verhandlung und Entscheidung zu verbinden. Der Vorstand hat die Erhebung der Klage sowie den ersten Termin zur mündlichen Verhandlung ohne Verzug in den für die Veröffentlichungen des Vereins bestimmten Blättern bekannt zu machen. Soweit der Beschluß rechtskräftig für ungültig erklärt ist, wirkt das Urteil auch für und gegen die Mitglieder, welche nicht Partei sind. Die Ungültigkeitserklärung ist im Protokollbuch zu vermerken. War der Beschluß in das Vereinsregister eingetragen, so ist auch das Urteil einzutragen. Der Vorstand hat die Eintragung zu beantragen.

§ 11. Die Vorschrift des § 72 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach der Vorstand eines eingetragenen Vereins dem Amtsgericht auf dessen Verlangen jederzeit ein Verzeichnis der Mitglieder einzureichen hat, findet keine Anwendung. Der Vorstand ist jedoch verpflichtet, nach näherer Bestimmung des Bundesrats ein Verzeichnis der Mitglieder zu führen. Der Verwaltungsbehörde ist dieses Verzeichnis auf Verlangen jederzeit vorzulegen; den Mitgliedern des Vereins ist auf Verlangen jederzeit Einsicht in das Verzeichnis zu gewähren und auf ihre Kosten eine beglaubigte Abschrift des Verzeichnisses zu erteilen.

§ 12. Ein Anspruch des Vereins gegen seine Mitglieder findet nur in Ansehung der von diesen zu leistenden ordentlichen Beiträge statt.

§ 13. Der Vorstand ist verpflichtet, nach näherer Bestimmung des Bundesrats für jedes abgelaufene Geschäftsjahr eine Uebersicht über die Zahl und die Veranschlagung der Vereinsmitglieder, die Einnahmen und Ausgaben des Vereins getrennt nach ihren Zwecken, sowie über den Bestand des Vereinsvermögens aufzustellen, der Verwaltungsbehörde einzureichen und im „Reichsanzeiger“ zu veröffentlichen. Einem Vereine, dessen Mitgliederkreis sich nicht über das Gebiet eines Bundesstaats hinaus erstreckt, kann von der Bundeszentralbehörde gestattet werden, daß die Veröffentlichung statt im „Reichsanzeiger“ in einem anderen von ihr zu bestimmenden Blatte erfolgt. Die Uebersichten sind nebst den dazu gehörigen Belegen im Vereinslokal am Sitze des Vereins oder in anderer durch die Satzung zu bestimmender Weise zur Kenntnis der Mitglieder des Vereins zu bringen. Jedes Mitglied ist berechtigt, auf seine Kosten eine Abschrift der Uebersicht zu verlangen.

§ 14. Die Mitglieder sind jederzeit zum Austritt aus dem Vereine berechtigt. Es kann jedoch durch die Satzung bestimmt werden, daß die von den Mitgliedern zu leistenden ordentlichen Bei-

träge noch für die Zeit bis zum Schlusse des Kalendermonats, in welchem der Austritt erfolgt, zu entrichten sind. Der Ausschluss von Mitgliedern aus dem Vereine kann nur unter den durch die Satzung bestimmten Formen und aus den darin bezeichneten Gründen erfolgen.

§ 15. Dem Vereine kann, unbeschadet der Vorschriften des § 43 Abs. 1 bis 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, die Rechtsfähigkeit entzogen werden: 1. wenn er einen Zweck verfolgt oder Mittel des Vereins für einen Zweck verwendet, der der Satzung fremd ist und, falls er in der Satzung enthalten wäre, die Verwaltungsbehörde zum Einspruche gegen die Eintragung des Vereins berechtigt haben würde; 2. wenn in seinen Verhältnissen eine Änderung eintritt, falls sie vor der Eintragung bereits vorhanden gewesen wäre, die Verwaltungsbehörde zum Einspruche gegen die Eintragung des Vereins berechtigt haben würde; 3. wenn er eine Arbeiterausperrung oder einen Arbeiterausstand herbeiführt oder fördert, die mit Rücksicht auf die Natur oder die Bestimmung des Betriebes geeignet sind, die Sicherheit des Reichs oder eines Bundesstaats zu gefährden, eine Störung in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeizuführen oder eine gemeine Gefahr für Menschenleben zu verursachen. Die Zuständigkeit und das Verfahren bestimmen sich auch in diesen Fällen nach den Vorschriften des § 44 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Die zuständige Behörde hat die Entziehung der Rechtsfähigkeit dem Amtsgerichte mitzuteilen. In den Fällen des Abs. 1 sowie in den Fällen des § 43 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist die für die Entziehung der Rechtsfähigkeit zuständige Behörde, bei der das Verfahren anhängig ist, befugt, durch einstweilige Anordnung diejenigen Maßnahmen gegenüber dem Vereine zu treffen, die zur Abwendung der Gefährdung im öffentlichen Interesse geboten erscheinen. Gegen die einstweilige Anordnung findet nur die Beschwerde an die im Instanzenzuge vorgeordnete Behörde statt. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 16. Die Verwaltungsbehörde kann die Mitglieder des Vorstandes zur Befolgung der Vorschriften des § 9, des § 10 Abs. 7, des § 2, des § 11 Abs. 2 und des § 13 durch Ordnungsstrafen anhalten. Sie kann auch Ordnungsstrafen verhängen gegen Mitglieder des Vorstandes oder anderer Vereinsorgane, welche den Vorschriften des § 3, des § 7 Abs. 4, des § 10 Abs. 5 oder des § 14 Abs. 3 zuwidergehandelt haben oder welche die Mitwirkung einer Person, die nach den Vorschriften des § 6 oder des § 8 nicht Mitglied des Vorstandes oder eines sonstigen Vereinsorgans sein kann, in diesen Organen dulden. Die gleichen Befugnisse stehen der Verwaltungsbehörde den Liquidatoren gegenüber zu. Die einzelne Strafe darf den Betrag von dreihundert Mark nicht übersteigen. Die festgesetzten Strafen fließen in die Kasse der Versicherungskasse (§ 45 des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899, Reichsgesetzl. S. 463), in deren Bezirke die Verwaltungsbehörde (Abs. 1) ihren Sitz hat. Mitglieder des Vorstandes und anderer Vereinsorgane sowie Liquidatoren werden, sofern nicht nach anderen Vorschriften eine höhere Strafe verhängt ist, mit Gefängnis bis zu drei Monaten und zugleich mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark bestraft, wenn sie in den Anmeldungen, Uebersichten, Mitgliederverzeichnissen, Büchern und sonstigen Urkunden und Listen, deren Einreichung, Führung und abschriftliche Mitteilung ihnen nach dem Gesetz oder der Satzung obliegt, sowie bei den Eintragungen in das Protokollbuch und denen ihnen obliegenden Veröffentlichungen wissenschaftlich falsche oder auf Täuschung berechnete unvollständige Angaben machen oder machen lassen, oder wenn sie Mittel des Vereins zur Bezahlung einer Geld- oder Ordnungsstrafe verwenden, welche gegen ein Mitglied des Vereins oder seiner Organe festgesetzt worden ist. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt ausschließlich die Geldstrafe ein.

§ 17. Die öffentlich-rechtlichen Vorschriften der Landesgesetze, nach welchen ein Verein unerlaubt ist oder verboten werden kann, weil er einen politischen oder sozialpolitischen Zweck verfolgt oder weil er ohne obrigkeitliche Genehmigung errichtet ist, finden auf einen Verein der im § 1 bezeichneten Art, sofern er als Berufsverein eingetragen wird, keine Anwendung. Das gleiche gilt für einen eingetragenen Berufsverein von den öffentlich-rechtlichen Vorschriften der Landesgesetze, nach welchen 1. aus dem im Abs. 1 bezeichneten Grunde ein Verein aufgelöst werden kann oder seine Versammlungen geschlossen werden können; 2. die Mitgliedschaft von Männern und Frauen an einem Vereine, der einen politischen oder sozialpolitischen Zweck verfolgt, die Teilnahme solcher Mitglieder an den Versammlungen des Vereins und die Teilnahme von Männern und Frauen an seinen Lustbarkeiten verboten oder beschränkt ist, soweit sich das Verbot oder die Beschränkung auf Personen erstreckt, die das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben; 3. der Polizeibehörde ein Verzeichnis der Mitglieder eines solchen Vereins einzureichen oder Auskunft über seinen Mitgliederbestand zu erteilen ist. Die Bestimmungen der Landesgesetze über die Abhaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten werden durch die Vorschrift des Abs. 2 Nr. 2 nicht berührt.

§ 18. Die Vorschriften des § 17 finden auch auf Abteilungen (Zweigvereine, Ortsvereine, Ortsgruppen, Jahrestellen usw.) eines eingetragenen Berufsvereins, die nach Maßgabe seiner Satzung für gewisse Bezirke gebildet werden, Anwendung, wenn ihre Vorsteher oder Geschäftsführer unter Angabe der Namen der Verwaltungsbehörde, in deren Bezirke die Abteilungen ihren Sitz haben, vom Vereinsvorstand als Organe des Vereins angemeldet werden. Ist die Anmeldung erfolgt, so ist jede Änderung in der Person der Vorsteher oder Geschäftsführer der Abteilung der Verwaltungsbehörde (Abs. 1) anzuzeigen. Auch ist ihr auf Verlangen jederzeit ein der Vorschrift des § 11 Abs. 2 entsprechendes besonderes Verzeichnis der Mitglieder der Abteilung vorzulegen. Zur Befolgung der Vorschriften des Abs. 2 können die Mitglieder des Vorstandes, die Liquidatoren sowie die Vorsteher oder Geschäftsführer der Abteilung von der Verwaltungsbehörde nach Maßgabe des § 16 Abs. 2 durch Ordnungsstrafen angehalten werden.

II. Abschnitt:

Berufsvereine, deren Rechtsfähigkeit nicht auf Eintragung beruht.

§ 19. Auf einen Verein, der seinen Mitgliedern einen Rechtsanspruch auf Unterstützung gewährt oder dessen Zweck sonst auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, finden, wenn der Verein im übrigen den Voraussetzungen der §§ 1, 3 entspricht, für die Verleihung der Rechtsfähigkeit die öffentlich-rechtlichen Vorschriften der Landesgesetze keine Anwendung, nach welchen 1. ein Verein unerlaubt ist oder verboten werden kann, weil er einen politischen oder sozialpolitischen Zweck verfolgt; 2. die Mitgliedschaft von Männern und Frauen an einem Vereine, der einen politischen oder sozialpolitischen Zweck verfolgt, verboten oder beschränkt ist, soweit sich das Verbot oder die Beschränkung auf Personen erstreckt, die das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben. Das gleiche gilt für einen Verein solcher Art, wenn ihm die Rechtsfähigkeit verliehen ist, hinsichtlich der öffentlich-rechtlichen Vorschriften der Landesgesetze, nach welchen 1. aus dem im § 17 Abs. 1 bezeichneten Grunde ein Verein aufgelöst werden kann oder seine Versammlungen geschlossen werden können, 2. die Teilnahme männlicher oder weiblicher Mitglieder an den Versammlungen eines Vereins, der einen politischen oder sozialpolitischen Zweck verfolgt, sowie die Teilnahme von Männern und Frauen an seinen Lustbarkeiten verboten oder beschränkt ist, soweit sich das Verbot oder die Beschränkung auf Personen erstreckt, die das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben, 3. der Polizeibehörde ein Verzeichnis der Mitglieder des Vereins einzureichen oder Auskunft über seinen Mitgliederbestand zu erteilen ist, sofern dem Verein eine amtliche Bescheinigung darüber ausgefertigt ist, daß er den im Abs. 1 bezeichneten übrigen Voraussetzungen der §§ 1, 3 entspricht. Die

Bestimmungen der Landesgesetz über die Abhaltung öffentlicher...

§ 20. Die im § 19 Abs. 2 vorgesehene Bescheinigung wird auf den Antrag des Vorstandes des Vereins...

§ 21. Auf Abteilungen (Zweigvereine, Ortsvereine, Ortsgruppen, Zählstellen usw.) eines im Besitze der Bescheinigung...

III. Abschnitt.

§ 22. Wird die Satzung eines Vereins der im § 1 bezeichneten Art, der in das Vereinsregister nach Maßgabe der Vor-

schriften der §§ 55ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs eingetragen ist, dahin geändert, daß der Verein als Berufsverein eingetragen werden soll...

§ 23. Dieses Gesetz tritt am ... in Kraft

Eingegangene Druckschriften.

Reiseführer, Reichsliste und vegetarische Lebensweise. Ein Beitrag zur vernünftigen Ernährung des Volkes. Von Dr. med. Karl Bornstein...

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 68-73 pr. 100 Pfd...

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 15. November. Anfang 7 1/2 Uhr. Opernhaus. Margarete. Schauspielhaus. Berlin. Neues Opernhaus. Kosmopol.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Die Condottieri. Morgen und folgende Tage: Die Condottieri.

Kleines Theater. Abends 8 Uhr zum 118. Male: Ein idealer Gatte. Freitag zum 119. Male: Ein idealer Gatte.

Komische Oper. Carmen. Abends 8 Uhr. Vorher: Ruth St. Denis. Freitag, Sonntag: Lakmé.

Lortzing-Theater. Belle Alliancestr. 7/8. Heute abend 7 1/2 Uhr: Zar und Zimmermann.

Zentral-Theater. (Operette). 8 Uhr: Tausend und eine Nacht. Freitag: Fledermaus.

Metropol-Theater. Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 9 Bildern von Julius Freund.

Ferdinand Bonn's Berliner Theater. Heute und folgende Tage: Sherlock Holmes. Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Donnerstag, den 15. November: Der Sturm. Freitag zum erstenmal: Die Hochzeitsfackel.

Theater des Westens. Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12. Abends 7 1/2 Uhr: Der Trompeter von Säckingen.

Luisen-Theater. Reichensbergerstr. 31. Abends 8 Uhr: Flotte Weiber.

Passage-Theater. Heute das glänzende November-Programm. Josefina Dora mit ganz neuen Schlegeln.

Apollo Theater. Das große neue Programm. u. a.: The Densmores und die Bulldogge in der Küche.

Berliner Prater-Theater. Kastanien-Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Der Leiermann und sein Pflegekind.

Mutterlegen. Freitag zum erstenmal: Mutterlegen. Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr: Der Hausfreund.

Der Hausfreund. Sonntag nachm. 3 Uhr: Ihr zweiter Mann.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater). Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Die Hoffnung auf Segen.

Zirkus Schumann. Heute Donnerstag, den 15. November, abends prägnant 7 1/2 Uhr: Eliteabend. Galaprogramm.

Zirkus Busch. Abends 7 1/2 Uhr: Monsieur Komcoe. Stauener erregende Automobilerperimente.

Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander. Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr: Triplepatte.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16. Der Trompeter von Säckingen.

Theater Folies Caprice. Liniestr. 132, Ecke Friedrichstraße. Serenissimus August XXVI.

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Prachtsäle des Westens. Epichenstr. 3. Carl Stochert. Heute Theater-Aufführung.

Cornelius Voß. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 40 Pf. Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wdh. Th.). Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Donna Diana.

Zirkus Schumann. Heute Donnerstag, den 15. November, abends prägnant 7 1/2 Uhr: Eliteabend.

Zirkus Busch. Abends 7 1/2 Uhr: Monsieur Komcoe. Stauener erregende Automobilerperimente.

Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander. Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr: Triplepatte.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16. Der Trompeter von Säckingen.

Theater Folies Caprice. Liniestr. 132, Ecke Friedrichstraße. Serenissimus August XXVI.

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Prachtsäle des Westens. Epichenstr. 3. Carl Stochert. Heute Theater-Aufführung.

Cornelius Voß. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 40 Pf. Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Sizilien. Horsaal 6 Uhr Dr. C. Theising.

Rixdorfer Theater. Bergstraße 147. Sonntag, den 18. November 1906: Die Ehre.

WINTERGARTEN. Interessante neue Darbietungen. Bros. Perman, Exzentriks.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16. Der Trompeter von Säckingen.

Theater Folies Caprice. Liniestr. 132, Ecke Friedrichstraße. Serenissimus August XXVI.

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Prachtsäle des Westens. Epichenstr. 3. Carl Stochert. Heute Theater-Aufführung.

Cornelius Voß. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 40 Pf. Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.

Verein Berliner Hausdiener gegründet 1883. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß Kollege Rudolf Sommer

Rudolf Sommer (Jahreszahl 53) verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am

Achtung, Töpfer! Wegen Leistungsunterschieden ist damit über die Firma August Berndt,

Wilmersdorf, Gildengartstr. 15, die Sperre verhängt. In Betracht kommen die Bauten Jungfer 14/15, Friedrichsberg und Schloßstraße, Sieglitz.

Soeben erschienen! Meine diesjährige Weihnachts-Extra-Liste

besonders preiswerter Geschenke und wird ebenso wie mein Pracht-Katalog

mit 600 Abbildungen gratis und franko versandt Teppich - Spezialhaus

Emil Lefèvre Berlin Süd. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.

Unterhalte frühzeitigen Empfehl. Weihnachts-Einkauf.

da besond. vorteilhafte Artikel bald vergriffen sein dürften. Auch Sonntags bis Weihnachten geöffnet.

Emil Lefèvre Berlin Süd. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.

Unterhalte frühzeitigen Empfehl. Weihnachts-Einkauf.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 18. November:
 Berliner Theater: Neues Schauspielhaus:
 Nachmittags 3 Uhr:
 5./6. Abteilung. 16./17. Abteilung.
Ora et labora
 und **Eine Abrechnung.**

Herbstfest
 Sonnabend, den 24. November.
Russischer Tondichter-Abend.
 Kapelle des Mozartsaals
 60 Musiker.
 Konzertdirektion Eugen Stern.
 Lieder zum Orchester Fräul.
 Grete Steffens.
 Festmarken a 60 Pf. in allen
 Zahlstellen.

Eine Umfrage
 wegen Teilnahme am Besuch
 von
Abend-Vorstellungen
 wird von den Zahlstellen zurzeit bei allen Mitgliedern
 laut Generalversammlungs-Beschluss
 vorgenommen. Alle Mitglieder werden gebeten,
 ihr Votum im Zahlstellenbuch
 eintragen zu lassen.

19. Kunstabend: **Goethe**
 Beethoven
 Mittwoch, den 5. Dezember.

20. Kunstabend: **Liliencron**
 Bierbaum
 Freitag, den 4. Januar.

Freies Kunstheim.
 Flugblätter und Antwortkarten liegen in allen Zahlstellen aus. Die Mitglieder werden ersucht, schleunigst Gebrauch davon zu machen.
 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Steinarbeiter Berlins!

Sonntag, den 18. November, nachmittags 3 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:

Öffentliche Steinarbeiter-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Rehbein** über: „**Sirch und Staat**“.
 2. Diskussion.
 Nach der Versammlung: **Gemütl. Beisammensein mit Tanz.**
 Kollegen! Bringt eure Frauen mit!
 Garderobe 10 Pf. Die Ortsleitung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche. — Gruppe: Zementierer.

Sonntag, den 18. November 1906, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15, Saal I.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Gewerkschaftsführers **Adolf Ritter** über:
 „**Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften.**“
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht aller Kollegen,
 recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Der Gruppenvorstand.

Die Berliner Buchbinder-Innung

hat ihren **Arbeitsnachweis** von Rüdigerstr. 9 nach der
Oranienstraße 105
 vorn im Laden verlegt.

Meister und Gesellen werden hiermit auf diese Einrichtung der Innung
 ganz besonders aufmerksam gemacht und ersucht, nur diesen Arbeitsnachweis
 zu benutzen. Vermittelt werden männliche und weibliche Personen
 für das „Buchbindergewerbe“ und verwandte Berufe, wie Geschäftsbücher,
 Lederwaren, Etuis, Alben, Goldschnitt, Zugschpapier,
 und Kartonnagen-Fabrikation usw.
 Die Geschäftszeit ist von 9 bis 12 Uhr.
 aufträge können persönlich, per Post oder durch den Fernsprecher von 9 bis
 7 Uhr erfolgen.
 Telefon: Amt IV, Nr. 3081.
 Der Vorstand
 der Berliner Buchbinder-Innung.

178/19



Homophon
 Apparate & Platten
 Überall erhältlich.
 Homophon Company
 Fabrik Berlin C. Klosterstr. 76

„Der Hauptmann von Köpenick. Neueste Aufnahme aus: „Der Teufel lacht dazu“ und aus „Tausend und eine Nacht“. 219/19“

Möbel-Fabrik

von **A. SCHULZ,**
 Reichenberger Straße 5
 (gegründet 1878)
 empfiehlt ihr großes Lager nur anerkannt
 gediegener Möbel in jeder Holz- und Stil-
 art von 300, 400, 500, 600 bis 10000 Mk.
 Auch fertige Sofas, Garnituren und
 Matratzen eigener Fabrikation zu äußerst
 billigen Preisen.
 2086L

Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Dienstag, 20. November, abends Punkt 8 1/2 Uhr, in Voekers großem Saal, Weberstr. 17:

Lichtbilder-Vortrag

über: „**Die Abstammung des Menschen.**“ Vortragender: Genosse **Schrittkeller**
 M. H. Daage-Friedrichshagen.
 (Circa 60 Lichtbilder erläutern den Vortrag)

Geselliges Beisammensein.

Nach dem Vortrage:
 Eintrittskarte 25 Pf. (142/16) Garderobe frei!
 Kollegen! Die vollständige, populäre Darstellung des Vortragenden bürgt für eine so notwendige
 Aufklärung in naturwissenschaftlicher Hinsicht. Zeigt durch regen Besuch, daß Ihr diesem Bestreben Verständnis
 entgegenbringt.
 Die **Werkstatt-Delegierten** werden ersucht, am Freitag, abends 7 Uhr, auf das Verkehrs-
 lokal zu kommen, um Eintrittskarten in Empfang zu nehmen, für deren prompten Vertrieb Sie Sorge zu tragen.
 Der Vorstand.

Buggenhagen

Moritzplatz.
 Jeden Donnerstag:
Gustav Gottschalk-Gesellschafts-
Konzert. Walzer u. Operettenabend.



Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
 Theater lebender
 Photographien mit
 abwechselndem
Abnormitäten-Prgr.
 Verbindung mit größter Films-
 Fabrik Frankreichs, daher täglich
 neueste Bilder.
 Den ganzen Tag Vorstellung.
 Otto Pritzkow, Münzstr. 16. 296/17

Arbeiter-Athletenbund Deutschlands

Sonntag, den 18. November 1906, vormittags 10 Uhr,
 im Restaurant **Veteranenstr. 18:**
Gemeinschaftliche Übungsstunde.
 Mittags 1 Uhr:
Delegierten-Sitzung.

Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bundesangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 Gäste willkommen!
NB. Am 8. Dezember 1906 findet unter **1. Stiftungsfest**
 im **Louis Kellers Festsälen**, Stephanstr. 20, statt, und findet
 die Programm- und Plakatausgabe ebenfalls in dieser Sitzung statt.
 Der Vorstand. F. Keller, 1. Vorsitzender.

Das Wunder Berlins

kann man den billigen Einkauf von Winterbekleidung bei „**Blitz**“ bezeichnen.
 Durch Aufkauf sämtlicher Muster und Restbestände einer der größten Fabriken
 sind wir in der Lage, noch nie Dagewesenes zu leisten. Es findet **nur**
Kommandantenstraße 43 der

Total-Ausverkauf

statt und zwar des von der Firma **S. Böhm** gekauften Warenlagers.

| | | |
|-----------|---|---------------------------|
| 285 Stück | teilweise echt engl. Ulster, Wert bis 60 M. | jetzt 23 ⁵⁰ M. |
| 985 | schwarze und grau Double-Paletots | 7 ⁵⁰ M. |
| 650 | grau karierte und gestreifte Mode-Paletots | 9 ³⁵ M. |
| 1400 | glatte und gemusterte Paletots, Ersatz für Maß | 11 ²⁵ M. |
| 950 | hochelegante Sattel-Paletots mit Stulpen | 13 ⁷⁵ M. |
| 500 | mit Watte gesteppte Paletots | 15 ⁵⁰ M. |
| 600 | sehr feine Paletots, auf Seide, halbschwer | 17 ⁰⁰ M. |
| 1000 | Eskimo-Paletots, erstklassige Fabrikate | 19 ⁵⁰ M. |
| 500 | Mode-Paletots, reine Wolle, alle Fassons | 22 ⁰⁰ M. |
| 800 | Herren-Paletots, das Wunder Berlins | 24 ⁰⁰ M. |
| 1000 | Knaben-Paletots, Wert das Doppelte, 8 M., 7 M., 6 M., 5 M., 4 M., | 3 ⁰⁰ M. |

Viele Tausende Herren- und Knaben-Anzüge, Joppen und Hosen

Unsere Läger haben zur Zeit **3/4 Millionen**
 einen Verkaufswert von ca. **3/4 Millionen**
 zu jedem nur annehmbaren Preise.

Blitz 4 Geschäftshäuser 4 Blitz

80 Chausseestraße 80. | 9 Rosenthaler Str. 9 Ecke Auguststraße.
 43 Kommandantenstraße 43, | 137 Gr. Frankfurter Str. 137,
 nahe Moritzplatz. | zwischen Koppen- und Frucht-Straße.
Engrosverkauf nur Rosenthalerstr. 9, Etage.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.
 Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** | Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad**
 Gr. Frankfurterstraße 130. | Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.
Medizinische Bäder aller Art
 in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen
 für Damen und Herren.
2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern
 0,75 Mk. (40 Minuten Badeseit)
 Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Sozialdemokratisch. Wahlverein
 des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
 Am 12. November verstarb unser
 Mitglied, der Schmieb
August Reichert
 (Wilhelmshavenerstr. 19).
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Donnerstag, nachm. 3 Uhr, von
 der Halle des Roobitzer Kranken-
 hauses aus auf dem Heilands-
 Kirchhof in Wilmersdorf statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 226/2 Der Vorstand.

Verein der Zimmerer
Berlins u. Umgegend.
Todes-Anzeige.
 Am 12. d. M. verstarb unser
 langjähriges Mitglied
August Hinze
 (Bathische Gesundheitsbrunnen).
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Donnerstag, nachmittags 2 Uhr,
 vom Trauchhause Kolonnenstr. 127
 aus statt.
 Regte Beteiligung erwartet
 258/6 Der Vorstand.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Kollege **Hilger**
Hugo Zindler
 am 13. November nach kurzer
 Krankheit verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag,
 den 16. November, nachmittags
 um 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle
 des Emmauskirchhofes in Sigdorf,
 Hermannstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 96/16 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Kollege, **Valouisearbeiter**
Fiedelius Deufel
 am 13. November nach kurzem
 Krankenlager verstorben ist
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 18. November,
 mittags 1 Uhr auf dem Friedhof
 in Rantowhof statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 98/17 Die Ortsverwaltung.

Invaliden-Unterstützungskasse
 der
Steindruckerei u. Lithographen.
 Die Beerdigung des am
 13. November verstorbenen Litho-
 graphen
Oskar Schneider
 findet am Freitag, 16. November,
 nachmittags 3 Uhr, von der
 Leichenhalle des neuen Jakob-
 Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.
 27425 Das Komitee.

Am Dienstag, den 13. Novem-
 ber 1906, früh 9 1/2 Uhr, verschied
 nach schwerem Leiden mein
 lieber, unversehrlicher Mann, unser
 Bruder, Schwager, Onkel und
 Schwiegerohn, der Sigarren-
 Industriant **Wilhelm Kiesewetter**
 kurz vor vollendetem 60. Lebens-
 jahre.
 Dies zeigt tiefbetäubt an mit
 der Bitte um stille Teilnahme
 Berlin, den 13. November 1906
Anna Kiesewetter.
 Die Beerdigung findet am Frei-
 tag, den 16. November 1906, nach-
 mittags 3 Uhr, vom Trauchhause,
 Gr. Frankfurter Str. 137, aus nach dem
 Dankekirchhof in der Blumestraße
 statt.

Dankjagung.
 Sage allen Freunden und Be-
 kannten insbesondere dem Personal
 der Firma **Marshall** und dem
 Deutschen Buchbinderverband, für die
 reichliche Unterstützung und Kranz-
 spenden bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes und guten Vaters
 unteren herzlichsten Dank.
 296/22
 und
Wwe. Auguste Hoffmann Tochter.



Gustav
Behrens
Theater,
Berlin O.,
 Frankfurter
 Allee 85.
 Das vollständig neue
November-Programm.
 Neu! Der Hauptmann v. Köpenick. Neu!
 Großer Luffersieg.
 22 Nummern.
 Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 8 1/2 Uhr.

Zur Haus- und Heimarbeiterfrage.

Ein Genosse des Meininger Oberlandes, welcher seinen Wohnsitz in Lauscha hat, besuchte in diesem Jahre die Deutsch-böhmische Ausstellung. Diese Ausstellung war auch von der Produktivgenossenschaft der Hohlperlenzeuger des Gabelzauer Bezirks besucht worden.

Die Produktivgenossenschaft der böhmischen Hohlperlenzeuger wurde im Jahre 1898 gegründet.

„Unsere Genossenschaft hat seit ihrer Gründung alljährig einen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen. Sie vereinigt heute alle Hohlperlen-Lieferanten und Käufer des Isergebirges, soweit sie der Beurteilung einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage fähig sind und soweit sie im Stande sind, eine einwandfreie Perle herzustellen.“

Begründet wurde unsere Genossenschaft, nachdem der Artikel infolge eines unglaublichen Preisdrucks durch Jahre hindurch danielerlag, zur Sanierung der Erzeugung und des Verkaufes der Hohlperlen. Sie hat ihren Hauptzweck, die Arbeitslöhne auf einer solchen Höhe zu erhalten, daß den Perlenarbeitern eine menschenwürdige Lebenshaltung möglich ist, bisher voll erfüllt, und sie ist bahnbrechend geworden für die Sanierung anderer Branchen der Isergebirgs-Haus- und Exportindustrien.

Unter siebenjähriges Erzeugnis beläuft sich, auf die Einheitsgröße Nr. 0 umgerechnet, auf 15 500 000 Bund Perlen, das Bund zu 100 Duzend.

Die Aufbesserung der Arbeitslöhne seit Gründung unserer Genossenschaft hat unserer Arbeiter-Mitgliedschaft bis zum 31. Dezember 1905 einen Mehrerwerb von 3 250 000 Kronen gebracht. In dieser Ziffer kommt also der bisherige wirtschaftliche Effekt unseres Unternehmens zum Ausdruck.“

Gablonz a. N., 16. Mai 1906.

Die Zahl der Mitglieder beträgt 1803. Davon sind 592 männlichen, 1271 weiblichen Geschlechts.

Die Einzahlungen und das Guthaben der Mitglieder betrug am 31. Dezember 1905 110 341,71 Kronen.

Die Genossenschaft lieferte ihren Mitgliedern im letzten Geschäftsjahre für 54 000 Kronen Rohmaterial.

Der gesamte Umsatz in den sieben Geschäftsjahren betrug 16 914 371,67 Kronen.

Die besseren Existenzbedingungen der Mitglieder kommen in den Steuerjahren zum Ausdruck.

In den Jahren 1900/01 wurden 4349,10 Kronen, 1904/05 20 926,41 Kronen an Steuern gezahlt.

Gegen Krankheit hat die Genossenschaft ihre Mitglieder seit dem 1. August 1904 bei einer Krankenkasse versichert. Die Hälfte der Krankentafelbeiträge zahlt die Genossenschaft, die andere Hälfte die Mitglieder.

An Krankentafelbeiträgen wurden im letzten Jahre (1905) über 20 521 Kronen gezahlt. Die Zahl der versicherten Mitglieder betrug durchschnittlich 1 682 — männlich 419, weiblich 1243.

Die Genossenschaft hat auch einen freiwillig an Jungmännern statt erinnernden einschränkenden Einfluß auf die Lehrlingszucht ausgeübt. Der Bericht konstatiert mit Genehmigung, daß gegenwärtig die Lehrlingsaufnahme sich nur noch auf die Familienangehörigen beschränkt und daher die Zahl der Lehrlinge um die Hälfte gesunken ist.

Der Bericht mag als ein schönes Zeugnis der genossenschaftlichen Arbeit angesehen werden können. Aber es müssen auch in dem böhmischen Isergebirge für Produktivgenossenschaften besonders günstige Vorbedingungen vorhanden gewesen sein. Leider sagt der Bericht aber nichts, über die Wohnungsverhältnisse und insoweit Kinderarbeit bei Erzeugung beteiligt ist. Doch davon später.

Auffallend ist die geringe Zahl der Lehrlinge, welche die Fortbildungsschule besuchen, es sind nur neun.

Unser Genosse schreibt nun: „Bei uns im Lauschaer Bezirk werden ebenfalls solche Hohlperlen erzeugt, sowie Christbaumkugeln, Menschen-, Tier-, Puppen- und Figurenfiguren, ferner im Sonneberger Bezirk die Spielwaren. Von einer näheren Schilderung des Heimarbeiterlebens will ich absehen. Leider ist es eine bekannte Tatsache, daß die Heim- und Hausarbeit fast immer mit überlanger Arbeitszeit, Kinderausbeutung und Unterernährung Hand in Hand geht.“

Die gleichen Begleiterscheinungen lassen sich feststellen, wo die Haus- oder Heimarbeit die Erwerbsquelle bildet, gleichviel in welcher Gegend oder in welcher Branche. Es ist entsetzlich, wie Kaufleute und Käufer an diesem Elend gefühllos vorübergehen. Krankheiten und frühzeitiger Tod sind die Folgen dieser traurigen Erwerbsverhältnisse. Um das Elend zu beseitigen, erscheint mir der Weg, den die Gabelzauer Hohlperlenarbeiter eingeschlagen haben, der richtige zu sein, nur müßte bei uns die Produktivgenossenschaft wie folgt eingerichtet sein.

Erstens, müssen Zentralmusterlager eingerichtet werden. Sollen die Arbeiter nicht freiwillig Muster ihres Produktes liefern, so müssen sie durch gesetzliche Zwang dazu veranlaßt werden.

Zweitens müssen Wiederverkäufer oder Käufer ihre Ordere bei dem Musterlager resp. dessen Leitung aufgeben, diese gibt dann die Ordere an die Arbeiter weiter.

Drittens dürfen die Kaufleute oder Käufer nicht mit dem einzelnen Arbeiter über Preise oder sonstige geschäftliche Dinge verhandeln. Der Arbeiter hat sein Produkt an die Zentrale abzuliefern und werden die Bestellungen dann von dieser effektiert.

Durch diese Einrichtung würde der Preisdruck durch die Kaufleute ein Regel vorgegeben. Ferner könnte die Genossenschaft durch Lieferung von Rohmaterialien an die Heimarbeiter deren Existenzbedingungen ebenfalls verbessern.

Die für die Genossenschaft notwendige Staatshilfe würde sich schon durch die größere Steuerkraft von selbst bezahlt machen. Ich habe es als meine Aufgabe betrachtet, unsere Volkvertreter auf die Errichtung solcher Regien aufmerksam zu machen. Der Zweck dieser Reilen wäre erfüllt, wenn diese Anregung auf fruchtbaren Boden fielen.“

Den Weg, welchen unser Genosse zur Beseitigung des Heimarbeiterlebens geben will, scheint uns nicht gangbar.

Abgesehen davon, daß er nur einem kleinen Bruchteil der Haus- und Heimarbeiter, selbst des Meininger Oberlandes, eine kleine Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse bringen kann, falls sein Vorschlag in der gegenwärtigen Gesellschaft durchgeführt würde, findet sich keine deutsche Regierung, die geneigt wäre, eine solche Zwangs-Produktivgenossenschaft mit staatlicher Kapitalhilfe zu bilden.

In Steinach hat ja die Meininger Regierung in der Größel- und Schieferindustrie den Staatsbetrieb eingeführt. Es muß anerkannt werden, daß manche Besserungen des Betriebes durchgeführt worden sind, aber im wesentlichen sind die Existenzbedingungen der Arbeiter nicht besser als in der Privatindustrie. Es ist ja bekannt, daß die Staatsbetriebe die Lohn- und sonstigen Existenzbedingungen

ihrer Arbeiter so einrichten, daß sie dem Privatunternehmer keine Konkurrenz machen. Der nahezu einzige Unterschied ist, daß der Staat den Profit einheimst, den sonst der Unternehmer in die Tasche steckt.

Der naive Glaube, daß sich in der Gegenwart eine Regierung finde, die Produktivgenossenschaften mit staatlichem Kapital und unter staatlichem Zwange bildet, um so die Privatausbeutung brach zu legen, ist mit den tatsächlichen Verhältnissen unvereinbar.

Die Genossenschaft müßte sich aus freiwilligen Mitgliedern bilden und dies hat doch keine schwerer zu überwindenden Schwierigkeiten. Einmal in der Kapitalfrage und das andere Mal in der Vielseitigkeit des Produktes.

In Böhmen sind es nur Hohlperlen, also ein bestimmter einheitlicher Produktionsgenre, aber im Lauschaer Bezirk spielt die Hohlperlenproduktion eine nur untergeordnete Rolle. Dagegen werden eine Unsumme anderer Artikel und noch vielfach Artikel, deren Konsum sich nur auf kurze Perioden des Jahres beschränkt, erzeugt. Diese Vielseitigkeit der Produktion schafft aber Schwierigkeiten, deren Tragweite kaum zu übersehen ist. Es gehört ein bedeutendes Kapital dazu, um die an der Genossenschaft beteiligten Arbeiter das Jahr über zu beschäftigen und deren Produkte zu bezahlen. Wo soll aber das Kapital bei der notorischen Armut der baldbelebten herkommen? Dieses Kapital durch Spareinlagen zu schaffen, ist unmöglich.

Dr. C. Sachs und Oskar Stille haben in ihren Schriften bereits auf die Schwierigkeit hingewiesen, daß ein kleiner Fabrikant — Hausindustrieller — sich zum Großkaufmann und Exporteur entwickeln kann. Mit Argusaugen wacht der herrschende Mangel der Großkaufleute und Exporteure darüber, daß kein Hausindustrieller mit der Kundschaft in direkter Geschäftsverbindung tritt. Wehe dem Kleinrentner, der es dennoch wagt, die Zwischenhändler mal auszuscheiden, er könnte lange auf Bestellzettel warten und damit wäre sein Schicksal besiegelt. Genau so und nicht anders ginge es der angeregten Genossenschaft. Die Genossenschaft dürfte damit rechnen, daß kein Mittel gesucht würde, sie existenzunfähig zu machen. So gut gemeint der Vorschlag des Lauschaer Genossen ist, er würde an den harten Tatsachen der vorhandenen Verhältnisse scheitern. Aber selbst wenn dies nicht der Fall wäre, schreibt uns ein mit den dortigen Industrieverhältnissen genau bekannter Genosse, verspreche ich mir keinen besonderen Nutzen für die Heimarbeiter davon. Vor allen Dingen müßten die kleinen Hausindustriellen und Heimarbeiter des Thüringer Waldes den Fabrikanten- oder Selbständigkeitsdünkel ablegen. So lange dieser falsche Wahn vorherrschend ist, werden sie schwer zu irgend welcher gewerkschaftlichen Organisation zu haben sein. Die Unternehmer wissen dies sehr genau, darum hegen und pflegen sie diesen Wahn, so lange sich jeder Heimarbeiter einbildet, ein kleiner Fabrikant — die Bezeichnung ist geradezu Hohn — zu sein, so lange blüht der Weizen der Großkaufleute.

Raum beginnt die baldbelebten den Wert der gewerkschaftlichen Organisation zu schätzen, indem sich überall nach langjährigen Mühen der bekannten Genossen im Sonneberger Bezirk gewerkschaftliche Organisationen bilden. Mögen die Heim- und Hausarbeiter mit derselben Energie, die sie in politischer Richtung entfalten, für die gewerkschaftliche Organisation wirken und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Den Weg, die Heimarbeit einzuschränken und, soweit dies möglich, ihre Existenzbedingungen zu bessern, hat unsere Fraktion mit ihrem Gesetzentwurf, welcher dem Reichstage vorliegt und wohl demnächst zur öffentlichen Verhandlung kommt, gezeigt.

Die Parole aller Menschenfreunde muß aber heißen: Hin- aus mit dieser Erwerbsarbeit aus den Wohnräumen der Armen, hinein mit der Arbeitsberriatung in besondere Werkstätten und Fabriken. So lange die Haus- und Heimarbeit betrieben werden darf, wird die schändliche unkontrollierbare Kinderausbeutung, die unendlich lange Arbeitszeit und das damit verbundene Elend nicht beseitigt werden.

Partei-Angelegenheiten.

Spandan. Am nächsten Freitag findet bei Kuntze, Schönwalderstraße, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Wahl eines ersten Vorsitzenden. Bericht von der Buchhandlung. Bericht vom Parteitag. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Von der kommunalen Wohltätigkeit.

Die Stiftungsdeputation des Magistrats gilt manchem Bedürftigen als die Retterin, die ihn mit einem einzigen Federstrich aus aller Not befreien kann. Es ist wahr, die von ihr verwalteten zahlreichen Stiftungen haben einen beträchtlichen Wert. Auch im letzten Etatsjahr, über das die Stiftungsdeputation jetzt berichtet, hat der Gesamtbetrag sich durch neue Zuwendungen wieder erhöht, so daß am Jahresabschluss ein Stiftungsvermögen von zusammen 32 Millionen Mark vorhanden war. Nicht mitgezählt sind hierbei die Stiftungen, die von der Armen-direktion, von der Reisendeputation, von der Schuldeputation usw. usw. verwaltet werden. 32 Millionen Mark, das klingt statisch genug. Zu Unterhaltungen sind aber selbstverständlich nur die Zinsen verfügbar. Wie viel oder wie wenig sie betragen, das verschweigt der Bericht der Stiftungsdeputation. Wenn man berücksichtigt, daß bei vielen Stiftungen der Zinsvertrag noch auf lange Zeit hinaus grünteils oder gänzlich durch Zahlung von Renten an Hinterbliebene der Stifter aufgebraucht wird, so kann man zu der Vermutung gelangen, daß der für Unterhaltungen übrig bleibende Rest noch keine Million Mark ausmacht. Das wäre wirklich nicht viel für eine Zweimillionenstadt wie Berlin.

Bei so beschränkten Mitteln ist die Stiftungsdeputation keineswegs in der Lage, mit vollen Händen Geld über die Bedürftigen auszutreten. Hierzu langt es bei ihr um so weniger, da Jahr für Jahr eine gewaltige Zahl von Bittgesuchen eingeht. Im letzten Jahre belief sich die Zahl der Gesuche auf 21 086. Gewöhnlich entfallen die meisten auf Oktober, November, Dezember, die allermeisten regelmäßig auf November. Diesmal waren Oktober, November, Dezember mit 2684, 3371, 2331 Gesuchen beteiligt. Da sind natürlich die Aussichten, von der Stiftungsdeputation etwas zu bekommen, nicht sehr groß. Wieviel Gesuche bewilligt wurden, darüber bringt der neueste Bericht der Stiftungsdeputation zum ersten Male eine übersichtliche Zusammenstellung. Bewilligt wurden 7141 Gesuche, rund ein Drittel aller. Der Bericht fügt hinzu, etwa ein zweites Drittel sei abgelehnt worden, weil die Ortsangehörigkeit fehlte, oder weil keine wirkliche Notlage bestand, oder weil vermögende Kinder vorhanden waren, oder weil ein Notstand vorlag, für den die der Stiftungsdeputation zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichten. Die übrigen Gesuche habe die Deputation

zurückgewiesen, weil die Bittsteller schon gesetzliche Armenunterstützung bezogen, oder weil sie befristet waren. „Wir können also,“ so behauptet der Bericht, „zu unserer Genug-tuung sagen, daß wir in fast allen geeigneten Fällen haben helfen können.“ Diese Angaben wären brauchbarer, wenn über die Gründe der Abweisung gleichfalls bestimmte Zahlen mitgeteilt worden wären. Beispielsweise müßten wir gern, wie viele Gesuche abgewiesen wurden, weil die Ortsangehörigkeit fehlte, wie vielen Bedürftigen die Hilfe verweigert wurde, weil zur Linderung ihrer Not der Stiftungsdeputation die Mittel fehlten, und so weiter.

Uebrigens darf auch von den 7141 bewilligten Gesuchen nicht etwa angenommen werden, daß die Beihilfen in der Regel erheblich waren. In 2039 Fällen handelte es sich lediglich um Gewährung von je 1000 Stück Pflanzkohlen, die einen Wert von je 8—10 M. darstellen. In 249 anderen Fällen wurden zur Beschaffung von Feuerung je 12 M. gezahlt. 355 mal wurde Mietsbeihilfe aus der Stottwitz-Stiftung gewährt. 238 Personen erhielten eine laufende Unterstützung neu bewilligt, so daß am Jahres-schluss 1212 laufende Unterstützte vorhanden waren, und an 4085 Personen wurde eine einmalige Unterstützung gezahlt. Dazu kamen noch 168 Stipendien und 7 Aussteuerbeihilfen. Die Beträge hielten sich besonders bei den einmaligen Unter-stützungen meist auf bescheidenen Höhe. Der Bericht selber sagt, man habe „die einzelnen Gaben stets genau be-messen müssen“, um möglichst vielen helfen zu können. Wirk-lich aufgeholfen hat die Stiftungsdeputation wahr-scheinlich nur sehr wenigen.

Die Anmeldungen zur Pflichtfortbildungsschule sind noch nicht abgeschlossen, täglich werden noch Lehrlinge, Arbeitsburschen usw. in bedeutender Zahl aufgenommen. Unter den Nachzählern befinden sich namentlich viel Schulpflichtige, die erst jetzt von außerhalb zu-gesogen sind und daher in Berlin recht wenig Bekantheit wissen. Wie und von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind auch Meister und sonstige Arbeitgeber mit dem Einschulungsverfahren und der Ab-grenzung der Schulbezirke nicht durchweg so vertraut, daß sie die jungen Leute mit zutreffenden Weisungen versehen könnten. Daraus entstehen oft für die Lehrlinge viele unnötige Gänge und namentlich für die Arbeitgeber mancherlei Zeitverluste und aus alledem ent-springt Ärger und Verdruß über die Schuleinrichtung überhaupt. All diese Unannehmlichkeiten könnten vermieden werden, wenn die geltenden Vorschriften in jedem einzelnen Falle beachtet würden. Wir bringen aus diesem Grunde die Bestimmungen über die Ein-schulung und die Lage der Schulbureaus in den einzelnen Bezirken noch einmal zur Kenntnis unserer Leser.

Die Anmeldung erfolgt nicht in dem Bezirk der Wohnung, sondern stets in dem der Geschäftsstelle des Lehrherrn oder Arbeit-gebers. Wer z. B. in S. wohnt, aber in SO. beschäftigt ist, meldet sich nicht in S., sondern in SO. Anmeldestellen sind für diejenigen welche beschäftigt sind:

1. in Berlin SW. und W. (mit Ausnahme der Bezirke zwischen Königgräberstraße, Krausenstraße und Unter den Linden, welche zur Fortbildungsschule IV gehören): bei Herrn Direktor Dageförde, SW., Bartenburgstr. 12;
 2. in Berlin S.: bei Herrn Direktor Kandelers, S., Wasserfor-strasse 4;
 3. in Berlin SO.: bei Herrn Direktor Fechner, SO., Götter-strasse 51;
 4. in Berlin C. (mit Ausnahme der Bezirke von C. nördlich der Stadtbahn bis zur Linie Königstraße—Neue Königstraße, welche zur Fortbildungsschule VII gehören) und ferner in Berlin W. zwischen Königgräberstraße, Krausenstraße und Unter den Linden: bei Herrn Direktor Behm, C. Niederwallstraße 7;
 5. in Berlin O.: bei Herrn Direktor Strauß, O. Langestraße 31;
 6. in Berlin NO.: bei Herrn Direktor Schulze, NO. Georgen-sträßchen 2;
 7. in Berlin C. — nördlich der Stadtbahn bis zur Linie König-straße—Neue Königstraße—Berlin N.—Trummestraße und östlich von ihr bis zur Stettiner Bahn —: bei Herrn Direktor Sanghoff, N., Greisenhagenerstraße 78/82;
 8. und 10. in Berlin NW. — Roabit — und N. — Wedding und Gesundbrunnen —: bei Herrn Direktor Frauendienst, NW. Bremerstr. 13/17;
 9. in Berlin NW. — zwischen Unter den Linden, Königsplatz, Alsenstraße, Heidestraße einschließlich — und in Berlin N. — bis zur Bogen- und Liefenstraße einschließlich, und jenseits der Stettiner Bahn bis an die Trummestraße, letztere ausgeschlossen —: bei Herrn Direktor Haumann, N. Friedrichstr. 196.
- Die Herren Direktoren halten ihre Sprechstunden in den be-zeichneten Schulen ab: am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 4—5 Uhr, ihre Bureaus sind wochentäglich von 1—8 Uhr nachmittags geöffnet.

Kinder auf der Schaubühne.

In der Zeit um Weihnachten herum werden in manchen Theatern Berlins sogenannte Kinderdarstellungen veranstaltet. Die Kinderwelt sieht ihnen mit ungeduldigem Verlangen entgegen — diejenigen Kinder, deren Eltern es dazu haben, für sie einen Theaterbesuch zu bezahlen, und nicht weniger die anderen Kinder, die auf der Bühne als Statisten verwendet werden.

Diese „anderen“ werden natürlich aus dem Nachwuchs milder zahlungsunfähiger Leute genommen. Manchem gibt die Mitwirkung auf der Bühne die einzige Gelegenheit, auch mal was vom Theater zu sehen — und im übrigen bringt das Vergnügen sogar noch ein paar Groschen Verdienst, die den Eltern sehr erwünscht sind. Da leider auch in den Kinderdarstellungen ein blöder und mitunter geradezu blödsinniger Ausstattungsprunk aufdringlich sich breit macht, so ist der Bedarf an Statisten kindlichen Alters nicht gering. Aber das Angebot hält sich auf gleicher Höhe mit der Nachfrage, und die Statistensucher brauchen nicht über Mangel an Arbeitskräften zu klagen.

Einige Schwierigkeiten erwachsen dieser Verwendung von Kindern nur aus dem Kinderschutzgesetz, das wir seit einigen Jahren haben. Das Kinderschutzgesetz bestimmt in § 6: „Bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und anderen öffent-lichen Schaustellungen dürfen Kinder nicht beschäftigt werden.“ Derselbe § 6 macht aber den einschränkenden Zusatz: „Bei solchen Vorstellungen und Schaustellungen, bei denen ein höheres Inter-esse der Kunst und Wissenschaft obwaltet, kann die untere Verwal-tungsbehörde nach Anhörung der Schulaufsichts-behörde Ausnahmen zulassen.“ Die Bestimmungen dieses § 6 gelten nicht nur für „ferme Kinder“, sondern finden nach § 15 Anwendung auch auf die Beschäftigung „eigener Kinder“. Als „Kinder“ im Sinne dieses Gesetzes gelten nach § 2 alle Kinder unter dreizehn Jahren, sowie diejenigen über dreizehn Jahre alten Kinder, die nach zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind.

Die meisten der Eltern, die ihre Kinder zum Statistendienst hergeben, dürften von den angeführten Vorschriften des Kinder-schutzgesetzes keine Ahnung haben. Dagegen werden diese den Organen der Schule, auch den Direktoren und Lehrern, hinreichend bekannt sein. Von den Theaterleitern und auch von den Statisten-führern müssen wir gleichfalls annehmen, daß sie mit den gesetz-lichen Bestimmungen über die Mitwirkung von Kindern auf Schau-bühnen vollständig vertraut sind. Wenn Schule und Theater nach den Bestimmungen des Gesetzes verfahren, so müßte unseres Er-achtens ein Konflikt zwischen Schule und Haus, wie

Er um diese Frage kürzlich in dem Stadteil vor dem Galleischen Tor entstanden ist, unmöglich sein.

Ein Theater dieses Stadteils beschäftigt Kinder als Statisten in einer Nachmittagsvorstellung, für die die „untere Verwaltungsbehörde“ das durch das Kinderschutzgesetz zur Bedingung gemachte „höhere Interesse der Kunst“ vermutlich anerkennt. Ob die „untere Verwaltungsbehörde“ überhaupt gefragt und von ihr die Schulaufsichtsbehörde angehört worden ist, das entzieht sich unserer Kenntnis. Zwar ist es undenkbar, daß die Theaterleitung nicht getan haben sollte. Aber dann verstehen wir nicht, wie der Rektor Neumann, der die 101. Knaben-Gemeinschaft (Gneissaustraße) leitet, dazu gelangt ist, den vom Theater bereits angemeldeten Kindern die Mitwirkung zu untersagen und für etwaige Übertretung dieses Verbotes Prügel anzubringen. Einige Knaben machten Herrn Neumann darauf aufmerksam, sie hätten doch schon die Proben mitgemacht. Aber Herr Neumann erwiderte, es bleibe bei dem Verbot, und er werde wissen, was er zu tun habe.

Ungeachtet aller Drohungen des Rektors gingen die Jungen zur Aufführung und spielten ihre Rolle als Statisten. Als der Rektor das erfuhr, brach über die Frevler das Strafgericht herein. An einem Vormittag manderle er durch die Klassen und verwickelte mit seinem Rohrstock die Jungen, einen nach dem anderen. Es wird erzählt, er habe etwa zwei Dutzend Jungen auf diese Weise abgestraft — doch legen wir auf die Zahl kein Gewicht. Nebenbei bemerkt: Diese Maßregelung zeigt, daß die Anforderungen, die an einen Schulpädagogen gestellt werden, mitunter doch recht eigenartig sind. Nicht jeder brächte fertig, was Rektor Neumann fertig gebracht hat.

Eine Reihe Fragen drängen sich uns hier auf. Hatte der Theaterleiter für die angemeldeten Kinder die Beschäftigungserlaubnis, oder hatte er sie nicht? Wenn er sie nicht hatte — warum ließ er sich einfallen, sie zu beschäftigen? Wenn er aber die Erlaubnis bereits hatte — warum wurde sie während der Proben wieder zurückgezogen? Auch das ist uns nicht klar, von wem das Mitwirkungsverbot ausging. Von der Polizeibehörde samt der Schulaufsichtsbehörde? Oder nur vom Rektor? Nicht nur unter den beteiligten Jungen, sondern auch unter den Eltern entstand die Annahme, es handle sich um eine Laune des Rektors. Und da man der irrigen Meinung war, es gehe die Schule nichts an, was die Kinder außerhalb der Schule treiben, so blieb dann das Verbot unbeachtet.

Der Herr Rektor hätte sich und seinem Rohrstock die anstrengende Prügelarbeit ersparen können, wenn er zu rechter Zeit sich hinreichend bemüht hätte, die Eltern darüber aufzuklären, warum die Mitwirkung ihrer Kinder auf der Bühne nicht zulässig sei. Es genügt nicht, daß man kommandiert und dann zuhört. Dieses Verfahren erscheint doppelt bedenklich, wo die Kinder auf ausdrückliche Anweisung der Eltern gehandelt hatten. Die Beziehungen zwischen Schule und Haus werden wahrlich nicht gefördert, wenn auf Kinder losgehauen wird, weil sie ein Verbot der Schule übertreten haben, das die Eltern für einen Eingriff in ihre eigenen Rechte hielten, und sie einem Befehl der Eltern gefolgt sind, den vielleicht die Rot erzwingt.

Unser Stellung zur Frage der Kinderarbeit ist bekannt. Im Widerspruch mit den böswilligen Mißdeutungen vorzubeugen, wollen wir hier noch einmal ausdrücklich erklären, daß wir die erwerbende Arbeit schulpflichtiger Kinder grundsätzlich verwerfen. Aber dieses Problem läßt sich denn doch nicht so einfach lösen, wie der Herr Rektor sich das vorzustellen scheint. Ein Vater, dem er zwei Jungen wegen ihres Stillsitzens geprügelt hatte, schrieb ihm, er habe jetzt nur 18 W. Wochenlohn und müsse vier Jungen ernähren. Erst da scheint dem Rektor die Erkenntnis aufgedämmert zu sein, warum dieser und jener seinem Befehle getrotzt haben mochte. Dem Ueberbringer des Briefes erwiderte er: „Ja, jetzt ist es zu spät!“ Jetzt hatten nämlich die Jungen ihre Prügel längst weg.

Aus der städtischen Verwaltung.

Die Deputation für die Kanalisation und Rieselfelder hat in ihrer letzten Sitzung das Gesuch des Vereins „Hoffnungstal“, ihm eine am Richowsee gelegene Parzelle von 20 Morgen zu verkaufen, abgelehnt.

Auf Antrag des Stadts. Vorworts wurde beschlossen, neben den Flächen in Blankenfelde und auch den Gutspark und die angrenzende Wiese in Birkenfeld als Ferienplatz der Turn- und Bade-Deputation zur Verfügung zu stellen.

Seitens der Arbeiterausschüsse waren eine Reihe von Anträgen gestellt. Für Abholung des Lohnes am Zahlungstage soll eine Entschädigung gezahlt werden. Beschlossen wurde, den Lohn während der Arbeitszeit auszusahlen. Die Anschaffung von wasserdichten Jacken wurde, weil unpraktisch (?) abgelehnt. Es sollen bei starkem Regen die Kolonnen einrücken. Der Antrag, die Bassins in den Pumpstationen nachts von Papier usw. reinigen zu lassen, wurde ebenfalls abgelehnt. Den Leuten soll Zeit zum Baden gegeben und ein weiterer Dienstausgang zum Umkleiden gegeben werden. Der Arbeiterausschuß der fünften Betriebsinspektion hatte beantragt, den Holzern und Bassinarbeitern auch während der Nachtarbeit, die zwölf Stunden dauert, eine zweistündige Ruhepause zu gewähren. Nach den Darlegungen der Verwaltung soll diese Nachtarbeit nur leicht sein, und die Holz- und Bassinarbeiter sollen sich gegenseitig abhelfen. Auch diesem Antrage wurde nicht stattgegeben. Einige Anträge, die Kanalarbeiter betreffend, wurden der Betriebsleitung zur Freilegung überwiesen.

Die Kleinbahn, welche jetzt von Buch nach dem neuen Vorwerk Birbusch gebaut wird, soll bis Schmechdorf verlängert werden. Schmechdorf muß um deswillen näher an Buch herangezogen werden, weil dort eine große Schweinmälzerei eingerichtet ist, in welcher die Speiserstände aus den Anstalten in Buch versüttelt werden. Ferner muß Schmechdorf zur Milchlieferung für diese Anstalten herangezogen werden, da Buch und Birbusch so viel Ruhe (5—600) nicht stellen kann.

Die Petitionen der Arbeiter im Kanalbetrieb und auf den Rieselfeldern wurden zur nächsten Sitzung, am 21. 11. 06, vertagt.

Die Gasdeputation beschloß in ihrer letzten Sitzung, in der Anstalt IV, Danksprüche, beweise den Kennzeichen für die Hofarbeiter einzuführen. Sollte sich dieser Versuch bewähren, dann soll auf allen städtischen Gasanstalten die Arbeitszeit der Hofarbeiter auf neun Stunden herabgesetzt werden. Die Probezeit soll drei Monate dauern.

Die Beratung über eine Aufbesserung der Löhne der Gasarbeiter wurde vertagt. Es lag eine Petition der städtischen Arbeiter vor, die Löhne um 50 Pf. pro Tag zu erhöhen; dem gegenüber schlug die Direktion vor, dem Magistrat eine allgemeine Erhöhung um 5 Proz. zu empfehlen. Beide Anträge fanden keinen Anklang bei der bürgerlichen Majorität. Man betonte, die Löhne der städtischen Gasarbeiter seien höher als die Löhne in anderen städtischen Betrieben und höher als in der Privatindustrie. Es läge kein Grund vor, eine allgemeine Erhöhung vorzunehmen, es könne sich nur darum handeln, einzelne Arbeitergruppen, die besonders unglücklich gestellt sind, im Lohne aufzuheben. Die Direktion wurde beauftragt, zur nächsten Sitzung entsprechende Vorschläge zu machen.

Die Park- und Gartenverwaltung beriet in ihrer letzten Sitzung über die Löhne der städtischen Gärtner und Parkarbeiter. Die Deputation einigte sich dahin, den Anfangslohn für Gärtner (Hollarbeiter) auf 4 M. festzusetzen mit einer Scala von 25 Pf. von 2 zu 8 Jahren, bis der Höchstlohn von 5 M. erreicht ist. Für vollbeschäftigte Arbeiter soll der Anfangslohn 3,50 M. betragen mit einer Scala von 25 Pf. pro Tag von 3 zu 8 Jahren, bis zur Erreichung des Höchstlohnes von 4 M. Nicht vollbeschäftigte Gärtner erhalten 4 M. pro Tag, nicht vollbeschäftigte Arbeiter 3,50 M. pro Tag, ohne Lohnskala. Die tägliche Arbeitszeit soll in Zukunft 10 1/2 Stunden betragen, und zwar von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, mit 1 1/2 stündiger Mittags- und je 1/4 stündiger Frühstücks- und Vesperpause. Für alle an Sonn- und Feiertagen wirklich geleistete Arbeit soll ein Zuschlag von 100 Proz. für

Nachtarbeit von 50 Proz., und für Arbeit nach Feierabend 25 Proz. gezahlt werden. Die Beschlüsse wurden unter dem Vorbehalt gefaßt, wenn der Magistrat für Arbeiter in anderen städtischen Betrieben über den hier festgesetzten Anfangslohn hinausgeht, die erhöhten Löhne auch für die Gärtner und Parkarbeiter ohne weiteres zur Einführung zu bringen sind. Das Anfangsgehalt der eintägig angestellten Gärtner wird in Zukunft 1850 M., das Höchstgehalt, nach 24 Jahren erreichbar, 2000 M. betragen, ebenso wurde in eine anderweitige Regelung der Gehälter der Obergärtner eingetreten. Ferner stimmte die Deputation dem umgeänderten Projekte der Anlagen auf dem Alexanderplatz (vor der Verolina) zu und wurde beschlossen, dasselbe dem Magistrat resp. der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Der Platz vor der Jerusalemer Kirche soll mit gärtnerischen Anlagen versehen werden.

Der Stadtvordereauschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage betreffend eine revidierte Umsatzsteuer und eine Wertzuwachssteuer trat in seiner gestrigen fünften Sitzung in die Spezialberatung dieser Steuerentwürfe ein.

Mit der Umsatzsteuer haben die Grundbesitzer sich anscheinend abgefunden und da die Vorlage nur Änderungen vorschlägt, welche durch das neue Reichs-Einkommensteuergesetz und die inzwischen ergangene Judikatur notwendig oder wünschenswert geworden sind, so verließ die Beratung dieses Entwurfs ziemlich glatt.

Ganz anders steht es bei der Wertzuwachssteuer. Hier setzte der Widerstand der Grundbesitzer mit aller Kraft und Macht und einer Fähigkeit ohnegleichen ein, und es waren für den Fall, daß das Prinzip einer Besteuerung des unverbundenen Wertzuwachses beim Grundbesitz angenommen werden sollte, zwei Anträge eingebracht, dazu bestimmt, der Vorlage „die Bistähne auszubrechen“, sie für die Haus- und Grundbesitzer harmlos zu machen.

Der eine dieser Anträge, dessen Beratung fast die ganze Sitzung ausfüllte, verlangt, daß, wenn vom Verkäufer oder Käufer für das zu veräußernde Grundstück eine Wertzuwachssteuer zu entrichten ist, dieser letztere Betrag bei der zu zahlenden Umsatzsteuer in Anrechnung gebracht und wenn der Betrag der zu zahlenden Wertzuwachssteuer den Betrag der Umsatzsteuer übersteigt, letztere überhaupt nicht erhoben werden soll. Vergebens mühten sich unsere Genossen, nachzuweisen, daß schon aus theoretischen Gründen eine solche Anrechnung der Umsatzsteuer auf die Wertzuwachssteuer und umgekehrt unhaltbar sei. Vergebens war ihr Hinweis darauf, daß in praktischer Hinsicht der Antrag zu den größten Ungerechtigkeiten führen würde. Darz. B. jemand das Grundstück, sein Grundstück mit großem Gewinn zu verkaufen, so zahlt er keine Umsatzsteuer, weil diese Steuer auf die Wertzuwachssteuer in Anrechnung kommt; verkauft er aber ohne Gewinn oder mit Verlust, muß die volle Umsatzsteuer entrichtet werden. Aber Gründe verdingen natürlich nicht. Die Majorität sah, daß der Antrag der Hausbesitzer große materielle Vorteile bringt und das genügt. Mit 7 gegen 6 Stimmen gelangte der Antrag zur Annahme.

Interessant und kennzeichnend ist noch die Tatsache, daß der anwesende Kammerer, dem durch die Annahme des Antrages ein dicker Strich durch seine Vorlage gemacht wurde, es nicht für nötig hielt, auch nur ein Wort zur Verteidigung der Magistratsvorlage zu äußern!

Berliner Entfernungen von der Arbeitsstätte. Eine interessante Umfrage hat die Filialverwaltung Berlin des Verbandes der Kupfer- und Eisen-Deutsche in Deutschland bei ihren Mitgliedern veranstaltet, deren Ergebnisse für die Berliner Arbeitsverhältnisse überhaupt typisch sein dürften. Die zu beantwortenden Fragen lauteten:

1. Wieviel Zeit braucht der Kollege, um von seiner Wohnung zur Werkstatt zu gelangen?
2. Welche Fahrgelegenheit wird von ihm benutzt?
3. Welche Unkosten entstehen daraus wöchentlich?

Antworten gingen ein aus 57 Betrieben, in denen 372 Arbeiter beschäftigt waren. Von diesen nutzten 242 des Morgens und Abends Fahrgelegenheit benutzen, und zwar 192 die Eisenbahn, 110 die elektrische Straßenbahn und 3 den Omnibus. Die zu diesem Zweck gelieferten Fahrkarten kosteten wöchentlich für 21 Arbeiter 30—50 Pf., für 48: 60—100 Pf., für 125: 1,10—1,50 M., für 31: 1,60—2,00 M., für 8: 2,20—2,30 M., für 1: 3,20 M. und für 2: 5,30 M., im Durchschnitt 1,20 M. Die Zeit, die gebraucht wurde, um zu Fuß oder mit einem der genannten Verkehrsmittel nach der Arbeitsstätte und zurück zu gelangen, betrug von 10 Minuten bis zu 4 1/2 Stunden, im Durchschnitt 80 Minuten. Bei der in Berlin üblichen Mittagspause von 1 Stunde ist es daher nur dem kleinsten Teil der Arbeiter möglich, ihre Mittagsmahlzeit zu Hause einzunehmen. Der „Kupferschmied“ nimmt die Zeit von 90 an. Die übrigen müssen, wenn ihnen das Essen nicht gebracht wird, was bei diesen Entfernungen doch auch nur in einem kleinen Teil der Fälle möglich ist, zu Mittag kaltes Butterbrot essen oder ihre Mahlzeit in einer Restauration einnehmen, was entweder eine Schädigung der Gesundheit oder eine empfindliche Mehrausgabe bedeutet. Letztere ist ungefähr auf 1,50—2,00 M. pro Woche anzusetzen.

Durch die weiten Berliner Entfernungen werden also die Ausgaben der Arbeiter unter gleichzeitiger Verlängerung ihrer Arbeitszeit wesentlich erhöht, ein Grund mehr, für Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten.

Der Verdienst der Blinden. Die Blindenanstalt der Stadt Berlin hat nicht nur den Zweck, den Blinden im schulpflichtigen Alter Unterricht zu gewähren und ihnen nach Vollendung der Schulpflicht Gelegenheit zur Fortbildung zu geben. Zu den Aufgaben, die sie sich gestellt hat, gehört auch die Beschaffung von Arbeit und Brot für erwachsene Blinde. In dem Zeitraum vom 1. April 1905 bis zum 31. März 1906, über den jetzt die Deputation für die städtische Blindenpflege ihren Bericht erstattet hat, wurden in der Anstalt 149 Blinde (77 männliche, 72 weibliche) mit Stuhl- und Korbflechten, mit Fabrikation von Bürsten und Besen, von Hängematten und Reststoffen, sowie mit dem Drucken von Blindenschriften und der Herstellung von Blindenlehremitteln beschäftigt. Die meisten, nämlich 64 Blinde (24 männliche, 40 weibliche) beteiligten sich an der Bürstenmacherei. Stuhlflechterei wurde von 42 Blinden (25 männlichen, 17 weiblichen), Korbmacherei von 27 Blinden (nur männlichen) betrieben. Mit weiblichen Handarbeiten wurden 13 weibliche Blinde beschäftigt. In der Druckererei waren nur 8 Blinde (1 männlicher, 7 weibliche) tätig. Die Arbeitszeit betrug für alle Betriebe täglich 7 Stunden, mit Ausnahme der weiblichen Handarbeiten, auf die nur 3 Stunden wöchentlich verwendet wurden. An 143 Blinde konnten zusammen 43383 M. als Lohn gezahlt werden, das ergäbe bei gleichmäßiger Verteilung einen durchschnittlichen Monatsverdienst von 25,28 M. für jeden Blinden. In den einzelnen Betrieben war aber der Durchschnitt sehr verschieden. Es wurden im Durchschnitt pro Monat verdient: in der Druckererei 42,14 M., in der Bürstenmacherei 33,19 M., in der Korbflechterei 26,22 M., in der Stuhlflechterei 16,74 M., mit weiblichen Handarbeiten nur 6,37 M. Diese Beträge sind in allen Betrieben (mit Ausnahme der Abteilung für weibliche Handarbeiten) höher als im vorhergehenden Jahre, aber niedrig genug sind sie auch so noch.

Wie schnell oft die Polizei zur Hand ist, wenn — nicht nach ihr verlangt wird, beweist eine Zufahrt, die wir vom Gesundheitsamt erhalten. Bekanntlich wurde die zu Dienstag nach dem Schirmischen Lokal in der Badstraße eintreffende Protestversammlung gegen die Fleischvertierung sehr zeitig abgebrochen und zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen fanden keinen Einlaß. Während die ersten Angeworbenen wieder nach Hause gingen, kamen weitere Besucher, die aber ebenfalls zurückgewiesen wurden. Und so entstand auf der Straße vor dem Lokal ein Hin- und Herfluten der Arbeiter. Die auf der Straße postierten Beamten forderten das Publikum zum Weitergehen auf, welcher Aufforderung, wie wir uns selbst eine Zeilung überzeugen, auch tollig entgegen wurde. Auch einige Arbeiter, die an einem Schaufenster eines in der Nähe des Versammlungslokals belegenen Geschäftes standen, wurden zum Weitergehen aufgefordert. Darüber waren sie verwundert, weil nach

ihrer Meinung dadurch der Verkehr keineswegs behindert wurde. Als sie dieser Ansicht Ausdruck gaben, machte man mit ihnen nicht lange Umstände. Die Polizei schritt einfach zur Eilertung, und wie man uns schreibt, waren sofort sechs Schulkente zur Stelle, um harmlose Passanten nach der Wache zu bringen.

Wenn man in später Stunde in manchen Gegenden, belästigt durch Rombies, polizeilichen Schutzes brauchen könnte, kann man lange warten, bis sich ein Schutzmännchen blicken läßt. Da ist die Polizei nicht so schnell zur Stelle.

Die Neuwahlen der Delegierten zur Ortskrankenkasse der Schneider in Berlin.

Zum vierten Male seit Jahresfrist werden die Kassenmitglieder zur Wahlurne gerufen. Ein Teil der Mitglieder wird fragen: „Warum müssen wir schon wieder wählen? Ist die Wahl wieder losfiert?“ Demgegenüber sei bemerkt, daß die nunmehr ausgeschiedenen Wahlen die durch das Statut vorgeschriebenen regelmäßigen Wahlen darstellen. Die in diesem Jahre vorgenommene Wahlen stehen in bezug auf die Gültigkeit mit dieser Wahl in gar keiner Beziehung. Um aber den Mitgliedern die Vorgänge, welche zu den verschiedenen Wahlen führten, ins Gedächtnis zu rufen, seien die ganzen Vorkommnisse kurz recapituliert.

Am 27. November 1905 fand die regelmäßige Wahl der Delegierten zur Ortskasse der Schneider statt, die damit endete, daß die Liste des Verbandes der Schneider die des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie mit zwei Drittel Mehrheit schlug. Gegen diese Wahl erhob der unterlegene reichsverbandlerische Vorstand, der selbst begangenen Fehler wegen, Beschwerde, mit dem Erfolge, daß die Wahl lastiert wurde. Von der Aufsichtsbehörde wurde diese Angelegenheit 5 Monate hingenhalten, bis endlich Anfang Mai bekannt wurde, daß eine Neuwahl stattfinden sollte.

Am 22. Mai fand dann auch die Neuwahl statt, in welcher der Verband, wie nachträglich festgestellt wurde, die Gegner mit mehr als drei Viertel Majorität schlug. In der Erkenntnis, daß ihnen nun endgültig die Felle weggeschwommen seien, ließ der Vorstand erklären, daß er selbst die Feststellung des Wahlergebnisses im Kassenlokal vornehmen wolle. Zahlreiche Beschwerdebeschreiben und Veranlassungen waren nötig, um endlich die Behörde dazu zu bringen, den Vorstand an seine Pflicht zu mahnen, die Auszählung der Stimmen vorzunehmen. Nun stellte sich auch heraus, weshalb der Vorstand sich so lange seiner Pflicht entzogen hatte. Er hatte das Wahlergebnis der Arbeiterwahl gefälscht! Allein dieser unerhörte Vorgang genügte der Behörde noch nicht, um einen Eingriff gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Wieviel können sich doch Reichsverbändler in den Kassenlokalen erlauben!

Nachdem sich der Vorstand weigerte, die Auszählung der Arbeiterwahl vorzunehmen, verfügte die Aufsichtsbehörde die kommissarische Verwaltung bis zur Bestellung einer neuen Generalversammlung. Die Wahl derselben fand am 18. August statt. Unter dem Eindruck ihrer mehr als gemeinen Handlungsweise hielten sich die Reichsverbändler damals von der Wahl ganzlich fern.

Daß sie aber auf die Dauer nicht damit einverstanden sind, von der Verwaltung der Kasse ausgeschlossen zu sein, beweist der Umstand, daß sie sich gegenwärtig an die christlichen Arbeiterinnenorganisationen heranzuwenden, um auf deren Schultern ihren erneuten Einzug in die Kasse zu halten. In dem Augenblick, wo diese Gesellschaft aber wieder die Leitung der Kasse in die Hände bekommt, werden genau dieselben Zustände wieder eintreten, gegen die in den letzten Jahren gekämpft werden mußte.

Die Wahl der Arbeitnehmer findet am Sonntag, den 18. November, von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20, statt. Die Liste der Arbeitnehmer beginnt mit dem Namen Alde und endet mit dem Namen Zühle. Wir eruchen die Parteigenossen, ihre Frauen und Töchter auf die Wahl aufmerksam zu machen und Sorge zu tragen, daß dieselben ihr Wahlrecht ausüben.

Am 20. November, abends von 8 bis 10 Uhr, findet in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20, die Wahl der Arbeitgeber statt. Da eine ganze Reihe unserer Genossen Gefallen oder Lehrlinge beschäftigt, welche in der Ortskasse der Schneider versichert sind, eruchen wir dieselben, sich als Arbeitgeber an der Wahl zu beteiligen.

Etwas von den städtischen Gasanstalten. Aus Kreisen städtischer Arbeiter wird uns geschrieben: Nach den vorliegenden Etats dieser städtischen Unternehmungen ergeben sich aus ihnen recht ansehnliche Reinerträge. Die Ueberschüsse belaufen sich in die Millionen und nicht immer ist es der Mäßigkeit der Leistungen der Gasanstalten allein zu verdanken, wenn solche für die Steuerzahler erfreulichen finanziellen Ergebnisse zu verzeichnen sind. In nicht seltenen Fällen verschmähen es auch kommunale Betriebe nicht, aus den Knochen ihrer Arbeiter so viel Gewinn herauszupressen, wie nur irgend möglich, und von dem Zustand, Musterbetriebe zu sein, sind die Berliner Gasanstalten ebenfalls noch weit entfernt. Was sich namentlich die Arbeiter seitens ihrer höheren und niederen Vorgesetzten gefallen lassen müssen, ist schon nicht mehr anständig zu nennen und in der Privatindustrie würde es alle Augenblicke zu Arbeitsniederlegungen kommen, wenn sie versuchte, ihre Arbeiter so zu bedrücken und mit deren Existenz zu spielen, wie es in städtischen Betrieben geschieht. Namentlich versuchen einige Dirigenten in der Gasanstalt an Arbeitskräften das möglichste zu leisten und wohin solche Sparwitz und die Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft führt, haben wir in der Gasanstalt Müllerstraße zu bewundern Gelegenheit. Vor vier Jahren sparte der Dirigent dieser Anstalt im Reinigungshaus dezart mit Arbeitskräften, daß das Gebäude in einer Nacht wegen Mangel an Ueberwachung z. abbrannte und dadurch der Stadt ein bedeutender Schaden erwuchs. Seit acht Tagen sind nun die auf dem Hofe lagernden Kohlenvorräte in Brand geraten und seit dieser Zeit sind Arbeiter in einer 18 stündigen Arbeitsschicht bemüht, das brennende Kohlenlager auseinanderzureißen und wegzuschaffen. Die ist nun der Ausbruch dieses Brandes, der wiederum den Stadtbüchel schädigt, entstanden? Weil eine Arbeitskraft in den Tagesstunden nicht eine Anzahl von 500 Thermometern, die im Kohlenlager verstreut sind, kontrollieren kann! Diese Wärmemesser sind aus den Röhren herausgezogen, abzulesen und das Resultat muß notiert werden. Es ist begreiflich, daß eine so zeitraubende und gewissenhaft auszuführende Arbeit nicht von einem Manne, der zudem noch mit anderen Arbeiten beschäftigt wird, bewältigt werden kann. Jetzt ist das Kohlenlager in Brand geraten und der Herr Dirigent ist anscheinend wegen dieser Vorkommnisse so nettlos geworden, daß ihm sogar sein Rechtlichkeitsgefühl getrübt worden ist. Ein Mitglied des Arbeiterausschusses, das ebenfalls mit einigen anderen Kollegen 18 Stunden hinter einander arbeitete, wurde von einem Vorarbeiter (A) in Gegenwart zweier Feuerwehrlente indirekt beschuldigt, 1/4 Stunde zu spät zur Arbeit angetreten zu sein. Als der Mann, der sich keines Vergehens dieser Art betraucht war, nun sofort fragte, wer denn eigentlich zu spät gekommen sei, wurde er von dem Herrn Vorarbeiter Hidermann sofort entlassen. Eine Beschwerde des schon 7 Jahre auf der Gasanstalt Müllerstraße beschäftigten ruhigen Arbeiters beim Dirigenten hatte keinen Erfolg, auch die übrigen Mitglieder des Arbeiterausschusses wurden von dem eigenartigen Reichen sofort zur Tür hinauspediert, als sie wegen der Mäßigkeit ihres Kollegen vorteilhaft werden wollten. 18 Stunden werden also die Arbeiter gequält, und wenn sie sich gegen eine zu Unrecht erhobene Beschuldigung wehren, so werden sie mitten im Winter aufs Pflaster geworfen! Das ist die Rechtschaffenheit der sozialen städtischen Fürsorge, mit der man immer so zu prahlen versteht! Daß sich bei der Arbeiterkraft in der Gasanstalt Müllerstraße eine immer stärker werdende Erregung über dieses „Herrchentums“ geltend macht, darf wirklich nicht wundernehmen. Die Organisation der städtischen Arbeiter aber steht hinter den Opfern dieser „Gasackente“ und wird sie so lange schämen, bis das an dem Arbeiter begangene Unrecht wieder auf eine andere Art und Weise gut gemacht ist.

Den Monatsberichten des Statistischen Amtes der Stadt Berlin ist in der soeben erschienenen September-Veröffentlichung zum ersten Male eine allgemeine Uebersicht vorausgeschickt, welche über die wichtigsten Bevölkerungsvorgänge, wie über die wissenswertesten Tatsachen im Gebiete des sozialen Lebens, der kommunalen Fürsorge und der Gemeinbewirtschaft in gedrängter Kürze unterrichtet. Damit ist allen denen, welche in das reiche Tabellenmaterial nicht eindringen können, schnelle Orientierung ermöglicht, während zugleich durch die Beigabe der Angaben für den entsprechenden Monat des Vorjahres Anhaltspunkte für die Beurteilung der Entwicklung gewährt werden. Ein in zweifelsprechender Verkleinerung vorgebrachter Stadtplan dient zur Erläuterung der nach Standesamtsbezirken gegliederten Aufstellungen.

Der allgemeinen Uebersicht für September entnehmen wir nachstehende Angaben:

(Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf den gleichen Monat des Vorjahres.)

Die fortgeschriebene Bevölkerung belief sich anfangs Oktober 1906 auf 2 067 544 gegen 2 017 308 im gleichen Monat des Vorjahres. Die Zunahme im September betrug 604 (2 800).

Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 4243 (3066), darunter uneheliche 746 (806) oder 17,56 (15,28) Proz. Auf das Jahr und Tausend der mittleren Bevölkerung berechnet stellte sich die Geburtenziffer auf 24,97 (23,82).

Es fanden 2124 (2087) Eheschließungen statt, darunter 212 (332) Mischehen.

Die Zahl der Sterbefälle (ohne Totgeburt) belief sich auf 2680 (2677). An Infektionskrankheiten starben 488 (556), insbesondere an Malaria 13 (24), an Scharlach 23 (23), an Diphtherie und Group 40 (23), an Keuchhusten 24 (43), an Influenza 10 (9), an Kindbettfieber 19 (18), an Typhus 15 (25), an Lungen- und Gehirnhirnhaut 200 (286), an Tuberkulose anderer Organe 31 (54).

Ferner sind zu erwähnen: 187 (175) Sterbefälle an Krebs, 181 (171) an Herzkrankheiten, 173 (135) an Lungenentzündung, 354 (384) an Darmkatarrh, darunter 223 (323) Kinder im ersten Lebensjahr und 163 (192) an Brechdurchfall, darunter 153 (181) Kinder im ersten Lebensjahr. Im Alter bis zu einem Jahre starben im ganzen 922 (900), das ist 34,86 (35,86) Proz. aller Sterbefälle des Berichtsmontats.

Auf das Jahr und Tausend der mittleren Bevölkerung berechnet betrug die allgemeine Sterblichkeitsziffer 15,66 (16,08).

Als zugezogen waren 16 272 (16 546) männliche und 10 701 (11 024) weibliche, zusammen 26 973 (27 570) Personen zu verzeichnen.

Für die fortgezogenen ergaben sich einschließend des Zuflusses für die unterliegenden Umgebungen die Zahlen: 15 064 (14 333) männliche, 12 888 (12 204) weibliche, zusammen 27 952 (26 567) Personen. Somit verbleibt bei der Wanderung ein Mehrzugaug von 1208 (2213) männlichen und Mehrfortzug von 2187 (1240) weiblichen, zusammen ein Mehrfortzug von 979 Personen (Mehr-34349 978).

Die Berliner Elektrizitätswerke gaben nutzbar ab 8 958 858 (8 108 190) Kilowattstunden (einschließlich Selbstverbrauch), davon an Straßenbahnen 4 065 034 (4 005 066), an Private für Beleuchtung 1 612 604 (1 403 887), für Kraft 3 011 610 (2 526 064).

Ueber Verkehrsverhältnisse liegen folgende Daten vor: Befördert wurden durch die Straßenbahnen 37 213 040 (35 421 607) Personen, davon kamen 30 500 553 (29 671 019) auf die Große Berliner Straßenbahn, durch die Hoch- und Untergrundbahnen 8 276 291 (8 203 678). Durch die Omnibuslinien 12 104 636 (9 632 368) Personen, davon zu 5 Pf. 9 262 332 (7 820 464) und zu 10 Pf. 2 842 304 (1 811 904) Personen.

Die Zahl der in den besten Hotels, Gasthöfen usw. abgestiegenen Fremden beträgt 98 810 (101 178) Personen, darunter befanden sich 20 215 (18 905) Ausländer, von diesen kamen 8052 (7052) aus Russland, 2945 (2865) aus Oesterreich, 2328 (1940) aus Amerika, 1319 (1199) aus England, 1034 (915) aus Dänemark.

Der Auftrieb auf den städtischen Viehposten betrug für den Berichtsmontat 19 090 (20 681) Kinder, 15 861 (15 129) Kälber, 58 146 (65 747) Schafe, 113 022 (110 366) Schweine.

In den öffentlichen Schlachthäusern wurden 13 804 (14 813) Kinder, 12 456 (11 599) Kälber, 40 459 (41 928) Schafe, 78 466 (77 775) Schweine geschlachtet.

In der Zentral-Rohschlachtereier wurden 845 (1216) Pferde geschlachtet, von denen 9 (13) Pferde zurückgewiesen wurden. Zum Konsum und zur Tierfütterung gelangten sonach 836 (1203) Pferde, ferner von der Metzger Rohschlachtereier 66 (64).

Der Mitgliederbestand der der Aufsicht des Registrars-Kommissars unterstellten Krankenkassen betrug am 1. Oktober 729 139 (678 369), wovon sich 85 751 (81 733) freiwillige Mitglieder befanden. Erwerbsunfähig waren an diesem Tage bei den bezeichneten Kassen 23 187 (21 655) Mitglieder.

In den fünf städtischen Krankenhäusern befanden sich Ende September 2774 (2528) Patienten, als belegungsfähig waren in diesen Anstalten 3304 (3162) Betten angegeben; in der Geschlechtskrankenstation des Obdachs waren 174 (214) Kranke. Die Irrenanstalten zu Dallwitz, Herzberge, Buhlgarten und Buch hatten am 1. Oktober 4518 (4161) Insassen, in Privatpflege waren 2787 (3143) Personen untergebracht. In den sechs Heimstätten befanden sich am Ende des Monats 553 (495) Lungenkranke und erholungsbedürftige Personen. Der Bestand in den Sickenhäusern (Friedel- und Palfadenstraße) betrug am 30. September 2045 (2110) Personen. In den Hospitälern des Arbeitshauses waren am gleichen Tage 690 (760) Insassen vorhanden, in den Erziehungsanstalten zu Lichtenberg und Klein-Beeren 267 (300) Fürsorge- und Zwangs-erziehungsbedürftige, in Privatpflege waren 1207 (949) Kinder. In der städtischen Waisenpflege befanden sich an demselben Tage (einschließlich der Schmidt-Gallisch-Stiftung) 6261 (6034) Kinder.

Die städtische Armenpflege umfasste im Monat September 33 622 (33 684) Almosenempfänger mit einem Gesamtbetrage an laufenden Unterstützungen von 550 508 (541 960) M., darunter 1743 (1973) Almosenempfänger mit außerdem gewährten 11 881 (13 207) M. Extrazuschüssen. Solche wurden ferner für 4179 (4781) nicht laufend unterstützte Personen im Gesamtbetrage von 51 731 (54 368) M. gewährt. Pflegefinder waren 11 582 (11 559) vorhanden, für welche 96 721 (93 648) M. verausgabt wurden.

Attentate auf Stadtbedienstete. Durch einen Schuss aus dem Walde wurden vorgestern Abend die Fahrgäste eines Stadt-Vorortzuges der Strecke Erlner-Potsdam gefährdet. Zwischen Rahndorf und Friedrichshagen wurde verumutlich mit einem Revolver auf den Train geschossen. Die Kugel durchschlug das Fenster eines Abteils der III. Wagenklasse, fuhr dicht an dem Kopfe eines in dem Coupé sitzenden Kaufmanns vorbei, glücklicherweise, ohne ihn zu verletzen.

Am Sonntag wurde, wie nachträglich bekannt wird, in der Nähe der Station Wedding auf einen Kordringzug gefeuert. Die Kugel, die jedenfalls aus einem Leichtig abgegeben war, zertrümmerte ebenfalls ein Waggonfenster, ohne ernstere Schäden anzurichten.

Immer mehr werden die Herren Spitzbuben. Vor Wochen wurde berichtet, daß eine solche Gesellschaft mit einem Automobil vor der Weddinghalle vorfuhr und dort ohne viel Federlesens eine Menge Waren ausluden und damit blitzschnell verschwand. Ob das Automobil geliehen oder gestohlen war, ist nicht bekannt geworden. Jetzt wird berichtet, daß der Bankdirektor Haberland um sein Automobil bestohlen worden ist. Er hielt vor einem Hause am Kurfürstendamm, um eine Besorgung zu machen, während der Chauffeur in einem Lokal sich etwas zu essen geben ließ. Diese Zeit benutzten Spitzbuben, um mit dem Automobil zu verschwinden. Der Wagen, ein neues Adler-Landaulet im Werte von 16 500 M., ist I. A. 2500 gezeichnet und dunkelgrün gestrichen. Der Dieb ist ein etwa 26 Jahre alter Mann mit einem kleinen schwarzen Schnurrbart. Er trug die Kleidung eines Wagenführers und hatte schon längere Zeit in der Automobilindustrie heringestanden.

Nach einer späteren Mitteilung ist der Kraftwagen wieder gefunden. Der noch nicht ermittelte Dieb hat von dem neuen Wagen verschiedene Teile abgezogen und ihn dann auf Schöne-

berger Gebiet stehen lassen. Dort wurde er gefunden und dem Eigentümer zur Verfügung gestellt.

Fünf Gelbschranknader gefaßt. Bei einem Einbruch in der Kommandantenstr. 5a wurden in gestriger Nacht fünf Burschen verhaftet, die jedenfalls aus kürzlich dem Papiergeschäft von Salinger u. Leppmann in der Lindenstraße einen nächtlichen Besuch abhielten und dort etwa 40 000 M. erbeuteten.

Gestern früh 1/2 12 Uhr vernahm die Kontinentwirtin Kofschke, die im Kellergehöf des ersten Obergebäudes Kommandantenstraße 5a wohnt, ein verdächtiges Geräusch, das aus den über ihr belegenen Büroraum der Kramattfabrik von Kamper u. Weber kam. Sie weckte ihren Mann, der, als sich das Geräusch wiederholte, die Klinge ergriff und nach dem Hofe hin einen Alarmschrei abgab.

Die Wirkung war, daß von allen Seiten Hausbewohner herbeieilten, um die Ursache der nächtlichen Störung zu erfahren. Sie waren alsbald verständigt und besetzten sofort die Ausgänge. Da man von dem Hofe aus über eine niedere Mauer auch leicht nach einem Grundstück in der Lindenstraße gelangen kann, so wurde dieser Ausweg ebenfalls besetzt. Nachdem dann sieben Schuppleute des 28. Reviers herbeigeht worden waren, ging es an eine Durchsuchung der Räume. Dabei stellte sich heraus, daß zwei Türen mit Nachschlüssel geöffnet worden waren, die nach den Kontorräumen von Kamper u. Weber führende Eisentür aber gesprengt war. Das Kassenzimmer war am Boden dicht mit Stoffen belegt, um jedes Geräusch zu dämpfen. Den Gelbschrank hatten die Diebe bereits angebohrt, wobei jedenfalls ein schwerer eiserner Gegenstand zu Boden fiel und jenen Lärm verursachte, der die Kontinentwirtin weckte. Bei dem Alarmschrei hatten die Gesellen dann schleunigst die Flucht ergriffen, und zwar unter Hinterlassung aller Einbrechwerkzeuge.

Nach längerem Suchen fand man drei Burschen im Keller zwischen Kästen versteckt vor. Zwei Komplizen, die auf der Straße Schmiere gestanden hatten, wurden unmittelbar darauf in einem benachbarten Lokale ebenfalls verhaftet. Die Einbrecher, deren Namen noch nicht feststehen, sind Burschen im Alter von 20 bis 25 Jahren.

Eine Eisenbahn, die jeden Abend aufgebaut und morgens abgerissen wird, dürfte auch für Berlin etwas Neues sein. Eine derartige „Straßenbahnlinie“ wird allnächstlich vom Potsdamer Platz nach der Linkestr. in Betrieb gesetzt. Die Arbeiten für den Tunnelbau der Untergrundbahn haben auch eine teilweise Verlegung von Elektrizitätstabelle, Gas- und Wasserleitungsröhren notwendig gemacht. Arbeiten, welche gegenwärtig am Potsdamer Platz durchgeführt werden. Im Verkehrsinteresse werden die Ausschachtungen jedoch nur in den Nachtstunden vorgenommen und, um die „Ruddelei“ zu beschleunigen, kommt eine Feldbahn zur Anwendung, welche zum Transport der ausgehobenen Sandmassen dient. Jeden Abend um 10 Uhr, nachdem der Straßenverkehr nachgelassen hat, werden vom Potsdamer Platz aus die Schienen durch die Potsdamer- und Linkestr. gelegt. Der Nachfahrverkehr wird dadurch aufrechterhalten, daß zwischen und neben den Schienen starke Bohlen eingefügt werden. Um 6 Uhr früh werden die Arbeiten abgebrochen und die auf dem Asphalt liegenden Schienen auseinandergenommen und entfernt.

Vom Wärtelwagen totgefahren. Ein scheinlicher Unglücksfall im Straßenverkehr ereignete sich vorgestern Abend am neuen Amstergesicht auf dem Wedding. Der 17 Jahre alte Arbeiterbursche Max Müller aus der Birkenstr. 22 war mit drei Freunden auf einem Wärtelwagen mitgefahren. Er hatte sich dicht an den Rand gesetzt und in der Uferstr. verlor er plötzlich das Gleichgewicht, stürzte vom Wagen herunter und blieb beunruhigt auf dem Fahrdamm liegen. Anstatt sich nun des verunglückten Freundes anzunehmen, führten die Begleiter ruhig weiter. Erst durch hinzukommende Passanten wurde er nach einem Arzt gebracht. Auf dem Transport nach dem Lazarus-Krankenhaus erlitt der junge Mann an den schweren Verletzungen, die er sich bei dem Unglücksfall zugezogen hatte.

Bei einem ähnlichen Unglücksfall fand der 15jährige Arbeiterbursche Wilhelm Rischelitz, der bei einem Polsterbesitzer am Kurfürstendamm 113 beschäftigt war, einen frühen Tod. Er stürzte gleichfalls während der Fahrt vom Wad herunter, fiel unter den Wagen und die Räder drückten ihm den Brustkasten ein. Der Tod trat bei dem jungen Kanne fast auf der Stelle ein.

Vom Wad herabgeschleudert. Ein Straßenbrunnen ist gestern dem 39jährigen Dreschenschlucker Richard Wagner aus der Dunderstraße 67 zum Verhängnis geworden. Er war mit seinem Wagen durch die Lothringersstraße gefahren und vor dem Grundstück Nr. 49 hielt die Drochke gegen die Sandsteineinfassung eines Straßenbrunnens. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß W. vom Wad herabgeschleudert wurde und bewußlos auf der Straße liegen blieb. Der Verbleib der Verletzten hatte einen komplizierten Schlüsselschleibbruch und schwere Kopfverletzungen erlitten. In kritischem Zustande wurde er in das Lazarus-Krankenhaus eingeliefert.

In den Kellerknecht gestürzt. Entschuldig zugezählt wurde vorgestern Abend der 17 Jahre alte Lehrling Willi Abel aus der Uferstr. 104. Er hatte sich mit mehreren Bekannten auf dem Hofe herumgelaßt und plötzlich hängten sich sämtliche junge Burschen an ihm fest. Beim Abschlüsseln der unbehaglichen Last stürzte W. in einen Kellerknecht und fiel mit dem Oberkörper unglücklicherweise in die Fensterkassette. Dem Kermsten wurden die Schultern zerfleischt und die Rippen vollständig durchgeschnitten. Er fand in der königlichen Klinik Aufnahme.

In der Protestversammlung, die auf dem Gesundbrunnen in Schirms Lokal stattfand, verlor eine Frau ihren schwarzen Seidenschal, der ebenfalls noch ein Kasten ist. Der Finder wird gebeten, denselben bei Schirm in der Badstraße abzugeben.

Die zweite Volksvorstellung der Generalintendantur der königlichen Schauspielerei findet am Dienstag, den 20. November, abends 8 Uhr, im Neuen königlichen Operntheater (Stroll) statt. Zur Ausführung gelangt „Rathan der Weise“. Eintrittskarten sind durch den Verein für Volksunterhaltungen zu beziehen.

Bermittelt wird seit Donnerstag, den 8. d. M. ein Herr Wilhelm Rüdiger aus Grünberg in Schlesien. Derselbe war in der Nacht vom Mittwoch zu Donnerstag in Begleitung seiner Frau, seines Sohnes nebst Schwiegermutter auf Bahnhof Zoologischer Garten in Berlin eingetroffen, um der Hochzeitsfeier seines Sohnes, des Hausdieners Karl Rüdiger, Kofschkestr. 92 wohnhaft, beizuwohnen. Am Donnerstag nachmittag um 1/3 12 Uhr verließ der alte Herr die Wohnung seines Sohnes, um einen kleinen Spaziergang zu unternehmen. Von diesem Spaziergang ist er nicht zurückgekehrt. Der Verwundene ist 63 Jahre alt, 1,55 bis 1,60 Meter groß, hat graumeliertes Haar und Schnurrbart, war bekleidet mit schwarzem Gefrockanzug, weißer Weste mit Umlegebogen, schwarzer Strawatte und neuen Halbschuhstiefeln. Durch leichten Schlaganfall zog er das linke Bein etwas nach. Etwasge Auskunft erbittet Otto Klitzing, Albershof bei Berlin, Oppenstr. 55, oder auch der Sohn des Verwundenen Karl Rüdiger, Berlin, Kofschkestr. 92.

Die Pharuskarte von Brandenburg ist soeben im Pharus-Verlag, Berlin W. 9, erschienen. In allen Farben ausgeführt, bietet sie das charakteristische Bild der Pharuspläne, und ebenso prägnant wie in den Städteplänen die Hauptstraßen, treten hier die Hauptwege hervor. Scharf gliedern sich Haupt- und Kreis-Chausseen, Verbindungswege usw. voneinander ab. Die Bahnhöfe zeigen die bekannte Wölbung der Hallen in rot und auch die kleinsten Orte sind deutlich bezeichnet. Die Uebersichtlichkeit ist in die Augen springend; es ist eine Karte, die den Geschäftsmann, den Touristen, den Radfahrer sehr gut orientiert. Sie umfaßt das Gebiet von Rheinsberg (Norden) bis Kottbus (Süden) und Rathenow (Westen) bis Landsberg a./D. (Osten), ist im Maßstab 1:200 000 ausgeführt und für den Preis von 2 M. durch jede Buch- und Papierhandlung sowie vom Pharus-Verlag, Berlin W. 9, zu beziehen.

Dem Berliner Aquarium ist jüngst durch die unter Leitung des Professors Dr. Heinde stehende königliche biologische Station auf Helgoland eine reichhaltige Sendung von Plumentieren aus der Nordsee zugegangen, so daß insbesondere das eine der im oberen Grottegang befindliche große Meerwasserbassin, das sogenannte Nordseebecken, welches unter anderem etwa 100 Stück der prächtig fleisch-, orange-, olivenfarbigen und weichen und mit breiten, den Kronenblättern einer Kelle gleichenden Tentakeln ausgerüsteten „Scenellen“ aufgenommen hat, einen Hauptanziehungspunkt bildet. Aber auch die Tochteranstalt des Aquariums, die zoologische Station Robigno, hat verschiedene Blumenpolypen aus der Adria eingeliefert, unter ihnen eine Kollektion der patilliden braunen, durch lauge, schön hellgrün gefärbte und in einer Anzahl von mindestens 200 austretende Tentakeln auffallenden Wachsamenen, ferner eine Anzahl von einer zur Gattung Pericattis gehörenden, auf Klippen und in felsenhöhlen lebenden Spezieis, deren Färbung zwischen braun, gelb und rot abändert und deren bald freisrunde, bald gewellte oder abwärts gebogene Scheibe sogar an 500 und mehr kleine Fühler trägt, und endlich eine Gesellschaft jener kleinen Art, die sich auf der Wohnung von Einsiedlerkreben (Pagurus), d. h. auf Schneidengehäusen, festsetzt und zum Dank dafür, kraft der brennenden Resellapseln ihrer Arme, den Krebs gegen die Anfeindungen von Fischen und Tintenfischen beschützt.

Im Zoologischen Garten haben sich jetzt einige neuere vorbene Artenmischlinge ausgefaßt, die vorläufig noch im zweiten Wasserflugläufig des Züchtungsuntergebrauch sind. Der Vater dieser sieben Geschwister war ein Kreuzungsprodukt vom südamerikanischen Popofata-Cepel und der südeuropäischen Kolbenente, die Mutter eine gewöhnliche Stodente, so daß also in den Nachkommen drei Arten vereinigt sind. Die weiblichen Stücke ähneln der Kolbenente, das Väterchen der Männchen erinnert sehr an das des Stod-Cepels, ist aber dunkler, während die Farben weniger scharf ausgeprägt und glanzloser sind. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese komplizierten Mischlinge als fruchtbar erweisen werden.

Feuerwehbericht. Gestern früh um 5 Uhr erfolgte ein Alarm nach dem Warenhaus von Dieb am Alexanderplatz. Sofort rüdten sechs Löschzüge dorthin aus, konnten aber gleich wieder abfahren, da es sich nur um einen blinden Lärm handelte. Dagegen hatte die Feuerweh längere Zeit in der Bernauerstr. 3 und Jagowstr. 6 zu tun; in der Bernauerstraße fand eine Stallung und ein Wagen in Flammen und in der Jagowstraße 84 brannten Hölzer u. a., die durch einen Heizofen in Brand geraten waren. Durch tüchtiges Wassergerben gelang es, die Flammen an weiterer Ausdehnung zu verhindern. Stroh, ein Baum u. a. brannten nachts in der Zoologierstr. 16 und in der Steinmeßstr. 6 ein Schornstein. In der Wienerstraße am Gürtelbahnhof brannte unter großer Qualentwicklung Teer auf offener Straße. Ferner hatte der 15. Zug in der Waldstraße zu tun, um ein Pferd aus einer Kollage zu befreien, was gelang.

Vorort-Nachrichten.

Ueber die Protestversammlungen

vom Dienstag wird uns noch von den in der gestrigen Nummer fehlenden Orten Mitteilung gemacht. Fast sämtliche Versammlungen waren überfüllt. So sprach in Wrig vor zirka 600 Personen, darunter viele Frauen, Genosse Dr. Alfred Bernstein. Seine eingehende Kritik über die Fleisch- und Lebensmittelvertheuerung sowie das untätige Verhalten der bürgerlichen Parteien zu derselben fanden den ungetheilten Beifall der Versammelten. In Rowawes-Neuendorf referierten in zwei überfüllten Versammlungen die Genossen Hermann Schubert und Dr. Heinrich Braun.

In Singers Volksgarten waren etwa 1000 Personen erschienen und bei Krüger-Neuendorf belief sich die Zahl auf 500 Teilnehmer. — Die Protestversammlung in Alt-Glienide, wofelst Eugen Orskner das Referat hielt, war von 400 Personen besucht — eine für den Ort außerordentliche Anzahl. Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Vor Beginn und nach der Versammlung sang der Arbeitergesangverein einige stimmungsvolle Lieder. — Vor 150 Personen schilderte Genosse Dittmer die Volkspolitik der jetzigen Regierung in Grönan in eindringlicher Weise. In der Protestversammlung in Lankow hatten sich etwa 130 Personen eingefunden, die dem Referat des Gen. Siebel-Berlin in aufmerksamer Weise folgten. In Trebbin (Str. Zeltow) nahmen etwa 200 Versammlungsbesucher die padenden Ausführungen des Genossen Max Schütte entgegen. Auch in Erlner, wofelst Genosse Sonnenburg mit der verheerenden Volkspolitik gründlich abrechnete, war die Versammlung von etwa 200 Männern und Frauen besucht. In Wannsee war die Versammlung überfüllt. Das Referat hielt Genosse Gröndel, der den zahlreich erschienenen Frauen die verbrochene Politik der Junkerclique klar entwarf. — In Eichwalde hatten sich etwa 120 Personen eingefunden, um ihre Entrüstung über die schamlose Politik der Regierung zum Ausdruck zu bringen. Das Referat hielt Genosse Bagels. Die Versammlung nahm ein frühzeitiges Ende, indem ein Gondarm um 10 Uhr den Saal betrat und wegen Eintretens der Polizeistunde die Schließung der Versammlung verlangte. Um unliebsamen Vororkommissen vorzubeugen, sagte man sich dem Verlangen. — Einen außerordentlich starken Besuch wies die Versammlung in Fr. Buchholz auf. Vor 500 Versammelten kennzeichnete Genosse Küter das Gebaren der Regierung und der Prediger der christlichen Liebe, die gemeinschaftlich das Auspozierungsmerk der proletarischen Volksschichten vollführten. — Die Nieder-Schönhausener Versammlung wies einen glänzenden Besuch auf. Unter den etwa 350 Versammlungsteilnehmern befanden sich viele Frauen. Das Referat hielt Genosse Störmer. — Vor 600 Versammlungsteilnehmern referierte Genosse Sassenbach in Bernau. Seine Ausführungen klangen aus in einen wichtigen Appell an die Versammelten zum Eintritt in die Organisation und zum Abonnement auf die Arbeiterpresse. Die Protestversammlung in Hohen-Schönhausen-Wilhelmsberg wies gleichfalls einen den Verhältnissen entsprechend starken Besuch auf. Die Politik der Regierung und Junkerclique kennzeichnete Genosse Bauer in 1/2 stündiger Rede. In Groh-Westen war der Saal überfüllt. Genosse Groger besprach — häufig von Beifall unterbrochen — die Ursachen der herrschenden Teuerung. Er geistelte die Buchergelüste der herrschenden Klassen auf Kosten des Volkes. Der Vortrag fand reichen Beifall. — In Nieder-Schöneweide tagte die von Frauen und Männern zahlreich besuchte Versammlung im Lokal „Hofelwerder“. Genossin Frau Kiesel hielt das Referat, das von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen wurde. — 400 Frauen und Männer legten in Zehlendorf, wofelst Genosse Kiesel referierte, gegen die Bucherpolitik energischen Protest ein. In allen Versammlungen wurde die bereits mitgeteilte Resolution einstimmig angenommen.

Rixdorf. Zur Stadtverordnetenwahl in Rixdorf.

Die Wahlen in der dritten Abteilung sind vorüber; sie haben mit einem glänzenden Erfolge der sozialdemokratischen Arbeiterkraft geendet. An anderer Stelle geben wir das Ergebnis in einzelnen wieder. Mit diesem Erfolge können wir uns aber nicht zufrieden geben, stehen uns doch morgen — Freitag — noch die Wahlen in der zweiten Abteilung bevor. Hier wird der Kampf nicht so leicht sein wie in der dritten Abteilung. In dieser Abteilung

